

BERÜHMTE PROZESSE

①

MARSCHALL
PETAIN

JURIS-VERLAG ZÜRICH

BERÜHMTE PROZESSE

1

August 1945

MARSCHALL PETAIN

zusammengestellt

nach ag (AFP)-Presseberichten

Preis dieser Nummer Fr. 4.-

JURIS-VERLAG - ZÜRICH

Redaktion: Zürich 3, Goldbrunnenstrasse 141, Telephon 27 77 27

Verantwortlicher Redaktor: Dr. H. Christen

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

VORWORT

Die vom Juris-Verlag herausgegebene Reihe «Berühmte Prozesse» versucht in Form der Prozessreportage Einblick zu geben in die verworrenen Fragen der persönlichen Verantwortung und Schuld im zweiten Weltkrieg. Es ist einer späteren Generation Vorbehalten, zu diesen Fragen endgültig Stellung zu nehmen. Wir können jedoch die Arbeit der Geschichtsschreibung erleichtern, indem wir der Nachwelt eine sachliche Schilderung der Ereignisse hinterlassen. Dieser Aufgabe wird in hervorragender Weise die Prozessreportage gerecht, in der die «Männer, die Geschichte machten» oder doch zu machen glaubten, selbst zu Worte kommen und durch ihre Aussagen den Schleier des Geheimnisvollen, der bisher über grossen Teilen des Weltgeschehens ausgebreitet lag, erstmals lüften. Es ist unser Bestreben, das, was dabei zutage gefördert wird, unsern Lesern als schlichten Tatsachenbericht – ohne Kommentar, ohne Tendenz und ohne Pathos – zu vermitteln.

Die vorliegende erste Nummer ist dem Prozess gegen Marschall Pétain gewidmet. Es ist nicht nur das persönliche Schicksal des greisen Soldaten, das unsere Anteilnahme erweckt, sondern ebenso sehr dasjenige Frankreichs, das diesen Mann in der Stunde tiefster Erniedrigung rief, weil es hoffte, er würde ihm den Weg zum Wiederaufstieg weisen. Pétain ergriff das Steuer, das ihm übertragen wurde; ob er es zu führen verstand oder selbst nur von dunkeln Mächten getrieben wurde – das bildet den Gegenstand dieses Prozesses. Die Aussagen seiner Freunde und Widersacher, die oft in hochdramatischer Weise aufeinander prallen, geben Gelegenheit, uns selbst ein Bild vom Charakter und von der Handlungsweise dieses Mannes zu machen, der so viel Verehrung und Hingabe, aber auch so viel Hass und Verachtung weckte.

Dass dieses Urteil unabhängig von den Schlagwörtern und Vorurteilen des Augenblicks, aber auch unabhängig von falschem Mitleid und Sentimentalität, nur auf Grund der festgestellten Tatsachen gefällt werden möge, dazu soll diese Schrift mithelfen.

Die Redaktion.

DER ERSTE VERHANDLUNGSTAG

Beginn der Gerichtsverhandlung

Am Montagnachmittag, den 23. Juli 1945, wurde in Paris die Gerichtsverhandlung gegen Marschall Philippe Pétain eröffnet.

Der einzige geöffnete Zugang zum Palais de Justice, das Haupttor, war von Gendarmen, Mohilgarde und Gerichtsbeamten zur Prüfung der Zutritts- und der Ausweiskarten umgeben. Der Saal der Ersten Kammer füllte sich ab 12 Uhr 30. als nach und nach die Journalisten und die wenigen Zeugen erschienen. Der frühere Präsident der Republik Albert Lebrun, Louis Marin, Charles Roux, Paul Reynaud, Michel Clemenceau, der Abbé Rohgein, Pfarrer Boegner und Léon Noël trafen ein. Zwei Ärzte in Uniform nahmen auf Stühlen zu beiden Seiten des Sessels des Angeklagten Platz.

Um 13 Uhr 10 trat Marschall Pétain in den Gerichtssaal. Er trug die Uniform eines Marschalls von Frankreich, auf der die Militärmedaille als einzige Auszeichnung angeheftet war. Pétain setzte sich und legte seine Mütze mit der dreifachen Reihe von Eichenblättern vor sich. Neben ihm befand sich eine Wache, während sich hinter ihm die drei Verteidiger Payen, Isorni und Lemaitre setzten.

Eröffnung der Verhandlungen

Der Präsident des Gerichtshofes, Montgi beaux, eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache. Er sagte:

«Der hier beginnende Prozess ist der grösste der Geschichte Frankreichs. Es ist notwendig, dass er sich klar und würdig abspielt. Dem Angeklagten wurden im Verlauf vieler Jahre die verschiedensten Gefühle entgegengebracht: Begeisterung, eine Art Liebe sogar, dann Gefühle des Hasses und der heftigsten Feindschaft. An der Tür dieses Saales bleiben die Leidenschaften weg. In Liebe zu unserem Lande wollen wir nur die Wahrheit und die Gerechtigkeit. Damit erkläre ich die Verhandlungen als eröffnet. Angeklagter, erheben Sie sich. Geben Sie Ihre Personalien an.»

Pétain antwortete: «Philippe Pétain, Maréchal de France.»

Unzuständigkeitseinrede der Verteidigung

Sobald Pétain sich wieder gesetzt hatte, verlangte der Verteidiger P a y e n das Wort und stellte einen Antrag, durch den das Gericht als unzuständig erklärt werden sollte. Er verlas ein Schreiben

Pétains an Hitler, in dem gegen den Zwang protestiert wurde, mit dem er zum Verlassen Frankreichs veranlasst wurde. Payen sagte, das weitere sei bekannt: Die Überführung nach Sigmaringen, ins bayrische «Reduit», der Zusammenbruch des Hitler-Regimes, der Übertritt Pétains nach der Schweiz, seine Verhaftung an der französisch-schweizerischen Grenze und seine Inhaftierung im Fort Montrouge. Bis zum Sonntag habe sich Pétain niemals in einem Gerichtssaal befunden. Er verlangte sein Urteil, wusste aber nicht in welcher Weise. Die Verfassung von 1875, sagte Rechtsanwalt Payen, sei immer noch in Kraft. Nach ihr könne der Präsident der Republik nur durch die Abgeordnetenkammer in Anklagezustand versetzt und nur vom Senat abgeurteilt werden. Man könne Pétain nicht vorwerfen, selbst die Verfassung von 1875 ausser Kraft gesetzt zu haben. Die von ihm vorbereitete Verfassung, die nicht in Kraft gesetzt wurde, solange sich die Besetzungsmacht in Frankreich befand, sei allgemein bekannt. Es habe sich um eine Verfassung im klassischen Sinne gehandelt, umfassend gewählte Kammern und einen Präsidenten.

Payen machte noch weitere Argumente geltend zur Stützung seiner These, wonach der Marschall dem republikanischen Regime nicht ein Ende gesetzt habe. Es gebe Parlamentarier und Mitglieder des Widerstandes, die in eine unmögliche Lage versetzt werden, weil sie schliesslich diesem Marschall den Treueid geleistet haben. Während vier Jahren hätten solche Leute im Namen des Marschalls von Frankreich selbst Recht gesprochen.

Abweisung der Einrede

Nach der Rede Payens erhob sich Generalstaatsanwalt André M o r n e t. Er sagte einleitend, dass e r keinen Eid geschworen habe. Wenn er ihn geleistet hätte, so würde ihm jedes moralische und politische Gewicht abgehen, weil ein Eid gegenüber einer Behörde, die ihre Macht nur vom Feinde empfängt, hinfällig ist. Im Hintergrund des Saales hörte man Gemurmel. Mornet sagte, er ersuche die «Fünfte Kolonne», diese Manifestationen zu unterlassen. Der Generalstaatsanwalt wandte sich dann gegen die Folgerungen der Verteidigung. Die Nationalversammlung habe am 10. Juli 1940 Pétain nicht zum Präsidenten der Republik gemacht. Sie habe ihm die Republik lediglich anvertraut. Schon am folgenden Tage habe Pétain selbst durch Aufhebung des Verfassungsartikels über die Wahl des Präsidenten der Republik anerkannt, dass er diese Funktion nicht ausübe. Er habe damit die Stellung des Präsidenten der Republik selbst aufgehoben.

Das Gericht zog sich danach zur Beratung zurück. Es war 14 Uhr geworden. Nach 15 Minuten kehrte es in den Saal zurück und der Präsident verkündete den Beschluss, dass das Gericht z u s t ä n - d i g sei.

Verlesung der Anklageschrift

Der Gerichtsschreiber verlas sodann die von Generalstaatsanwalt M o r n e t verfasste Anklageschrift. Sie lautet:

«Am Abend des 16. Juni 1940 reichte Paul R e y n a u d dem Präsidenten der Republik sein Rücktrittsgesuch ein, da unter dem gemeinsamen Druck General Weygands und Marschall Pétains ein grosser Teil der Kabinettsmitglieder ihm in seinen Begehren, den Kampf gegen Deutschland fortzusetzen, nicht folgten. Der Präsident der Republik appellierte zur Ersetzung Reynauds an Marschall Pétain, der unverzüglich seiner Tasche eine zum Voraus vorbereitete Ministerliste entnahm, umfassend Chautemps als Vizeministerpräsident, General Weygand als Verteidigungsminister, Admiral Darlan als Marineminister und Laval als Aussenminister. Für den Augenblick wurde der letztere ausgeschaltet und durch Paul Baudoin ersetzt, doch wurde Laval nach einigen Tagen in die Regierung als Staatsminister aufgenommen zusammen mit Marquet. Ohne weiter zu zögern, leitete der Marschall Verhandlungen zum Abschluss eines Waffenstillstands ein.

Im Hinblick auf das Vordringen der deutschen Truppen stellte sich damals die Frage, ob die Regierung nicht nach Nordafrika übersiedeln wolle. Der Marschall, der nicht im Gegensatz zu Laval stand, hörte nicht auf, seinen Willen kund zu tun, sich nicht aus Frankreich zu entfernen und im Mutterland zu verbleiben, zusammen mit den Inhabern der Verteidigungsministerien.

Der Präsident der Republik, die Präsidenten der beiden Kammern und die Minister schifften sich in Port-Ven dres, die Mitglieder des Parlaments in Verdon auf die «Massilia» ein, einem Dampfer, der von Admiral Darlan zur Verfügung gestellt worden war. Schliesslich wurde der Plan für die Abreise der drei Präsidenten und der Minister ausgegeben. Nur etwa 20 Parlamentarier begaben sich mit der «Massilia» nach Casablanca, wo sie im Juli eintrafen.

Mittlerweile wurde am 22. Juni der Waffenstillstand unterzeichnet. Er umfasste die Besetzung von drei Fünfteln Frankreichs durch den Feind, die Entwaffnung des Landes und die Ablieferung des Materials und, trotz den Erklärungen Hitlers, dass er keine Forderungen in dieser Hinsicht stellen werde, die Zusammenziehung der französischen Flotte unter deutscher Kontrolle in bestimmten Häfen.

Am 29. Juni begaben sich die Regierung und die Kammern von Bordeaux aus in die nicht besetzte Zone, zuerst nach Clermont-Ferrand und dann nach Vichy. In dieser Stadt nahm am 10. Juli nach einer Reihe von Manövern Laval den ersten Platz vor den als Nationalversammlung zusammengetretenen Kammer und Senat ein. Die Nationalversammlung vertraute Marschall Pétain die Regierungsgeschäfte der Republik an mit der Aufgabe, eine Ver-

fassung auszuarbeiten, die vom Volk zu ratifizieren wäre. Dieses Mandat lautete wie folgt: «Die Nationalversammlung übergibt alle Macht der Regierung der Republik Marschall Péain, damit eine neue Verfassung des französischen Staates erlassen werde. Diese Verfassung muss die Rechte der Familie und des Vaterlandes garantieren. Sie ist durch die Nation zu ratifizieren und durch die parlamentarischen Institutionen, die ins Leben zu rufen sind, anzuwenden.»

Schon am folgenden Tage, am 11. Juli, erliess Marschall Péain drei Verfassungsakte. Die erste erklärte Art. 2 der Verfassung vom 25. Februar 1875 über die Wahl des Präsidenten der Republik als ungültig. Die zweite Verfassungsakte erklärte Péain als Staatsef, dem die gesamte Regierungsmacht zufalle. Der Staatsef ernannte auf Grund dieser Verfassungsakte die Minister und setzte sie wieder ab. Die Minister waren nur ihm verantwortlich, da er die gesetzgebende Funktion mit der Exekutive vereinigte. Die dritte Verfassungsakte sah den Fortbestand der beiden Kammern vor, die sich jedoch nur versammeln konnten, wenn der Staatsef sie dazu aufforderte. Diese drei Verfassungsakte gingen weit über das hinaus, was die Nationalversammlung dem Marschall aufgetragen hatte; sie standen zum Teil sogar mit den übertragenen Befugnissen im Widerspruch. Die Verfassungsakte waren der Ausdruck eines seit langem gegen die Republik geschmiedeten Anschlags, der dank der Niederlage gelang, dessen endgültiger Erfolg aber nur unter der Voraussetzung gesichert war, dass die Niederlage nicht mehr abgewendet werden könne.

Die Rolle Marschall Péains bei der Vorbereitung dieses Anschlags während der Jahre vor dem Krieg scheint vor allem die eines Mannes gewesen zu sein, dessen Name etwas galt und der für die Übernahme der Macht in Aussicht genommen werden konnte, ohne von ihm mehr zu erwarten als die Zurverfügungstellung seines Namens und seines Ansehens. Es ist zudem nicht zweifelhaft, dass er gegenüber dem republikanischen Regime feindselige Gefühle hegte, gemeinsam mit M a u r r a s , dessen Ideen er gerne hervorhob, wie das auch aus der zwischen ihnen ausgetauschten Korrespondenz und besonders aus einem im Hotel du Pare beschlagnahmten Aktenstück hervorgeht, in dem Marschall Péain dem Wunsch Ausdruck gab, Frankreich grundsätzlich wieder zu einer erblichen Monarchie werden zu lassen. Ohne Zweifel erachtete er es zum Voraus als notwendig, ein autoritäres Regime zu errichten, zu welchem Zwecke er seine Person als geeignet erachtete.

Ein Mann wie Gustave Hervé, Anhänger einer Ordnung, die in der Vergangenheit Schiffbruch erlitten hatte, setzte sein Vertrauen in Péain, indem er in einer bekannten Broschüre ausrief: «Wir brauchen Péain!» Die unangenehmste Reklame machte für ihn der Direktor des Blattes «Le Grand Occident», P e m j e a n , der im April 1939 in gros-

ser Aufmachung, aber auch in der von den «Francisten» geprägten Terminologie, die u.a. die Formel umfasste: «Die Juden und Freimaurer sind der Feind», sein Programm folgendermassen zusammenfasste: «Pétain an die Macht». Die Ehrung Pemjeans zeigt sich heute um so mehr kompromittierend, als dieser 1939 Direktor einer Agentur war, deren Generaldirektor niemand anders als Ferdonnet, der spätere Verräter von Stuttgart, gewesen ist. Stand Pétain in Beziehungen zu Pemjean und Gustave Hervé? Die Frage kann gestellt werden. Mit grösserer Sicherheit scheinen seine Beziehungen mit einem Teil der Personen festzustehen, die durch den sogenannten «Synarchismus» gebunden waren und deren Ziel darin bestand, eine Organisation zur Herbeiführung eines autoritären Staates, einer Lieblingsidee Pétains, zu schaffen. Der 16. August 1940 brachte in dem damals von Pétain erlassenen Gesetz die erste praktische Anwendung dieser Idee. Pétain stand auch in Beziehung zu de B r i n o n, der zusammen mit Abetz das Komitee «Frankreich-Deutschland» gründete.

Es steht ferner fest, dass Marschall Pétain Beziehungen zu den wichtigsten Mitgliedern der unter dem Namen «Cagoule» oder unter ihren Initialen C. S. A. R. bekannten Vereinigung unterhielt, deren Ziel im Sturz der Republik und in ihrer Ersetzung durch eine Diktatur ähnlich derjenigen von Rom und Berlin bestand, und zu welchem Zwecke grosse Lager von aus Italien und Deutschland stammenden Waffen gebildet wurden. Es genügt, die Namen Alibert und Deloncle zu erwähnen. In der Umgebung des Marschalls in Vichy waren Leute wie Métenier. Chef der persönlichen Wache Pétains, dann pabriel Jeantet, der seinem Kabinett angehörte, der vom Mörder zum Minister vorgerückte Darnand, und Fillol, genannt «der Totschläger», alles Mitglieder der «Cagoule», die direkte Beziehungen mit dem Leibarzt Pétains, Menétral, unterhielten. Die von General R o a l l a bei seinem Prozess gemachten Aussagen, die von Pétain als einem der Leiter der «Cagoule» sprechen, dürfen nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Der Chef der italienischen Gegenspionage, Roatta, kannte die «Cagoule», weil er sich mit Métenier, dem künftigen Chef der Leibwache des Marschalls, im Hinblick auf die Ermordung der Brüder Rosselli in Verbindung gesetzt hatte.

Ein entscheidendes Aktenstück ist den mit der Untersuchung beauftragten Personen soeben erst zur Verfügung gestellt worden: die Aussagen Aliberts vor Gericht, aus denen hervorgeht, dass er selbst wie auch Darlan, Huntzinger, Déat, Laval und andere sowie Marschall Pétain selbst der «Cagoule» als Mitglieder angehörten. Ihre Absicht bestand darin, die Macht zu ergreifen, um ein Regime ähnlich demjenigen F r a n c o s zu errichten unter Benützung der Dienste Francos und nötigenfalls mit der Unterstützung Hitlers. Aus seinem Posten als Botschafter in Madrid Nutzen ziehend, bediente sich Marschall

Pétain, nach den Aussagen Aliberts, des spanischen Staatschefs Franco als Vermittler bei Hitler, der sich einer Verschwörung günstig gezeigt hatte und sogar finanziellen Beistand gab sowie ein Versprechen auf militärische Unterstützung.

Alibert sagte, dass nach der Besiegung der französischen Armee der Waffenstillstand auf Grund der Bedingungen verlangt wurde, die zum Voraus mit Hitler vereinbart waren. Hitler habe jedoch seine Versprechen nicht gehalten. Anstatt zu helfen, ein Frankreich ohne Republik aufzurichten, forderte er drakonische Bedingungen, weshalb der Bruch zwischen denjenigen Mitgliedern der «Cagoule» entstand, welche die Beziehungen mit Hitler abbrechen wollten, und denjenigen, wie Laval und Déat, die auf dem Wege der Kollaboration weiterfahren wollten.

Die Entwicklung des Komplotts gegen die innere Sicherheit des Staates ist demnach hinreichend klargelegt. Sie sollte im Einvernehmen mit dem Feinde zu einem Ergebnis führen, das nur erreicht werden konnte, wenn dessen Unternehmen begünstigt wurden. Die Sympathie Pétains für das Regime Franco, als er in Madrid weilte, war sicher. Nicht weniger sicher waren seine Anstrengungen, um eine Annäherung Frankreichs an den Diktator zu erzielen, die nur möglich war bei einem gleichzeitigen Einvernehmen mit Hitler. Die Furcht vor dem Kommunismus war zu diesem Zwecke ein günstiges Mittel.

Ohne von den Reisen zu sprechen, die Pétain als Botschafter inkognito nach Paris unternahm, ist es nicht möglich, von den Verhandlungen im Prozess von R i o m nicht beeindruckt zu werden. General Gerodias führte in Riom aus, dass die französische Botschaft in Madrid Mitteilungen machte, wonach ein «kommunistischer Putsch» in der französischen Armee sich vorbereite. Die dem Angeklagten zur Last gelegten Handlungen erfüllen den Tatbestand eines Anschlags gegen die innere Sicherheit des Staates. Nicht weniger gross ist das Verbrechen des Einvernehmens mit Hitler in der Zeit vor dem Kriege.

Es bleibt zu zeigen, wie Marschall Pétain nach der Niederlage und nach der Machtübernahme seine Politik des Verrats fortgesetzt hat, der Frankreich zum Opfer fiel. Die Tatsachen sprechen deutlich; es genügt, sie in Erinnerung zu rufen und zu koordinieren. Frankreich hat das Recht, dem Marschall in erster Linie vorzuwerfen, dass er die Hinnahme der endgültigen Niederlage zum Grundgesetz seiner Politik gemacht hat. Man kann ihm ausserdem den Vertrag von M o n t o i r e vorwerfen und ferner, dass er nicht nur in eine demütigende Zusammenarbeit einwilligte, sondern geradezu in eine Versklavung Frankreichs gegenüber Deutschland, wofür die Vichy-Regierung auf dem Gebiete der Gesetzgebung entsprechende Vorkehren traf. Sie begnügte sich nicht damit, ganze Kategorien von Franzosen als ausserhalb des allgemeinen Rechts zu erklären und die Verfolgung-

gen gegen diese Franzosen zu organisieren, sondern lieferte darüber hinaus die Opfer direkt dem Henker aus.

Frankreich ist ferner genötigt, der Regierung des Marschalls vorzuwerfen, der deutschen Kriegsmaschine Beiträge geleistet zu haben, indem sie ihr freiwillig Waren und Arbeiter lieferte und sogar so weit ging, eine wahre Mobilmachung zum Nutzen Deutschlands angeordnet zu haben. Frankreich kann dem Marschall auch nicht verzeihen, seine Hand dem Mann gereicht zu haben, der erklärte, den Sieg Deutschlands zu wünschen. Haben seine Regierung und er selbst nicht aus diesem Grunde I n d o c h i n a den Japanern überlassen und in N o r d a f r i k a der Achse gestattet, Bizerta und Tunesien für die Versorgung ihrer Armeen in Libyen zu benützen?

In Syrien gestattet die Regierung Pétains den Deutschen die Benützung von Flugplätzen, um Irak im Kampfe gegen Grossbritannien zu helfen.

Hat die Regierung Pétain nicht den deutschen Sieg gewünscht, als sie die Eröffnung von Rekrutierungsbureaus gestattete, um Kontingente zum Kampfe gegen Russland zu werben? Pétain ist nicht errötet, als er den Franzosen gratulierte, welche die deutsche Uniform angezogen hatten. Gleichzeitig ehrte er Hitler als den ‚Erretter Europas und der Zivilisation‘. Das alles kann man der Regierung und dem Marschall nicht verzeihen. Noch weniger kann man die Eröffnung des Feuers in Syrien gegen unsere Alliierten verzeihen, den Einsatz französischer Truppen gegen die Freien Franzosen in Madagaskar, gegen die Alliierten in Tunesien, Algerien und Marokko. Nicht weniger verzeihen kann man die Einschliessung unserer Flotte in Toulon, der nichts anderes mehr übrigblieb, als sich entweder seihst zu versenken oder sich zu ergeben.

Es handelt sich aber jetzt auch darum, sich mit dem Einwand zu befassen, dass zwischen Pétain und seiner Regierung ein Gegensatz bestanden habe. Manchmal wird behauptet, er habe nur unter Zwang gehandelt und um dem Land noch grösseres Unglück zu ersparen. Manchmal wird gesagt, dass er Deutschland mit seiner Politik habe ‚sich erledigen lassen‘ wollen. Diese Thesen können einer Prüfung nicht standhalten. Im Fall Syrien haben sich die nur Pétain verantwortlichen Minister an einer von ihm seihst geleiteten Sitzung entschlossen, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Der von Pétain an General Deutz geschriebene Brief zeigt, wie sehr der Marschall persönlich für diese Politik eintrat. Die gleiche persönliche Einstellung zeigte sich bei den Ereignissen in Tunis im November 1942. Daraus ergibt sich, dass die von Pétain unterzeichneten Befehle, die gegen die Angelsachsen und die freifranzösischen Truppen gerichtet waren, getreuer Ausdruck einer hitlertreuen Politik gewesen sind.

Es wurde schon auf die unter dem Befehl Admiral Labordes

stehende französische Flotte verwiesen. Trotz dem eindringlichen Appell Admiral Auboyneaus, der seine Kameraden beschwor, nicht dem Ultimatum Hitlers nachzugeben, blieb die Flotte in Toulon, wie wenn ihre Führer sie zum Voraus zur Selbstversenkung verurteilt hätten. Am Tage nach der Zerstörung beglückwünschte Pétain Admiral Laborde. Er bedauerte nicht etwa/lie Vernichtung des wunderbaren Kampfinstrumentes Frankreichs. Auch im Juli 1943 telegraphierte Pétain Admiral Robert nach den Antillen, die dort befindlichen Schiffe zu versenken und die Flugzeuge zu verbrennen, da er fürchtete, sie könnten den Amerikanern dienen.

Ausserdem sind Kundgebungen und Aktenstücke vorhanden, die unter den Voraussetzungen, denen Frankreich gegenüberstand, nur mit dem Willen zur Gefälligkeit erklärt werden können, was dem Verrat gleichkommt. Wie können anders die verabscheuungswürdigen Rassengesetze erklärt werden, die der ganzen französischen Gesetzgebung und Tradition zuwiderlaufen? Hundertmal besser wäre es gewesen, der Besetzungsmacht die Sorge für die Anwendung im Prinzip zu überlassen. Wie anders kann die Schaffung von Sonderabteilungen des Appellationsgerichts erklärt werden, die von den Deutschen Anweisung hatten, die Unglücklichen dem Henker zu überweisen, welche diesen Sonderabteilungen in die Hände kamen? Wie konnte anders die Schaffung eines Obersten Gerichtshofes (Riom) erklärt werden mit der Aufgabe, unter der Kontrolle des Eindringlings die Verantwortung Frankreichs für den Krieg festzustellen. Als die Behörden, die Hitler diese Genugtuung nicht geben wollten, sich darauf beschränkten, die Verantwortung für die mangelhafte Vorbereitung des Krieges abzuklären, wurde auf Befehl Hitlers das Gerichtsverfahren eingestellt. Der Staatschef erscheint auf diese Weise bis zum Ende als Teilhaber der Befehle Hitlers, dessen Autorität er durch eine solche Handlungsweise gedeckt hat.»

Die Anklageschrift enthält dann eine Reihe von Zitaten, die zeigen sollen, dass Marschall Pétain defaitistisch eingestellt war.

Alle Anklagepunkte werden vom Generalstaatsanwalt wie folgt zusammengefasst:

1. Verbrechen gegen die innere Sicherheit des Staates;
2. Einvernehmen mit dem Feind gemäss Art. 75 und 87 des Strafgesetzbuches.

Die zusätzliche Anklage, die erhoben worden ist, seit der Marschall aus Deutschland nach Frankreich zurückgekehrt ist, enthält folgende Punkte:

1. Ein Dokument spanischer Herkunft, das dem spanischen Marschall Gerodias übergeben wurde, und zwar wurde es vor der Zeit, als Pétain Botschafter in Madrid war, von einem zum Stab Pétains gehörenden Offizier namens Lustenau übergeben;

2. in Bezug auf das Dokument betreffend die Enthüllungen von Alibert gegenüber dem inzwischen verstorbenen Jean Rist ist es nicht möglich, den im Protokoll mit «N» bezeichneten Zeugen ausfindig zu machen. Die Ehrenhaftigkeit von Jean Rist ist aber Garantie genug für die Wahrheit der von ihm berichteten Äusserungen.

3. Die Anspielungen auf Marschall Pétain, die im Laufe der in Florenz geführten Untersuchung gegen Marschall Roatta und andere gemacht wurden, stammen nicht von Roatta, sondern von Oberst Santo Emanuele, einem Mitangeklagten des Generals;

4. unter den neuen belastenden Momenten befinden sich zwei Briefe, in denen von der eventuellen Bildung einer Regierung Pétain-Laval die Rede ist.

5. Im Zusammenhang mit diesen zwei Briefen sind die Aussagen eines Fräuleins Petit zu nennen, Sekretärin eines gewissen Giobbe, der oft auf der italienischen Botschaft verkehrte, und in denen gesagt wird, dass Ende 1939 und Anfang 1940 die Aussicht auf die Bildung einer Regierung Pétain-Laval in italienischen Kreisen günstig aufgenommen worden sei.

6. Damit in Zusammenhang zu bringen sind ferner die Aussagen des Botschaftsattachés Gazel in Madrid, der erklärte: «Wiederholt hat mir der Marschall kleine Listen mit sechs oder sieben Namen gezeigt, die für die Regierungsbildung in Frage kämen, wenn er dazu den Auftrag erhalte. Auf diesen Listen kehrte ein Name immer wieder: ‚Laval‘.»

7. Der Zeuge Winkler, Direktor einer Presseagentur, bekundete folgende Äusserung des Marschalls auf einem Bankett zu Ehren des Sohnes von Primo de Rivera: «Ihr beurteilt uns Franzosen immer nur nach dem Gesicht der Volksfront. Wartet nur den nächsten Frühling ab: auch wir werden unsere nationale Revolution nach der Art der euren haben.»

8. Von Bedeutung ist auch die Aussage von Michel Clémenceau, dem gegenüber Pétain selber erklärte, dass Weygand ihm, Pétain, im Moment, da Weygand das Armeekommando übernahm, sagte: «Ihr werdet euch schlagen, solange ihr die Verbindungen aufrechterhalten könnt. Nachher werde ich den Waffenstillstand befehlen.»

9. Ganz besondere Bedeutung kommt dem Protokoll vom Mai 1941 zu, in dem die Vichy-Regierung an Deutschland bewilligte: a) Die Benützung der Luft- und Marinestützpunkte in Syrien zur Unterstützung des Irak gegen England; b) die Benützung des Hafens von Bizerta und der Bahn Bizerta-Gabes für den Nachschub nach Libyen; c) die Benützung des Hafens von Damaskus.

10. Persönliche Instruktion an General Dentz zur Eröffnung des Kampfes gegen die englisch-amerikanischen und freifranzösischen Kräfte.

11. Brief Pétains an Hitler vom 21. August 1942, in dem er Hitler das Angebot macht, dass Frankreich im Falle einer Invasion seinen Boden gegen britische Angriffe verteidigen würde, um dadurch Europa zu retten.

Pétain scheint die gut eine halbe Stunde dauernde Verlesung aufmerksam zu verfolgen. Dann und wann schüttelt er den Kopf, zuckt die Achseln oder lächelt.

Erklärung Marschall Pétains

Nachdem die Anklage verlesen war, erhob sich der Angeklagte und entfaltete das Dokument, das er zur Verhandlung mitgebracht hatte. Mit kräftiger, kaum zitternder Stimme begann er seinen Vortrag. Er verwies darauf, dass das französische Volk ihm am 10. Juli 1940 die Macht übertragen habe; ihm werde er Rechenschaft geben. Der G e r i c h t s h o f, so wie er jetzt zusammengesetzt sei, repräsentiere nicht das französische Volk, an das er sich wende. «Ich werde keine andere Erklärung abgeben», sagte Marschall Pétain. «Ich werde auf keine Frage antworten. Meine Verteidiger haben von mir den Auftrag erhalten, auf die Beschuldigungen zu antworten, die mich beschmutzen wollen und die nur jene treffen, die sie vorbringen. Ich habe mein Leben im Dienste Frankreichs verbracht. Heute, bald 90 Jahre alt und ins Gefängnis geworfen, will ich trotz allem fortfahren, dem Lande zu dienen und mich noch einmal an das Land zu wenden.

Ich habe 1914/18 Frankreichs Armeen zum Siege geführt. Nachher, als ich Ruhe verdient hatte, hörte ich nicht auf, dem Lande zu dienen. Ich antwortete auf alle seine Rufe, ungeachtet meines Alters und seiner Beschwerden. Am tragischsten Tage seiner Geschichte hat sich das Land wiederum an mich gewandt. Ich verlangte und wollte nichts. Man bat mich zu kommen, und ich kam. Ich wurde damit der Erbe der Katastrophe, deren Urheber ich nicht war. Die wahren Schuldigen versteckten sich hinter mir, um den Zorn des Volkes abzulenken. Als ich im Einvernehmen mit unsern militärischen Führern um Waffenstillstand ersuchte, unternahm ich eine notwendige Rettungsaktion, denn der Waffenstillstand hat Frankreich gerettet und zum Siege der Alliierten beigetragen, indem er die Freiheit des Mittelmeeres und die Integrität des französischen Kolonialreiches sicherstellte.

In der Folge wurde mir in rechtmässiger Weise die Macht übertragen, die von allen Ländern der Welt, vom Heiligen Stuhl bis zur Sowjetunion, anerkannt wurde. Diese Macht brauchte ich als einen Schild zum Schutze des französischen Volkes. Für dieses Volk ging ich aber so weit, mein eigenes Prestige zu opfern. Ich blieb an der Spitze des Landes auch unter der Besetzung. Man möge die Schwierigkeiten verstehen, die das Regieren unter solchen Umständen bereitet.

Täglich, den Dolch auf der Brust, kämpfte ich gegen die Forderungen des Feindes. Die Geschichte wird einmal erweisen, vor was ich das Land bewahrte, während jetzt meine Gegner an nichts anderes denken, als mir das Unvermeidliche vorzuhalten. Die Besetzung zwang mich, den Feind zu schonen; ich schonte ihn aber nur, um euch alle zu schonen, in Erwartung der Befreiung unseres Landes. Die Besetzung zwang mich gegen meinen Willen zu verschiedenen Handlungen, die mich mehr schmerzten als euch. Aber angesichts aller Forderungen des Feindes habe ich nie das Wesentliche, die Existenz unseres Vaterlandes, aus den Augen verloren, ich habe im Gegenteil durch meine Tätigkeit während vier Jahren Frankreich aufrechterhalten. Ich habe den Franzosen das Leben und das Brot gesichert; ich habe unseren Gefangenen die Unterstützung der Nation gewährleistet. Man möge jene, die mich anschuldigen und über mich urteilen wollen in ihrem tiefsten Innern befragen, was ohne mich aus ihnen vielleicht geworden wäre.

Während General de Gaulle ausserhalb unserer Grenzen den Kampf fortsetzte, habe ich den Weg der Befreiung vorbereitet, indem ich ein leidendes, aber noch lebendes Frankreich aufrechterhielt. Was hätte es genützt, Ruinen und Friedhöfe zu befreien? Einzig der Feind hat durch die Anwesenheit auf unserem Gebiet unsere Freiheiten beeinträchtigt und sich unserm Willen der Wiederaufrichtung entgegengestellt. Ich habe Frankreich Verschiedenes gebracht. Die Verfassung, deren Ausarbeitung ich in Auftrag gab, lag bereit; ich konnte sie aber nicht in Kraft setzen lassen. Trotz grössten Schwierigkeiten habe ich für den Schutz der Familie gesorgt und für die Vermeidung des Klassenkampfes, indem ich sowohl für die Fabriken wie für das Land erträgliche Arbeitsbedingungen schuf. Das freie Frankreich kann sprechen. Es baut wieder auf, doch könnte es ohne die von mir geschaffenen Fundamente nicht aufbauen. An solchen Beispielen erkennt man trotz Parteihass die Kontinuität des Vaterlandes. Niemand hat das Recht, sie zu unterbrechen. Was mich anbelangt, so habe ich nur an die Eintracht und die Versöhnung der Franzosen gedacht. Ich sagte das noch an dem Tage, an dem die Deutschen mich als Gefangenen wegführten und mir vorwarfen, ich hätte nie aufgehört, sie zu bekämpfen und ihre Bemühungen zunichte zu machen.

Ich weiss am heutigen Tage, dass Millionen von Franzosen an mich denken, mir Vertrauen und Treue bewahren, wenn schon gewisse Leute, seit ich nicht mehr die Macht ausübe, nicht mehr wissen wollen, was sie sagten oder taten. Es geht nicht um meine Person; aber ich verkörpere die Tradition der christlichen Zivilisation gegenüber den Ausschreitungen aller Tyrannen. Wenn Sie mich auch verurteilen, so verurteilen Sie diese Millionen von Menschen in ihrer Hoffnung und in ihrem Glauben. Sie werden damit die Zwietracht in Frankreich verschärfen und verlängern, während das Land nötig hätte, sich zu finden

und sich gegenseitig zu verständigen, um wieder den Platz einzunehmen, den es seinerzeit unter den Völkern innehatte.

Mein Leben hat wenig Bedeutung. Ich habe mich Frankreich ganz zur Verfügung gestellt, und in diesem letzten Augenblick sollte mein Opfer nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Wenn Sie mich verurteilen, so möge diese Verurteilung die letzte sein und nach ihr kein anderer Franzose mehr eingesperrt oder verurteilt werden, weil er seinem rechtmässigen Vorgesetzten Gehorsam geleistet hat. Ich sage Ihnen vor aller Welt: Sie werden einen Unschuldigen verurteilen, indem Sie im Namen der Gerechtigkeit zu sprechen glauben, und ein Unschuldiger wird die Last tragen müssen, denn ein Marschall von Frankreich verlangt von niemand Gnade. Auf Ihr Urteil wird das Urteil Gottes und der Nachwelt folgen. Sie genügen meinem Gewissen und meiner Erinnerung: Ich stelle mich Frankreich zur Verfügung.»

Die Verteidiger

Nach den Ausführungen des Marschalls kamen die Verteidiger zu Wort. I s o r n i stellte fest, dass die Dokumente des Prozesses von Biom dem Gericht erst am 19. Juli 1945 vorgelegt worden seien. Ganze Kisten mit wichtigen Dokumenten über den Waffenstillstand seien nicht geöffnet worden. Die Geistesverfassung der Staatsanwaltschaft und des Gerichtshofes sei unvereinbar mit der Ausübung von Justiz. Man habe Pétain über einen grossen Teil wichtiger Fragen gar nicht einvernommen. Der Anwalt protestierte ganz allgemein gegen die Konfusion, die während der Durchführung der Untersuchung herrschte. Der Verteidiger Lemaire protestierte darauf sehr lebhaft dagegen, dass Generalstaatsanwalt Moruet schon vor dem Beginn des Prozesses in einem Interview erklärt hatte, er werde gegen den Angeklagten die Todesstrafe beantragen.

Um 15 Uhr 50 wurden die Verhandlungen wieder unterbrochen, nachdem es zu einem Zwischenfall zwischen dem Gerichtspräsidenten und dem hauptsächlich aus Anwälten bestehenden Publikum gekommen war. Um 16 Uhr 25 wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Das Tribünenpublikum und die Anwälte befanden sich wieder auf ihren Plätzen. Advokat Lemaire wandte sich weiter gegen verschiedene Äusserungen von Gerichtspersonen vor dem Verfahren.

Der Staatsanwalt entgegnete auf die Beschwerden von Anwalt Isorni, dass die Anwälte während sechs Wochen täglich Gelegenheit hatten, die Akten einzusehen.

DIE ZEUGENEINVERNAHME

Auf der Liste der von der Staatsanwaltschaft aufgebotenen Zeugen stehen u.a. Léon Blum, Charles Roux, Michel Clémenceau, Edouard Herriot, Jeanneney, Albert Lebrun, Louis Marin und Fräulein Mandel. Auf der Liste der von der Verteidigung zitierten Zeugen stehen u.a. die Generäle Georges, Besson, Juin, Weygand, Bergeret und Debenedy, der Prinz von Bourbon-Parma sowie die Politiker Archambault, Peyrou, Trochu und Léon Noël.

Einvernahme der Belastungszeugen

Aussage Paul Reynauds

Der Plan Weygand

Gerichtspräsident Montgibeaux erklärte, dass er sich angesichts der Weigerung des Angeklagten, auf seine Fragen zu antworten, an die Anklageschrift halten und darauf die Belastungszeugen einvernehmen werde. Als ersten rief er Paul Reynaud auf. Dieser erklärte, warum er Marschall Pétain in seine Regierung aufgenommen hatte, und erinnerte an die Umstände, die zum Waffenstillstandsbegehren führten, sowie an die seitherigen Ereignisse, die nach seiner Meinung zeigten, dass Marschall Pétain einem Komplott angehört hatte. Reynaud warf Pétain vor, dass er ihn verhaften und verurteilen liess wegen eines ihm unbekanntem Verbrechens, ohne dass er einvernommen worden wäre, und dass Pétain ihn dann dem Feinde auslieferte, so dass es eigentlich ein Wunder sei, dass er hier als Zeuge stehe.

Reynaud erinnerte dann daran, dass er schon im März 1935 in der Kammer die Warnung ausgesprochen habe, die Deutschen würden durch Belgien "kommen, die belgische Armee gegen das Meer abdrängen und nach Frankreich vorrücken. Wenn Frankreich keine Panzerkorps besitze, die zu einem durchschlagenden Gegenangriff geeignet seien, so werde alles verloren sein. *1940 habe Frankreich diese Panzerarmee immer noch nicht gehabt, weshalb der Zeuge sich noch im April 1940 mit General Gamelin gestritten habe. Es sei dann in der Folge zu einer Revolution der Kriegführung gekommen, wie sie General de Gaulle vorausgesehen hatte. Angesichts der Katastrophe habe er, Reynaud, das Kriegsministerium selbst übernommen, General Gamelin als Oberkommandierenden durch General Weygand ersetzt, Marschall Pétain in die Regierung aufgenommen und Mandel zum Innenminister ernannt.

«Warum Marschall Pétain?» fügte Reynaud bei, und antwortete darauf selber: «In dieser Angelegenheit sind wir alle schuldig; aber man muss berücksichtigen, welche Verehrung der Marschall im allgemeinen genoss.» Reynaud legte dar, warum er den damals Dreiund-

siebzigjährigen, aber geistig und körperlich sehr rüstigen General Weygand in das Oberkommando berufen habe. Er sagte weiter: «Als Marschall Pétain in die Regierung aufgenommen wurde, waren die französisch-britischen Abmachungen, die einen Sonderfrieden ausschlossen, bereits getroffen, und Marschall Pétain wusste das. Aber die militärische Lage war katastrophal. Die deutschen Panzerkorps standen in einem Halbbogen westlich von St. Quentin.»

Über die Ereignisse, die zum Waffenstillstandsgesuch vom Juni 1940 führten, erklärte Reynaud:

«Der Plan Weygand konnte nicht ausgeführt werden, weil die Engländer 40 Kilometer zurückgewichen waren. In diesem Moment erlebte ich die schmerzlichste Überraschung. Ich hatte mir gegenüber zwei Männer, die sich zusammengeschlossen hatten, Marschall Pétain und General Weygand, die mir sagten: ‚Wenn die Schlacht um Frankreich verloren ist, muss man um Waffenstillstand nachsuchen.‘ All das war dem Feinde bekannt, die Fünfte Kolonne war allmächtig. Wen sollte ich an die Stelle von Weygand setzen? Was sollte ich tun? General Weygand hielt einen Waffenstillstand für notwendig zur Rettung der Armee und zur Aufrechterhaltung der Ordnung.»

Reynaud führte weiter aus, er habe dann den Entschluss gefasst, den Widerstand in Nordafrika zu organisieren und seine Regierung in der Weise umzubilden, dass er diejenigen Männer ausschaltete, die der gleichen Ansicht waren wie die beiden Generäle. Am 5. Juni 1940 habe er Präsident Roosevelt telephoniert, der ihm 75 mm-Feldgeschütze und Munition versprochen habe. Die Einwände der Militärs gegen die Organisation des Widerstandes in Nordafrika mussten widerlegt werden. Die täglichen Rapporte mit Pétain und Weygand seien sehr schwierig gewesen. Marschall Pétain habe ihm gesagt, er könne doch Frankreich nicht verlassen; Weygand erhob andere Einwände. «Ich habe einen grossen Fehler begangen», fügte Reynaud bei, «denn ich glaubte an den Patriotismus dieser beiden Männer und daran, dass ihre Vaterlandsliebe über den politischen Ambitionen stehe. Ich war indessen als Chef verantwortlich, wenn auch alle Franzosen der gleichen Meinung waren wie ich.»

Der Krieg entwickelte sich inzwischen für Frankreich immer unheilvoller. Auf einer Konferenz der Kriegskomitees in Briare in Anwesenheit von Winston Churchill erklärte Weygand, dass es Frankreich noch möglich sein werde, den Feind aufzuhalten. Vier Jahre lang hätte man das Gegenteil behauptet. Churchill behielt seine gewohnte Kaltblütigkeit und erklärte, England werde den Krieg weiterführen, komme, was kommen möge. Churchill warf auf der Konferenz auch die Frage der Flotte auf. Er, Reynaud, habe ihm damals geantwortet, dass der Entschluss der französischen Regierung derselbe sei wie derjenige der britischen Regierung. Am 12. Juni habe aber General Wey-

gand den Waffenstillstand vorgeschlagen. Am nächsten Tage habe er, Reynaud, sich in Tours zu Churchill begeben und ihm folgende Frage gestellt: «Wenn ich eines Tages gestürzt werde und eine andere Regierung um Waffenstillstand nachsucht, versprechen Sie mir, dass England sich nicht von Frankreich trennen wird?» Churchill habe ihm dann geantwortet: «Wir werden keine Zeit mit nutzlosen Gegenbesprechungen verlieren. Wenn England den Krieg gewinnt, so wird Frankreich in seiner ganzen Grösse wieder hergestellt.»

Reynaud fuhr fort: «An diesem Tage – es war der 13. Juni – handelte es sich noch nicht um die Ermächtigung zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandes; man sprach nur davon. Im Ministerrat hatte ich damals erklärt, wir würden nicht den Waffenstillstand verlangen.» In der gleichen Sitzung habe Marschall Pétain eine «äusserst demagogische» Erklärung verlesen, in der er den Ministern vorhielt, dass sie Verräter seien, wenn sie Frankreich verliessen. Der Zeuge habe in diesem Augenblick nicht eine Demission provozieren wollen. Er wollte warten mit der Umbildung der Regierung bis zur Übersiedelung nach Bordeaux. Am nächsten Tag, dem 14. Juni, befand sich die Regierung bereits in B o r d e a u x. Der britische Botschafter und General Spears sprachen vor und machten darauf aufmerksam, dass Frankreich ein Abkommen unterzeichnet habe, das einen separaten Frieden ausschliesse. Gegenüber General Weygand, der später bei ihm vorgespochen habe, um die Notwendigkeit des Abschlusses eines Waffenstillstandes zu betonen, habe er, Reynaud, erklärt, dass man eine Kapitulation der Armee nicht zulassen dürfe.

Um 18 Uhr wurden die Verhandlungen unterbrochen.

DER ZWEITE PROZESSTAG

Fortsetzung der Zeugenaussage Paul Reynauds

Der Waffenstillstand von 1940

Die Verhandlungen des zweiten Prozesstages begannen um 13 Uhr 20. Der ehemalige Ministerpräsident Paul Reynaud, der seine Aussagen am Montagabend nicht hatte zu Ende führen können, erhält sofort das Wort. Er berichtet über die Sitzung des Ministerrates vom 15. Juni 1940 in Bordeaux. Er, Reynaud, sei gegen einen Waffenstillstand gewesen, stand aber Pétain und Weygand gegenüber, die den Krieg nicht in Nordafrika fortsetzen wollten. Dann kam es zu dem vom Zeugen als «Zwischenfall Chautemps» bezeichneten Intermezzo. Chautemps erklärte sich einverstanden mit Reynaud, der sich bereits das Einverständnis von Mandel und der Mehrzahl der sozialistischen Mitglieder des Kabinettes gesichert hatte. Reynaud erklärte, das Angebot Churchills auf Errichtung eines französisch-britischen Kondominiums im Juni 1940 sei ein grosszügiges Angebot gewesen, das

wohl eines Tages verwirklicht werden müsse, ob das seinen Gegnern gefalle oder nicht.

Chautemps habe damals gesagt, wenn man Frankreich verlassen wolle, so müsse man die Bedingungen des Feindes kennen. Er, Reynaud, habe darauf ein Blatt Papier in zwei Hälften geteilt: Auf der rechten Hälfte schrieb er 13 Namen, die der Minister, die für den Antrag Chautemps waren, links 6, die für seinen Vorschlag stimmten. Darauf habe Reynaud beschlossen, Präsident Lebrun um seine Entlassung zu ersuchen. Dieser habe aber die Demission nicht angenommen. Am Abend des gleichen Tages musste Reynaud dem britischen Botschafter mitteilen, dass die französische Regierung beschlossen habe, den Feind um die Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen zu ersuchen.

Am nächsten Tage sei der britische Botschafter in Begleitung von General Spears zu ihm gekommen mit der Mitteilung, er stimme zu, wenn die französische Flotte sich nach England oder in englische Gewässer begeben würde.

Senatspräsident J e a n n e n e y und Kammerpräsident H e r r i o t, die von Reynaud über ihre Meinung in der Frage der Übersiedlung nach Nordafrika gefragt wurden, erklärten ihr Einverständnis. Marschall Pétain habe das Demissionsschreiben gelesen und es nachher in die Tasche gesteckt. In diesem Moment habe General de Gaulle an Reynaud telephonierte, um ihm den Vorschlag Churchills auf Schaffung einer französisch-britischen Union zu übermitteln.

Im Ministerrat, wo diese Dinge dargelegt wurden, stellte sich die Frage der Fortsetzung des Krieges. Die beiden Vizepräsidenten Pétain und Chautemps waren dagegen, zahlreiche Minister ebenfalls. Präsident Lebrun sagte zu Reynaud: «Ich will, dass Sie weiterhin die Regierung leiten.» Reynaud antwortete ihm: «Wenden Sie sich an meine Gegner Pétain und Chautemps, zuerst vielleicht an Pétain, weil er persönlich der Freiheit der Flotte günstiger gesinnt ist.»

Der Zeuge Reynaud fuhr fort: «Pétain, der sofort als Regierungschef bezeichnet wurde, zog ein Papier hervor, auf dem er die Liste seiner Minister bereits aufgezeichnet hatte. Unter diesen Männern befand sich auch P a u l F a u r e. ‚Das wird Léon Blum unbequem kommen‘, sagte damals Pétain. Laval stand nicht auf dieser Liste. Er unterhielt indessen einen engen Kontakt mit dem Marschall.»

Am 18. Juni offerierte Baudoin im Namen Pétains Reynaud den Botschafterposten in Washington. Am 23. Juni erhielt Reynaud Kenntnis von den Waffenstillstandsbedingungen, besonders von Artikel 8 über die Flotte. Admiral Darlan erklärte zu jener Zeit, dass alle Massnahmen getroffen würden, um zu verhindern, dass die Flotte in die Hand des Feindes falle. Churchill glaubte den Worten dieses Mannes nicht. Es kam zu Mers-el-Kébir.

«Laval», so erklärte der Zeuge Reynaud weiter, «führte eine Kampagne gegen meine Ernennung zum Botschafter in Washington. Ich betrachtete das als ein gutes Zeichen und lehnte es ab. Sündenbock der Regierung zu werden wie Mandel. Darauf begannen die Schikanen gegen ihn und mich. Zuerst beschuldigte man uns der Unterschlagung öffentlicher Mittel. Man lehnte es dreimal ab, gegen uns Klage zu erheben, steckte uns aber doch ins Gefängnis. Dort las ich die Memoiren von Joffre. Ich erfuhr daraus, dass Pétain, der ah? Oberst abgesetzt werden sollte, von Joffre wieder aktiviert wurde. Von Joffre, der von ihm sagte, dass er nicht an die Verteidigung von Verdun geglaubt habe. Pétain habe sich dort so defaitistisch gezeigt, dass Joffre ihn befördert habe, nur um ihn von Verdun wegzubringen.»¹

Pétains Rolle seit Verdun

Reynaud verbreitete sich dann über die Anzeichen, die dafür bestünden, dass Pétain ein Komplott zur Erlangung der Macht geschmiedet habe. Es scheint, dass dieses Streben auf den 6. Februar 1934 zurückgeht, als Pétain von Doumergue in die Regierung berufen worden war. Als Kriegsminister habe Pétain damals nur unbedeutende Arbeiten an der Nordgrenze ausführen lassen. Er habe sich der zweijährigen Dienstzeit widersetzt.

Weiter erinnerte der Zeuge an die Tätigkeit Pétains als Botschafter in Madrid. Im Februar 1940 habe der Marschall einem Arbeitervertreter erklärt: «In fünf Monaten werdet ihr die Niederlage und die Diktatur haben», während er am 30. März zu de Monzie sagte: «In der zweiten Hälfte Mai werdet ihr mich nötig haben.» Reynaud erwähnt auch das von Pétain beigezeichnete Vorwort zu einem Buche des Generals Chauvineau, Lehrer der Kriegsschule, über die U n w i r k s a m k e i t der Panzerwagen. Die Theorien des Generals Chauvineau wurden noch im Sommer 1938 von Pétain als äusserst klug bezeichnet. Ein Gegner, der mit Panzerwagen angreife, werde in eine Tasche geraten, die sicher abgewürgt werden könne.

Am 11. Juni, als Pétain und Darlan zu der Sitzung des Obersten Kriegsrates nach Briard reisten, wo sie Churchill begegnen sollten, hat Pétain zu Darlan gesagt, dass Frankreich eine Art Ausnahmeregierung nötig habe und dass er, Pétain, Darlan als Ersten Konsul vorschlagen würde. Angesichts solcher Aussichten habe Darlan im Geiste die französische Flotte bereits preisgegeben.

In seinen Erklärungen über die Angelegenheit Mandel erklärte Paul Reynaud u.a.: «Oberstleutnant Noiraud erliess einen Befehl auf Niederschlagung des eingeleiteten Verfahrens. Was tat Pétain darauf? Er setzte diesen rechtmässig bestellten Richter ab und überwies die Angelegenheit dem ausdrücklich für Beurteilung politischer Verbrechen eingesetzten Gerichtshof von Riom. Es handelte sich

darum, die beiden Männer um die Ehre zu bringen, welche sich für die Ehre des Landes gewehrt hatten, indem man sie beide der Unterschlagung öffentlicher Gelder bezichtigte. Oberst Lepretre lehnte es ab, gegen mich Klage zu erheben, worauf auch ich dem Gerichtshof von Riom überwiesen wurde. Man suchte einen Ankläger unter den auf der äussersten Rechten stehenden Mitgliedern des Staatsrates, der sich aber ebenfalls als anständiger Mensch zeigte und es ablehnte, gegen Mandel und mich Klage zu erheben. Man liess Gutachten über unsere persönlichen Vermögen ausarbeiten: die Sachverständigenberichte lauteten negativ.»

In Bezug auf Verdun stellte der Zeuge fest, dass Joffre selbst erklärt hat, dass der Retter Verduns nicht Pétain, sondern Nivelle war. Marschall Pétain hörte alle diese Ausführungen mit einem sarkastischen Lächeln an.

Reynaud ist der Auffassung, dass diese Beweise genügen sollten. Nie habe sich ein Volk so gründlich über einen Mann getäuscht wie (das französische) nie habe ein Mann einem Volke so viel Leid angetan wie Marschall Pétain dem seinen. Er habe gegen die Ehre gehandelt, sei Stufe um Stufe unter dem Beifall der Deutschen auf der Treppe der Lühnenhaftigkeit hinabgeschritten.

Im Kreuzverhör der Verteidiger

Der Verteidiger Payen hielt den Ausführungen Reynauds entgegen, dass es sich nicht um Zeugenaussagen handle, sondern um ein Plädoyer pro domo oder eine Anklagerede. Da zweifellos aber die Mehrheit der vom Anklagevertreter zitierten Politiker im Laufe ihrer Aussagen versuchen werden, «sich ihre Jungfräulichkeit wieder zu erwerben», werde er gesamthaft in seinem Plädoyer auf deren Aussagen eingehen. Im Anschluss an diese Mitteilung hält Payen selbst eine kleinere Anklagerede gegen Reynaud, weshalb er vom Gerichtspräsidenten zur Ordnung gerufen wird.

Auf den Vorwurf des Verteidigers, der Zeuge habe General C o r a p verleumdet, entgegnete Reynaud, er habe nur Kenntnis gegeben von Äusserungen der Generäle Gamelin und Weygand. Wenn er den König der Belgier bei der Kapitulation der belgischen Armee angegriffen habe, so darum, weil der König damals vergass, dass er nicht nur Oberkommandant der Armee, sondern auch Staatschef war, und dass es seine Pflicht gewesen wäre, seiner Regierung zu folgen. Er, Reynaud, habe in seiner Radiorede weder das Wort «Verrat» noch das Wort «Treubruch» gebraucht.

Um 14 Uhr 15 wurden die Verhandlungen unterbrochen und um 15 Uhr 30 wieder aufgenommen. Reynaud fuhr in seinen Aussagen fort, indem er erklärte, es sei die erste Sorge Marschall Pétains nach der Machtübernahme gewesen, die Republik zu unterdrücken. Wenn

wir geschlagen wurden, so deshalb, weil das parlamentarische Regime nicht funktionierte. Wir haben zuviel Vertrauen in unsere grossen militärischen Führer gesetzt.

Reynaud äusserte sich dann über die Besprechung von M o n t o i r e und den kritischen 13. Dezember 1940, als Laval ging und man ihn verhaftete, ihn aber dann auf Intervention des deutschen Botschafters Abetz wieder zurückrufen musste. Diesen Ruf lehnte er damals ab; Frankreich musste noch tiefer sinken. Das von Marschall Pétain gebilligte Regime Darlan sei in seiner Niedrigkeit und Verworfenheit noch schlimmer gewesen. Ohne Laval haben Darlan und Marschall Pétain die Angelegenheit Syrien verbrochen.

Der Verteidiger Isorni stellte dem Zeugen die Frage, ob er nicht der Regierung Daladier angehört habe, welche das Münchner Abkommen unterzeichnete. Darauf legte Reynaud dar, warum er 1938 zusammen mit Mandel und Champetier de Ribes in der Regierung geblieben war, nämlich deshalb, weil Ministerpräsident Daladier ihnen versicherte, dass die Regierung keinen Druck auf die Tschechen ausgeübt habe, damit sie der Kapitulation zustimmten. Darauf bezeichnete der Verteidiger Isorni Reynaud als «munichois», was den ganzen Saal zum Lachen reizte. Auf eine andere Frage der Verteidigung äusserte sich Reynaud über das von der Regierung Daladier, der er dazumal angehörte, erlassene Dekret gegen die Saboteure in den Fabriken, das dann, wie die Anklage sagt, Marschall Pétain gegen die Kommunisten zur Anwendung gebracht hat.

Darauf kam die Frage des Waffenstillstandes zur Sprache. Auf die Frage eines Richters, ob im Waffenstillstandsabkommen geheime Bestimmungen enthalten gewesen seien, antwortete Reynaud er glaube das nicht. Eine Meinungsverschiedenheit ergab sich zwischen Verteidigung und Zeugen auch über das Telefongespräch vom 17. Juni zwischen General de Gaulle und Reynaud. Letzterer bestritt die vom Deuxième Bureau registrierte Fassung dieses Gesprächs, worauf Isorni behauptete, nicht Reynaud habe den Botschafterposten in Washington abgelehnt; Präsident Roosevelt habe ihn nicht haben wollen. «Das stimmt», sagte Reynaud. «Präsident Roosevelt wollte nicht, dass ich eine Regierung vertrete, die von den Deutschen beherrscht war – dominated by Germany», fügte er auf englisch hinzu.

Der Zeuge beantwortete dann verschiedene Fragen, die sich besonders auf den Beschluss der Nationalversammlung vom 10. Juli 1940 bezogen und auf einen Brief, den er Mussolini geschrieben haben soll, um ihm ohne Wissen Englands ein Kondominium über Tunis und Französisch-Äquatorialafrika anzubieten. Reynaud sagte zu, er wolle dem Gericht den Brief verlesen, den er in der Tat an Mussolini geschrieben habe.

Die Verteidigung erwähnt dann ein Schreiben Reynauds vom 8. Juli 1940, das grossen Respekt gegenüber dem Marschall bezeugt. Der Zeuge antwortet, er habe erst im Gefängnis die Erkenntnis erlangt, was der Marschall eigentlich war. Als der Brief geschrieben wurde, war kein Zweifel möglich, dass die Mehrheit Frankreichs für den Marschall gestimmt hätte. Was die Erklärung des Admirals Leahy nach seiner Rückkehr nach Washington anbelangt, der dem Marschall eine grosse persönliche Wertschätzung bekundete, erklärte der Zeuge, das sei eine der üblichen diplomatischen Höflichkeitsformeln gewesen.

Die Verteidigung machte schliesslich geltend, dass nicht die Regierung von Vichy Reynaud und Mandel an die Deutschen ausgeliefert habe, sondern dass sich die Deutschen ihrer selber bemächtigt hätten. Es wird ein Brief verlesen, in dem Marschall Pétain bei den Deutschen gegen diese Verschleppung protestiert. Der Verteidiger bezeichnet das als einen Akt des **W i d e r s t a n d e s**, wie ihn wenige Angehörige der Widerstandsbewegung aufzuweisen hätten. Diese Behauptung ruft lebhaftige Bewegung im Saale hervor, besonders unter den ausserparlamentarischen Geschwornen, welche die Verteidigung ersuchten, sie nicht zu beleidigen.

All das veranlasste Reynaud, die Geschichte seiner Verschleppung nach Deutschland zu erzählen. Bei der Ankunft der S. S. im Fort Portalet am 11. November 1942 telegraphierte er an Pétain. Er und Mandel wurden am 20. deportiert; der Protest Pétains datiert vom 24. Zwischen dem 11. und dem 20. sei eine Verständigung zwischen den Deutschen und Vichy erfolgt. Der Protest sei eine reine Formsache gewesen. Später, als Georges Mandel von den Schergen Darnands getötet worden war, scheute sich dieser nicht, sich im Ministerrat an den gleichen Tisch mit Pétain zu setzen.

Auf Ersuchen der Verteidiger Pétains, der unter der Hitze sehr leide, wurden um 17 Uhr 15 die Verhandlungen unterbrochen.

Daladier als Zeuge

Um 17 Uhr 45 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Als zweiter Zeuge erscheint Daladier, schwarz gekleidet, mit gebräuntem Gesicht. Er beginnt mit kräftiger Stimme:

«Ich werde meine Aussagen der Wahrheit gemäss und ohne nachtragende Gesinnung machen. In den Obersten Kriegsrat und auf andere militärische Posten höheren Grades wurde seit 1918 niemand ohne die Zustimmung Marschall Pétains ernannt, der das allergrösste Ansehen im ganzen Lande genoss. Pétain trat 1934 ins politische Leben ein, als er dem Kabinett Doumergue angehörte. Damals fasste Frankreich den Entschluss, allein für seine eigene Sicherheit zu sorgen. Pétain wählte diesen Augenblick, um die Materialkredite um 20 Prozent herabzusetzen; später verweigerte er als Generalinspektor der

Armee die notwendigen Kredite für den Festungsbau im Norden und Nordosten.»

Auf die Frage, ob Pétain direkt oder indirekt der Cagoule angehöre, antwortete Daladier, dass er darüber nichts wisse. Es sei ihm nur bekannt gewesen, dass ein Beamter Pétains, Lustau-Lacau, dem General Gerodias ein spanisches Dokument über die Möglichkeiten eines kommunistischen Putschs zugetragen habe. Daladier äusserte sich hernach über die Ernennung Marschall Pétains zum Botschafter in Spanien im März 1939. Es handelte sich darum, dafür zu sorgen, dass im Süden nicht noch eine dritte Grenze zu verteidigen sei. Das Ansehen Pétains in Europa sei zu jener Zeit riesengross gewesen. Ende September 1939 habe die Regierung den Marschall nach Paris gerufen. Er, Daladier, habe als Ministerpräsident beabsichtigt, ein grosses Kabinett zu bilden mit der Beteiligung Herriots und Kardinal Verdiers. Diese beiden Persönlichkeiten hätten angenommen; aber Pétain wollte sich dazu nur bereit erklären, wenn auch Laval in die Regierung eintrete.

Daladier kam dann auf die Ereignisse zu sprechen, die dem Waffenstillstand vorausgingen und folgten. Er habe sich gegen den verfrühten Vorschlag auf Einstellung des Kampfes, der am 17. Juni erfolgte, wenden müssen. Ein solcher Vorschlag sei von einem Manne wie Pétain nicht erstaunlich gewesen, da dieser schon am 25. Mai von einem Waffenstillstand gesprochen habe.

Daladier machte zahlreiche Hinweise zum Prozess von Riom und zu den damaligen Zeugenaussagen von Generalintendanten und Kontrolleuren, die erklärt hätten, dass Frankreich im Jahre 1940 ungenügend gerüstet war, um den 3'200 leichten Panzern der deutschen Wehrmacht erfolgreich Widerstand leisten zu können.

Um 18 Uhr 35 verlangte Daladier den Abbruch der Sitzung. Seinem Begleichen wurde Folge geleistet.

DIE DRITTE SITZUNG

Fortsetzung der Zeugenaussage Daladiers

Die Aufrüstung Frankreichs

Die dritte Sitzung im Prozess gegen Marschall Pétain wurde am Mittwoch um 13 Uhr 18 eröffnet. Pétain hatte zwei Minuten vor Beginn der Verhandlungen Platz genommen. Der frühere Ministerpräsident Edouard Daladier ergriff sofort das Wort, um mit seinen Aussagen fortzufahren. Daladier erklärte:

Am 10. Juli hatte die Nationalversammlung Pétain trotz dem deutschen Zwang den Auftrag erteilt, die Verfassung zu revidieren. Zwei Tage später war die Republik zerstört. Der «Etat français» trat in Erscheinung, und er stützte sich auf Abenteurer und Verräter wie

Deloncle, Metenier und Darnand. Das so sehr in Verruf geratene Parlament hatte indessen 62 Milliarden für die Landesverteidigung bewilligt.

Daladier erinnerte dann an seine Reise nach Rabat und seine Begegnung mit General N o g u è s. mit dem er den Widerstand organisieren wollte. General Noguès erklärte, ohne die Flotte könne er nichts machen. Daladier erzählte sodann, wie er in Bourrasol interniert worden sei. Marschall Fétain hatte sich am 13. Oktober 1941 richterliche Befugnisse zu eigen gemacht. Daladier war verurteilt worden, ohne dass man ihn auch nur angehört hätte. Er würdigte jedoch anerkennend die Haltung der Richter von R i o m, die sich wie französische Richter benommen hätten.

«Man hatte ihnen gesagt, dass wir für den Krieg verantwortlich seien: Generalstaatsanwalt Cassagneau weigerte sich darauf, sein Amt weiter auszuüben. Ich grüsse diesen Mann, dessen Schicksal mir unbekannt ist. Das Gericht hat sich seiner Meinung angeschlossen und das Verfahren eingestellt. In der Geschichte Frankreichs war dies vielleicht das Signal zum Erwachen. Man wollte feststellen, dass die Regierung der Republik dem Feind ein waffenloses Frankreich ausgeliefert habe. Was ging aus der Diskussion hervor? Dass das nicht wahr ist.»

Daladier verlas dann Zahlen über französisches Kriegsmaterial. Danach hatte Frankreich im Juni 1936 3'500 Geschütze aller Typen gegen 17'683 im Juni 1910, 17 schwere Panzerwagen gegen 340. 1936 hatte Frankreich keinen «Somme»- und «Hotchkiss»-Panzer, im Mai 1940 aber 3'600. Die Deutschen hatten nur 3'200 Panzer, und ihr Fabrikationstempo war zwischen 1937 und 1939 nicht grösser als das französische. Was die Luftwaffe anbetrifft, so wurden mehr als 3'000 Kriegsflugzeuge ausgerüstet. Im Juli 1940 wurden in der unbesetzten Zone 4'238 Flugzeuge gezählt. Daladier will damit der Welt von den Mitteln Kenntnis geben, die Frankreich zur Kriegführung hatte.

Der Prozess von Riom

Aus diesen Zahlen geht auch hervor, warum der Prozess von Riom nicht zu Ende geführt worden ist. Nach einigen Sitzungen beschloss Marschall Pétain, dass man den Prozess erst nach Ergänzung der Informationen wieder aufnehmen solle. Der Marschall wollte Hitler und Ahetz diese Genugtuung geben. Daladier sagte, er habe gehofft, dass in Pétain doch plötzlich noch die Vaterlandsliebe aufflackern werde. Am 8. November 1942 habe er glauben wollen, dass der Marschall die Fahne des Widerstandes hissen würde, was aber nicht der Fall gewesen sei. Die Menschen und die Geschichte sollen jetzt urteilen.

In einigen wenigen bewegenden Worten erinnerte Daladier dann an die Besetzung, die Geiseln und die Deportierungen. «Für mich haben die

von mir erwähnten andern Tatsachen kein so schweres Gewicht wie jene vom 11. November 1942, als ich zwei Deutschen gegenüber nicht einen Marschall von Frankreich, sondern einen Diener fand, der bereit war, ihre Befehle entgegenzunehmen und sie auszuführen. Ich habe geschlossen. Ich lasse es nun auf die höchste Entscheidung ankommen, von der ich hoffe, dass sie dem Lande dienen wird.»

Pétain hörte die Aussagen Daladiers an, ohne sich zu rühren.

Befragung Daladiers

Der Verteidiger Payen fragte Daladier darauf, ob er nicht glaube, dass die Verantwortung Pierre Lavals jene des Angeklagten übertreffe. «Wenn Pierre Laval da wäre», antwortete Daladier, «würde er mir wohl die gleiche Frage im umgekehrten Sinne stellen. Für mich gibt es einen Chef, und dieser Chef ist der Verantwortliche.»

Präsident Montgibeaux betont hier, Pétain habe erklärt, dass er «Hand in Hand mit Pierre Laval gehe.» Ein Verteidiger protestiert gegen diese Interpretation. «Glauben Sie«, fragt nachher der Verteidiger Daladier, «dass er sein Land verraten hat?» Daladier ist der Ansicht, dass Pétain die Pflichten seines Amtes verriet. «Das Wort ‚Verrat‘ hat einen vielfältigen und weitgehenden Sinn. Man kann aus Käuflichkeit oder aus Unfähigkeit verraten, wie Bazaine. Marschall Pétain hat jedoch an seiner Pflicht Verrat geübt.»

Der parlamentarische Geschworne Mabrut stellt darauf Fragen nach Telegrammen, die Marschall Pétain nach der Landung bei Dieppe an Hitler richtete. Präsident Montgibeaux hatte sie verlesen. Es handelt sich um einen Hitler gemachten Vorschlag, Frankreich an seiner eigenen Verteidigung teilnehmen zu lassen, dies als Beweis für seinen Willen, sich in die Politik der europäischen Zusammenarbeit einzureihen. Die Verteidiger bitten den Präsidenten, die von Pétain an die Untersuchungskommission des Gerichtshofs gerichtete Antwort zu verlesen. Der Präsident lehnt ab und sagt, Pétain könne sich ja hier äussern. Darauf interveniert ein anderer Geschworne mit den Worten: «Die Ehre des Marschalls steht auf dem Spiel. Pétain hört die Fragen, er soll doch antworten.»

Marschall Pétain, der aufmerksam zuhörte, erhob sich ein wenig, wandte sich gegen den Zeugen und sagte: «Wie wollen Sie, dass ich Erklärungen gebe? Ich habe nichts gehört. Ich weiss nicht einmal, um was es sich handelt.»

Daladier gibt den Geschwornen darauf Aufschlüsse über die Verwendung des Materials für die Tätigkeit der Fünften Kolonne und die Abtretung von Material an den Feind durch die 2. Armee General Huntzingers. Er bemerkte: «General Huntzinger war der erste Besiegte

des Krieges von 1940. Diesen gleichen Huntzinger hat Pétain zum Kriegsminister ernannt.»

Auf eine Frage des Verteidigers Lemaire antwortete Daladier: «Als ich Kriegsminister war, wurde mir nie auch nur der geringste Vorschlag gemacht. Marschall Pétain wegen des ‚C. S. A. R.‘ zu verhaften. Aber in Vichy sperren die Cagoulards die Gänge des Hotels du Parc.»

Der Verteidiger Isorni verlas eine Würdigung Marschall Pétains durch Paul Valéry, für den General de Gaulle jetzt ein Staatsbegräbnis anordnete. Diese Würdigung ist von Anfang 1944 datiert. < Die Verteidigung sieht darin eine Art Symbol, dass General de Gaulle sich vor der sterblichen Hülle Valérys verneigt, der geschrieben hat, dass Pétain Frankreich aufrechterhalten habe.»

Daladier kam dann auf die Tätigkeit der Fünften Kolonne zu sprechen. «Die wahre Ursache für die Niederlage ist nicht nur der Irrtum in Bezug auf die Verwendung moderner Materialien, sondern die irrtümliche Auffassung, dass die besten unserer Divisionen in Belgien eingesetzt werden müssten, während die Hauptstützen durch Divisionen zweiten Ranges gebildet wurden. Ist das Zufall oder Verrat? Ich glaube, dass dies ein Irrtum in der Konzeption der Strategie war.»

Isorni stellte dann eine Frage über das im September 1939 erlassene und dann von Pétain angewendete antikommunistische Dekret. «Nach dem deutsch-russischen Pakt», erklärte Daladier, «löste ich die Kommunistische Partei auf, und da die Führer dieser Partei den sofortigen Frieden verlangten, hielt ich es für meine Pflicht, sie verfolgen zu lassen, und ich habe dies auch getan.» Daladier würdigte darauf den von den Kommunisten heldenhaft geführten Kampf, «besonders vom Augenblick des Kriegseintrittes Russlands an».

Von Neuem trat die Verteidigung dazwischen: Generalstaatsanwalt Cassagneau soll sich im Einverständnis mit Pétain geweigert haben, das Verfahren gegen die Angeklagten fortzusetzen. Daladier antwortete darauf: «Marschall Pétain war in seinen Bemühungen hartnäckig. Er stellte den Prozess ein, um ihn auf anderen Grundlagen wieder aufnehmen zu lassen.»

Bei einer anderen Frage bemerkt Isorni, Daladier habe Billoux, einen gegenwärtig im Amte befindlichen Minister, in Haft setzen lassen. Marschall Pétain habe Daladier gefangengesetzt, und die Regierung, der Billoux angehöre, sperre jetzt Marschall Pétain ein. Ob man über die politische Justiz da nicht überrascht und skeptisch sein könne? Der Zeuge antwortete lachend, es handle sich hier in der Tat um einen geschlossenen Kreis. Daladier dementierte darauf, dass im Jahre 1940 vom Außenminister Angebote über ein Kondominium oder über die Abtretung von Gebieten an Mussolini gemacht worden seien. Es gab keine Appelle an den Scharfblick und an das fair play Mussolinis. In der Note war hinzugefügt worden, dass Frankreich

trotz dieser Demarche seinen Verbündeten treu bleibe und entschlossen sei, den Kampf bis zur Niederlage Deutschlands fortzusetzen. Am Tage darauf lehnte Mussolini die Einleitung von Verhandlungen ab, weil die Note Frankreichs keine präzisen Vorschläge enthielt.

Die Aussagen Daladiers waren damit beendet. Um 14 Uhr 55 wurde die Sitzung unterbrochen und um 15 Uhr 15 wieder aufgenommen. Es folgte die

Zeugenaussage von Albert Lebrun

Lebrun über den Juni 1940

Der ehemalige Präsident der Republik gibt einen geschichtlichen Überblick über die wichtigen Ereignisse der kritischen Periode vom Juni 1940. Am 5. Juni, so sagte er, bildete Reynaud die Regierung um und nahm u.a. General de Gaulle in sie auf, der sich durch bemerkenswerte Kriegstaten aufdrängte. Am 9. Juni beschloss die Regierung, Paris zu verlassen. Albert Lebrun begab sich nach Cange bei Tours. Am 12. Juni fand der erste Ministerrat in C a n g e statt. General W e y g a n d schlug am Schluss der Sitzung ein Waffenstillstandsgesuch vor. Reynaud war dagegen. Marschall Pétain unterstützte den Vorschlag Weygands. Der Ministerrat war geteilter Meinung, doch war die Mehrheit für den Ministerpräsidenten.

Gleichentags fand in Briard eine französisch-britische Konferenz statt. Die Hauptberatungen fanden am 13. Juni in Tours statt. Churchill, Halifax und Beaverbrook waren anwesend. B o u t h i l l i e r verlas die Erklärung, die den Waffenstillstand verlangte. Marschall Pétain war für diese Erklärung. Der Ministerrat ging jedoch auseinander, ohne ihm zu folgen. Darauf wurde der Rückzug der Regierung nach Bordeaux beschlossen.

Am 15. Juni war der Ministerrat in Bordeaux. Es wurde ein Telegramm Roosevelts verlesen, in dem der Beistand Amerikas versprochen wurde. Reynaud hielt seine Position mit Festigkeit aufrecht. «Ich hatte gedacht, dass Algier eine zweite französische Hauptstadt sei und dass man sich dorthin begeben könne», sagte Lebrun. Dann kam der Vorschlag Chautemps' dazwischen, der den Ministerrat aus dem Gleichgewicht brachte. Ministerpräsident Reynaud schlug vor, zu gehen. Mit einer impulsiven Bewegung erhob ich mich und erklärte, dass auch ich abreisen würde.

Am 16. Juni morgens trat der Ministerrat von Neuem zusammen, und Marschall Pétain drohte mit dem Rücktritt. Auf die Antwort Churchills und die schlechten Nachrichten von der Front folgte die Niedergeschlagenheit. Die deutsche Armee überschritt die Loire in La Charité. Man musste aus Stein oder Eisen sein, um diese Schläge zu ertragen und nicht von den Entscheidungen berührt zu sein, die getroffen

werden mussten. Die Mehrheit war für Chautemps. Der Zwischenfall zwischen Mandel und Chautemps ergab dies. Paul Reynaud reichte seine Demission ein. Wieviel Stimmen waren für Chautemps? Im Allgemeinen stimmt der Ministerrat nicht ah. Ich habe ihn dies nur einmal tun sehen, und zwar unter dem Vorsitz von Fallières bei der Ernennung des Staatsrates.

Reynaud schlug Präsident Lebrun vor, seinen Gegner, Marschall Pétain, zu berufen. «Wen sollte ich wählen. Ich war darum besorgt, dass Frankreich sofort wieder eine Regierung habe. Armes Frankreich. Ich bat daher Marschall Pétain, die Regierung zu bilden. Er zog eine Liste aus der Tasche und sagte: ‚Das ist meine Regierung. Ich dachte an die langen Ministerkonsultationen der Vorkriegszeit und sagte mir: Das ist eine Regierung, die in einer Minute gebildet wurde. Ich finde das hervorragend.»

Lebrun machte einige Einwendungen, besonders weil sich Laval auf der Liste befand. Schliesslich wurde die Regierung rasch gebildet, und der spanische Botschafter Lequerica wurde beauftragt, bei den Deutschen zu intervenieren.

Lebrun über Vichy

Nach einer Darstellung der Ereignisse in Tours und Bordeaux im Juni 1940 enthielt die Zeugenaussage Präsident Lebruns folgende Angaben:

Am 17. Juni gab Marschall Pétain Aufschlüsse über seine Besprechungen mit Lequerica und dem apostolischen Nunzius. Am Abend fand eine Zusammenkunft der vier Präsidenten statt: Lebrun, Pétain, Herriot und Jeanneney. Es ging um die Abreise nach Nordafrika. Pétain wollte nicht gehen. Er schlug vor, seine Unterschrift an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Chautemps abzutreten, wenn die Regierung Frankreich verlasse.

Am 19. Juni forderte Deutschland Bevollmächtigte. «Was tun? Gehen wir nach Perpignan.» Am 20. wurde die Abreise verschoben. Nebenbei gibt Lebrun folgender Meinung Ausdruck: «Ich hoffe, dass inan in den Projekten für die neue Verfassung dem Staatschef eine Stellung wird geben können, die mit seinen Funktionen mehr im Zusammenhang steht.»

Am 21. Juni erschien Laval an der Spitze einer Delegation, um auf den Präsidenten der Republik einen Druck auszuüben und ihn davon abzubringen, dass er Frankreich verlasse. «Ich antwortete, das hänge vom Ministerrat ab. Jeanneney war einverstanden, abzureisen, worauf Laval den Präsidenten des Senats mit einer eigenartigen Stimme und mit Ausdrücken tadelte, die ich hier nicht erwähnen kann.»

Am 22. Juni fand der Ministerrat, die Waffenstillstandsbedingungen enthielten nichts Entehrendes, und begann mit ihrer Prüfung. Den ganzen Tag aber herrschte ein Tele-

grammwechsel zwischen Bordeaux und Rethondes. Schliesslich akzeptierte Keitel, dass die Flugzeuge entwaffnet ausgeliefert würden, und" er machte Konzessionen in Bezug auf die Flüchtlinge. Er begnügte sich mit der Abgabe seines Ehrenwortes als deutscher Offizier, das er als hinreichend betrachtete. Wir wissen, was es wert ist.

Am 29. Juni folgte die Abreise von Bordeaux nach Clermont-Ferrand und dann, nach Vichy. Hier begann die Arbeit Lavals.

Am 7. Juli kam eine *D e l e g a t i o n* zu Präsident Lebrun, um ihn zu ersuchen, seine Demission als Präsident der Republik einzureichen. Lebrun wollte nicht zurücktreten. Er wollte seine siebenjährige Amtszeit zu Ende führen, es sei denn, es liege ein gegenteiliger Beschluss der in Vorbereitung befindlichen Nationalversammlung vor. Am 9. Juli wurde die Revision der Verfassungsgesetze beschlossen. Die Einberufung der Nationalversammlung erfolgte am 10. Juli. Am Morgen fand eine geschlossene, am Abend eine öffentliche Sitzung statt. Laval hielt eine Rede.

Am 11. Juli suchte Pétain den Präsidenten der Republik auf. Lebrun schilderte die Szene mit schluchzender Stimme. Pétain forderte ihn auf, sein Amt *n i e d e r z u l e g e n*, und Lebrun akzeptierte. «Meine Ausschaltung war die Folge der Abstimmung in der Nationalversammlung. Ich stattete Marschall Pétain einen Gegenbesuch ab. Es entsprach dies der alten französischen Politik und meinem persönlichen Temperament.»

In Vizilles, dem Dorf, in dem er sich aufhielt, dachte Lebrun über die Bedeutung des Gesetzes vom 10. Juli nach. «Entweder war die Verfassung von 1875 abgeschafft oder aufgehoben, oder sie war beibehalten worden. Ich glaube, dass das zweite zutrifft. Die Verfassungsakte sollten die Zwischenperiode ausfüllen, indem sie sich soweit wie möglich den vorhergehenden Gesetzen näherten. Es geschah aber gerade das Gegenteil. Man hat den Namen und die Sache der Republik verschwinden lassen.

Es bestand eine Konfusion über die drei Gewalten, die ausübende, die legislative und die richterliche. Ich habe eine sehr strenge Auffassung über die Anwendung des Gesetzes vom 10. Juli 1940. Die Regierung von Vichy trägt eine schwere Verantwortung, nicht nur der Marschall. Ich hatte verschiedentlich den Eindruck, dass der Marschall viele Dinge deckte, deren Initiator er nicht gewesen war. Es ist ein schwerer Fehler begangen worden: man *g l a u b t e a n d e n d e u t s c h e n S i e g*. Musste man daran glauben? Unsere Soldaten sind nicht weniger tapfer als die andern. Sie haben es seither in Tunesien, in Italien und in Frankreich gezeigt. Die Lage konnte sich ändern. Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten sowie der Konflikt zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus war unvermeidlich. Auf die Karte eines gewinnenden Deutschlands zu setzen, war in je-

nem Moment ein offenkundiger Fehler. Es wurde auch ein anderer Fehler begangen: der Marschall glaubte, dass das Ansehen seiner Sterne dazu beitragen würde, das besetzte Land zu schützen und es vor den Okkupanten zu verteidigen. Anstatt Widerstand zu leisten, gab man nach.» Lebrun verurteilte insbesondere die stillschweigende Aufgabe des E l s a s s.

«Der Waffenstillstand wurde in Unehre und Unwürdigkeit ange-naet. Es wäre ein Protest vor der Welt nötig gewesen.» Lebrun wandte sich auch gegen die ohne Protest Deutschland zugestandene Hilfe in Bezug auf die Versorgung, sowie gegen die Deportationen und gegen die Bekämpfung der Maquisleute.

Der Zeuge sprach dann mit Bewegung von der tiefen Betrüb-nis, die er heute empfinde, einen Marschall von Frankreich vor dem Hohen Gerichtshof zu sehen, Marschall Pétain, den er auf dem Gipfel der Ehre und des Ruhmes gekannt habe.

Fragen und Antworten

Pierre Bloch stellte darauf die Frage: «Will Präsident Mont-gibeaux den Angeklagten fragen, wie lange er die Ministerliste in sei-ner Tasche hatte, die er Albert Lebrun in Bordeaux präsentierte?»

Der Präsident sagt: «Angeklagter, erheben Sie sich.» Pétain hört nichts oder stellt sich so, als ob er nichts höre. Der Präsident gibt dar-auf der Wache die Anweisung, ihn zum Aufstehen zu veranlassen. Aber auch die Wache hört nichts. Schliesslich bleibt Pétain sitzen, während Präsident Montgibeaux die Frage stellt, welche Payen seinem Klienten ins Ohr schreit. Pétain spricht schliesslich, doch antwortet er nur auf die Seite: «Ich hatte einige Namen zusammengestellt, aber die Liste, die ich in meiner Tasche hatte, war nicht jene, die dann ver-wirklicht wurde.»

Ein anderer Gesellwoner fragte, ob die Waffenstillstandskonvention Geheimklauseln umfasst habe, welche u.a. Elsass-Lothringen betrafen. Lebrun antwortete, soviel er wisse, sei dies nicht der Fall.

Der parlamentarische Geschworne Schmidt wollte wissen, warum General Doyen, Delegierter in der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden, von Vichy ins Gefängnis geworfen wurde. Doyen sei als Zeuge zu vernehmen. Die Verteidigung protestierte gegen «diese Serie von Anklagereden».

Auf die Frage eines andern Geschwornen führte Lebrun noch aus, die N a t i o n a l v e r s a m m l u n g sei in Vichy unter normalen Voraussetzungen und Bedingungen zusammengetreten. Die Frage sei, ob sie das Recht hatte, ihre Befugnisse an einen Dritten abzutreten. Persönlich würde er Nein sagen. Die Revision der Verfassung ist eine Aufgabe, die sie selber zu besorgen hat. Nicht normal war die Rasch-

heit, mit der die Debatte durchgepeitscht wurde. Man stand unter dem Drucke der deutschen Bajonette.

Der Geschworne Revillon fragte den Zeugen, ob er in Bordeaux nicht ein anderes Kabinett aus Widerstandsleuten hätte einsetzen können, als Reynaud seine Demission erklärte, worauf Lebrun antwortete: «In jenem Moment wusste man nichts. Es war alles möglich.»

Hierauf wurden von der Verteidigung dem Zeugen verschiedene Fragen gestellt. Unter anderem antwortete Lebrun, dass es nach seiner Meinung mehr Laval als der Marschall war, welcher als Urheber der Machenschaften von 1940 zu bezeichnen ist. «Ich kann nicht verstehen, dass Pétain nicht entgegtrat und Nein sagte. Frankreich hätte einen ‚Gauleiter‘ bekommen und man hätte gewusst, an was man sich zu halten hatte.»

Auf die Einwendungen eines Gerichtsbeamten, dass der Zeuge Pétain noch nach 1940 Glückwunschkarten geschickt habe, erwiderte Lebrun, es habe sich um einfache Höflichkeiten gehandelt, die rasch abgebrochen wurden, als die Politik der Zusammenarbeit von Vichy sich zeigte.

Auf eine Frage des Verteidigers Isorni macht Lebrun noch Angaben über die französische Marine und die Dispositionen, die in Bezug auf die Flotte 1940 getroffen worden waren. Die Flotte sollte nicht in die Hände der Deutschen fallen. Admiral Darlan hatte am 24. Juni Befehle für eine eventuelle Selbstversenkung oder eine Flucht in amerikanische Gewässer erteilt. Isorni stellte die weitere Frage, ob der Waffenstillstand unter Bruch eines Abkommens Reynaud-Chamberlain abgeschlossen worden sei. Er spielte auf ein diplomatisches Geheimnis an, das Lebrun bekannt sein soll und schlug für die Beantwortung dieser Frage den Ausschluss der Öffentlichkeit vor.

Auf diese Frage antwortete Lebrun u.a., dass es nach den Abmachungen, die getroffen worden seien, nicht zu den Vorfällen von Mers-el-Kébir hätte kommen dürfen. Von dieser Auskunft erklärte sich Isorni nicht befriedigt. Er wollte mehr wissen. Darauf antwortete der Zeuge, die Konvention vom 28. März 1940 sei allerdings nie aufgehoben worden. Als aber Churchill in Tours und Briard erklärte, dass England Frankreich keine Vorwürfe machen werde, habe es sich um den Waffenstillstand gehandelt. Die Minister und der Zeuge selbst konnten glauben, dass die Konvention nicht mehr in Kraft war. Man könnte höchstens sagen, dass der Waffenstillstand im Widerspruch zu der Konvention vom März 1940 unterzeichnet wurde, aber erst nachdem Besprechungen stattgefunden hatten, die diese Unterzeichnung in Betracht zogen.

Nach diesen Erklärungen des Zeugen Lebrun sagte der Verteidiger Isorni: «Also war der Waffenstillstand nicht gegen die Ehre Frankreichs.» Lebrun protestierte und erklärte auf die Frage eines Ge-

schworenen: «Ich war gegen den Waffenstillstand, weil ich nach Algier gehen wollte.»

Nach einem Zwischenfall zwischen einem Geschwornen und der Verteidigung, die gesagt hatte: «Man kann sich fragen, ob wir vor Richtern stehen», wurden die Verhandlungen um 17 Uhr 30 geschlossen.

DER DONNERSTAGNACHMITTAG

Aussagen Jeanneney

Die Rolle der Nationalversammlung

Am vierten Verhandlungstag des Prozesses gegen Marschall Pétain sind zwei Zeugen einzuvernehmen: der ehemalige Senatspräsident und S t a a t s m i n i s t e r i n der gegenwärtigen französischen Regierung, Jules Jeanneney, und Louis Marin.

Die Verhandlungen beginnen mit einer Intervention der Verteidigung, die die Antwort Marschall Pétains auf die Frage nach dem Telegramm verliest, das Pétain nach dem britischen Handstreich auf Dieppe an Hitler gerichtet haben soll. Der Marschall versichert in seiner Antwort, er sei sicher, nie den Befehl zur Absendung dieses Telegramms gegeben zu haben.

Darauf wurde der 81jährige Staatsminister Jeanneney in den Gerichtssaal geleitet, wo er auf dem für die Zeugen, die Staatschefs oder Präsidenten einer Kammer des Parlaments waren, vorbehaltenen Fauteuil Platz nimmt. Jeanneney beginnt seine Aussagen mit einem historischen Überblick, über die dem Waffenstillstand von 1940 vorausgegangenen Tage. Er schilderte die Sitzungen des Ministerrats, in denen sich das Manöver der einem Waffenstillstandsgesuch günstig gestimmten Minister entwickelte. Diese Schilderung bestätigt die Aussagen Reynauds, Daladiers und Lebruns. Jeanneney kam darauf auf die Umstände zu sprechen, unter denen Marschall Pétain die Macht in seine Hand nahm. Der Staatsminister erklärte wörtlich:

«Während die Regierung nach Clermont-Ferrand abreiste, war ich in Bourboure isoliert. Dort vernahm ich vom Plan einer Nationalversammlung, die sich in V i c h y besammeln sollte. Ich kam dort am 4. Juli abends an. Laval hatte mir den Auftrag gegeben, die Einberufungen zu dieser Nationalversammlung zu erlassen. Aber konnte ich alle Mitglieder des Parlaments einberufen? Ich lehnte daher diesen Auftrag ab.

Pétain war der einzige Mann, um dessen Persönlichkeit die Einigkeit in unserem Lande sich bilden konnte. Ich musste unter allen Umständen für ein reibungsloses Funktionieren der Nationalversammlung Sorge tragen. Für Pétain war es von Wichtigkeit, dass die Nationalversammlung rasch zu Beschlüssen kam. Der Rat, den ich

der Versammlung gab, wurde aber nicht berücksichtigt. Am andern Tage erschienen im Amtsblatt zwei Dekrete. Eines davon bezog sich auf die Einberufung der Häuser des Parlaments zu einer ausserordentlichen Tagung. Im Senat huldigte ich dem Marschall Pétain. Diese Huldigung wurde mit Beifall aufgenommen. Ich kenne Pétain seit 1917. Ich war von seinen Exposés vor dem Kabinett Clemenceau, dem ich angehörte, stark beeindruckt. Ich konnte das nicht vergessen, trotz den gegen ihn erhobenen Vorwürfen des Pessimismus und Defaitismus.

Kammer und Senat einigten sich auf Verlangen Pierre Laval's, dass eine Beratung vor der Eröffnung der Nationalversammlung überflüssig sei. So blieb nur die Abstimmung übrig. Das Projekt der Regierung sollte die Priorität vor allen andern Projekten erhalten. Endlich wurde beschlossen, dass keine Erläuterung des Abstimmungsergebnisses gegeben werden sollte. Unter diesen Umständen wurden zwischen 17 Uhr 15 und 19 Uhr Marschall Pétain die Vollmachten erteilt zur Schaffung eines ‚neuen Frankreich‘. Es handelte sich um eine erzwungene Stimmabgabe.

Am folgenden Tag wurde das «absolute Regime» durch die Veröffentlichungen im Amtsblatt bestätigt. Ich konnte als aufrichtiger Demokrat einem solchen Regime meine Zustimmung nicht geben. Andererseits durfte ich meinen Posten als Senatspräsident nicht verlassen. Seit diesem Tage habe ich Laval nie mehr gesehen. Mit den Ministern unterhielt ich Verwaltungsbeziehungen.

Seit dem 12. Juli 1940 habe ich Pétain nur zweimal gesehen, heute nicht gerechnet. Das erstemal war es am 24. Juli 1940, wobei sich herausstellte, dass zwischen uns keine Übereinstimmung in irgendeiner Sache bestand, und das zweitemal am 28. Januar 1941. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte ich Pétain die Liste der j ü d i s c h e n S e n a t o r e n einreichen, wie Herriot eine der jüdischen Deputierten abgeben sollte. Wir lehnten dieses Begehren ab. Indessen habe ich noch mehrmals mit Pétain brieflich verkehrt, besonders wegen Elsass-Lothringen.

Ein zweites Mal schrieb ich Pétain 1941 wegen der Hinrichtung der Geiseln von Nantes. Nach dieser Hinrichtung wurden wir nach Châtel-Guyon deportiert, und die Bureaux der beiden Kammern des Parlaments wurden aufgelöst. Meine Funktion als Senatspräsident hörte damit automatisch auf.»

Befragung Jeanneney's

Maitre P a y e n gibt hier eine Aufklärung über die Geiseln von Nantes. Marschall Pétain, so stellt der Verteidiger fest, schrieb damals an Hitler, um ihm mitzuteilen, dass er sich als Geisel stellen werde, um zu verhindern, dass «andere Geiseln» hingerichtet würden. Me Payen stellte ferner Fragen über den Einfluss Laval's. Staatsminister Jeanne ney erklärte weiter:

«Ich kenne Pierre Laval schon seit Langem. Ich empfand gegen ihn von jeher ausgesprochene Abneigung. Leh kannte seine Umtriebe zur Herbeiführung eines überstürzten Waffenstillstands. Laval hat es nicht e a u s s e r h a l b der Regierung für die gleiche Sache und auf das gleiche Ziel hin wie der Marschall.»

Auf eine weitere Frage des Verteidigers Payen antwortete Jeanneney wörtlich: «Der Waffenstillstand war ein unverzeihlicher und nicht wieder gutzumachender Fehler. Die Ehre verlangte, dass der Widerstand organisiert werde. Aber die militärischen Führer selber forderten die Einstellung des Kampfes. Der Fehler Pétains muss auch heute noch schwer auf ihm lasten, Aber einmal abgeschlossen, war er ein unumstössliches Faktum. Das französische Volk wollte leben. Nur um die Persönlichkeit Pétains war es möglich, auf eine Einigung des französischen Volkes zu hoffen. Pétain hat jedoch schwer enttäuscht.»

Der Verteidiger Isorni fragt den Zeugen, ob die Abstimmung der Nationalversammlung vom 10. Juli verfassungsgemäss war oder nicht. Jeanneney erklärt darauf, rechtlich ja, tatsächlich nein. Er habe bereits gesagt, dass er die Stimmabgabe als erzwungen betrachte.

Um 14 Uhr 55 wird die Sitzung unterbrochen. Beim Verlassen des Saales wurde Staatsminister Jeanneney von Marschall Pétain lächelnd begrüsst. Jeanneney erwiderte den Gruss.

Aussagen Louis Marins

Die Waffenstillstandskrise

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen wird Louis Marin einvernommen und nicht Edouard Herriot, wie ursprünglich vorgesehen war.

Louis Marin beginnt seine Zeugenaussage mit einer Erörterung des französisch-britischen Abkommens vom 28. März 1940. Er vertritt die Meinung, dass die Unterzeichner des Waffenstillstandsvertrages das Wort Frankreichs gebrochen haben. Paul Reynaud, Campinchi, Tellier und die Mehrheit der Minister, die im Ministerrat von Cange vom 12. Juni das Wort ergriffen, sprachen sich für die Einhaltung des französisch-britischen Abkommens aus. Nur der Angeklagte und Prouvost sprachen zugunsten des Waffenstillstandes. Belgien, Holland, Polen und Griechenland haben keinen Waffenstillstand abgeschlossen. Daher seien auch die Königin Wilhelmine und der König von Norwegen wieder auf dem Thron. Seit dem Beginn der Waffenstillstandskrise bis zu deren Ende stellte sich die moralische Frage, ob England seine Verpflichtungen genügend eingehalten habe. Das französisch-britische Abkommen sei am 28. März 1940 abgeschlossen worden; man hätte vorher darüber nachdenken sollen. Seiner Mei-

nung nach sei ein Bruch des Abkommens vom 28. März 1940 einem Verrat Frankreichs gleichzusetzen. Marin erläuterte im Folgenden den Unterschied zwischen der Ergebung und einem Waffenstillstand. Im ersten Falle handle es sich um eine einfache militärische Tatsache, im zweiten um eine Verpflichtung Frankreichs. Jedermann in Frankreich sei überzeugt gewesen, dass Hitler den Franzosen nicht nur die tptale Abrüstung sondern die Versklavung auferJegen werde.

Jene, die den Waffenstillstand verteidigten, brachten keine militärischen Gründe vor, sondern lediglich «innere» Gründe. W e y g a n d, der für Louis Marin eine «grosse Enttäuschung» war, machte keine militärischen Gründe geltend, um den Waffenstillstand zu rechtfertigen, sondern stellte lediglich Behauptungen auf. Als er in Cange vom Waffenstillstand sprach, war dem Generalissimus in erster Linie daran gelegen, Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu behalten. Er dachte nicht mehr daran, den Feind zu schlagen. Eine Frage, auf die man nickt genügend eintritt, ist die, ob es in jenem Moment nötig war, den Waffenstillstand zu schliessen oder nicht. «Man hatte sich nicht bis zum Ende geschlagen», sagte Marin, und rief das Gesetz von 1793 in Erinnerung, das die Todesstrafe für jeden vorsah, der davon sprach, mit einem Feind zu verhandeln, der die Freiheit und die Unteilbarkeit der Nation nicht anerkenne.

«Nur die militärischen Führer hielten sich für unterrichtet. Aber wir konnten den Krieg mit Unterstützung der Flotte fortführen. Es gab Patrioten, die nicht vom Waffenstillstand sprachen und die recht hatten. Sie sind scharfblickend, entschlossen und mutig gewesen. Wie haben die Angeklagten und jene, die den Waffenstillstand gewollt haben den Krieg vorbereitet? Ich erkläre, dass sie ihre Amtspflichten und das Vertrauen, welches das Land in sie gesetzt hatte, verrieten. Die Armee hatte Material, es fehlte nur an der Leitung. Die Ankündigung des Waffenstillstandes hat das französische Volk niedergedrückt. Der gesunde Menschenverstand des Volkes hat den Waffenstillstand nicht gebilligt.»

Marin gab dann seinem Bedauern darüber Ausdruck, dass eine Mehrheit gegen den Waffenstillstand bestanden habe, indem 14 Minister dagegen und, nur zehn dafür gewesen seien. «Durch seine Rücktritts-ironung band Pétain dem Ministerrat die Hände.»

Marin sprach dann von den Ereignissen in V i c h y. «Ich will nicht diskutieren, ob die Kammern Gegenstand von Druck oder Täuschung waren, aber die Parlamentarier sollten sich von niemandem beeindrucken oder täuschen lassen.» Marin ist der Ansicht, dass die Abstimmung vom 10. Juli Pétain nicht alle Machtbefugnisse übertrug. Alles, was vom 12. Juli angetan worden sei, sei illegal gewesen. Man hätte von der Nation die Ratifizierung verlangen müssen.

Abschliessend sagte Marin: «Es betrübt mich tief, dass ich alle diese

Sachen in Erinnerung rufen muss aber gefühlsmässige Erwägungen dürfen vor einer exemplarischen Justiz, welche die Erneuerung der Vaterlandsliebe in Frankreich und die Wiedergeburt unseres Landes erlauben wird, nicht zählen.»

Kontroverse mit Reynaud

Paul Reynaud wird von der Verteidigung aufgefordert, sich über die Frage der Mehrheit im Ministerrat zu äussern. Er antwortet: «Die Lage war für uns seit dem Vortag unhaltbar und ich dachte, dass es unmöglich sei, mit einem Kabinett, das geteilter Meinung war, zu regieren.»

Der Verteidiger I s o r n i bemerkt: «Reynaud hat aber erklärt, dass er eine Liste aufgestellt habe, die zeigte, dass eine Mehrheit für den Waffenstillstand war.»

Reynaud antwortet: «Man darf die beiden Ministerräte nicht wechseln; es war in Gange nach dem Vorschlag Chautemps', als ich diese Liste erstellte. In Bordeaux habe ich keine Liste erstellt.» Reynaud glaubt indessen, dass der Ministerrat in seiner Mehrheit für den Waffenstillstand war, und dass er die Leitung einer demissionierenden Regierung nicht übernehmen könne.

Zwischen Louis Marin und Paul Reynaud kommt es zu einer Kontroverse, weil die beiden über die Zahl der Anhänger und der Gegner des Waffenstillstandes nicht einig sind. «13 Mitglieder des Kabinetts haben sich seinerzeit für den Vorschlag Chautemps ausgesprochen», sagt Reynaud. Marin beharrt auf seiner Position: «Mandel, Rio, Laurent-Eynac, Cainpinchi und ich selber waren dagegen, und das wissen Sie sehr gut.»

Hier schritt der Generalstaatsanwalt M o r n e t mit den Worten ein: «Es scheint, dass die Lage sehr verworren war. Wir können die genauen Stimmzahlen für und gegen den Waffenstillstand nicht feststellen. Was wichtig ist, ist zu wissen, welche Minister sich für den Waffenstillstand einsetzten.»

Auf eine Frage eines Geschwornen der Widerstandsbewegung, Stibbe, sagte Paul Reynaud noch: «Die Mehrheit zählte wenig. Was wichtig war, das war die Gewalt der Regierung.»

Louis Marin äusserte sein Erstaunen darüber, dass Staatsanwalt Mornet der Mehrheitsfrage so geringe Bedeutung beimisst.

Hier schritt der Verteidiger I s o r n i erneut ein: «Alle Minister des Kabinetts Reynaud sind angehört worden, und sie waren alle für den Widerstand.»

Louis Marin protestiert mit Heftigkeit: «Ausgenommen jene, die sich im Gefängnis befinden oder geflüchtet sind.»

Es wurde darauf vom Buche Kammerers über die Wahrheit betreffend den Waffenstillstand gesprochen, das nach Reynaud einige Irrtümer aufweisen soll. Die Mitglieder der Konsultativversammlung sollen dieses Buch zugeschickt erhalten haben.

Gazel über Pétain in Spanien

Nach Marin wird der nächste Zeuge, der 48jährige bevollmächtigte Minister Armand Gazel einvernommen. Gazel war Berater Pétains in Spanien und vom Marschall im November 1939 von seinem Posten abgesetzt worden. Durch Pétain und Laval ist er auch von seinem Posten in Bern abberufen worden.

Er sprach von der Ankunft Botschafter Pétains in Spanien, von sich selber und von der Durchführung der Abkommen Bérard-Jordana. «Diese Abkommen – sie waren das Ergebnis der geheimen Tätigkeit Bonnets und Bérards – waren schlimm. Der Marschall hat erst am Vorabend seiner Abreise davon Kenntnis erhalten.» Die spanische Regierung war Frankreich damals feindlich gesinnt. Die Bemühungen Gazels, die Freilassung der Franzosen der internationalen Brigaden zu erwirken, fruchteten nichts. «Mein Chef hat mir nicht geholfen. Der Marschall wollte nicht einschreiten.» Im Allgemeinen hatte Pétain versucht, seine Mission mit Ernst zu erfüllen. Franco empfing ihn jedoch sehr frostig und blieb jeweils hinter seinem Pult stehen. Welches waren die Beziehungen Marschall Pétains zu den Deutschen in Spanien? Es handelte sich um rein formelle Beziehungen. Ende September 1939 musste sich der Marschall an eine Veranstaltung begeben, bei der auch der Botschafter Deutschlands zugegen war. Bei seiner Rückkehr sagte er, er habe ihm die Hand gedrückt. Gazel meinte: «Das war eine reine Höflichkeitsgeste, die für die Franzosen zweifelsohne stossend, im Ausland aber relativ verständlich war.»

Pétain hat dem Zeugen zweimal Ministerlisten gezeigt, auf welchen beide Male Laval und Lémerey figurierten. «Weshalb Lémerey?» fragte Gazel. Der Marschall antwortete: «Weil er im ‚Petit Bleu‘ hübsche Artikel schreibt.»

Spanien wollte, dass sich Frankreich aus dem Konflikt zurückziehe. Der Marschall wurde veranlasst, ein Telegramm zu unterzeichnen, in dem er sich gegen die Versuche aussprach, die seinerzeit gemacht wurden, Frankreich einen Separatfrieden abschliessen zu lassen. Gazel sagte, er habe den Eindruck, noch nach diesem Telegramm, das nicht dem Geschmack der Lavalleute entsprochen habe, habe Pétain gebeten, die Botschaft in Madrid verlassen zu dürfen. Laut Gazel sagte Pétain: «Wissen Sie, wenn ich die Macht übernehme, so wird dies nie für einen Staatsstreich sein.» Neben Laval und Lémery figurierte auf den Ministerlisten Pétains kein Parlamentarier.

Um 17 Uhr 35 wurde die Sitzung geschlossen.

DER FÜNFTÉ VERHANDLUNGSTAG

Léon Blum als Zeuge

Begegnungen mit Pétain

Die fünfte Sitzung im Prozess Pétain begann am Freitag um 13 Uhr 30. Nach der Eröffnung wurde Léon Blum als Zeuge aufgerufen. Staatsanwalt Mor ne t teilte noch mit, dass Edouard Herriot, der seine Aussagen an der heutigen Sitzung abgeben sollte, an Rheumatismus leide und daher später einvernommen werde.

Der in Schwarz gekleidete Léon Blum trat vor die Richter. Er führte einleitend aus, dass er im Verlaufe seiner politischen Laufbahn sehr wenig mit Marschall Pétain zu tun gehabt habe. Er sagte: «Es ist mir nicht mehr bekannt, ob ich ihm jemals begegnet bin, bevor er nach den Unruhen vom 6. Februar 1934 der Regierung Doumergue beiträt.» Mit eher gedämpfter, jedoch trotzdem gut verständlicher Stimme zählte dann Blum die Gelegenheiten auf, bei denen er mit dem Marschall zu tun hatte. Als Marx Dormoy eine Untersuchung über die Cagoule einleitete, war Blum Ministerpräsident. Dormoy habe ihm täglich Rechenschaft über den Stand der Untersuchung gegeben. Er könne sich jedoch nicht erinnern, dabei den Namen Marschall Pétains, als in die Angelegenheit verwickelt, auch nur einmal gehört zu haben.

Blum sprach dann über einen Fall von Kapitalexport, mit dem Marschall Pétain vor dem Kriege zu tun hatte. Es habe sich darum gehandelt, Pétain im Ausland eine lebenslängliche Rente zu sichern. Im Hinblick auf das Ansehen des Marschalls habe die Regierung beschlossen, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen. Nachdem Blum durch einen Richter ersucht worden war, lauter zu sprechen, sprach er mit etwas stärkerer Stimme von dem Versuch, im Jahre 1939 bei Kriegsbeginn ein Kabinett der nationalen Einheit zu bilden. Herriot habe damals Daladier den Rat erteilt, Marschall Pétain in die neue Regierung aufzunehmen. Herriot habe gesagt: «Dieser Krieg kann mit grossen Schlägen beginnen, so dass es möglich ist, dass das Land riesige Anstrengungen machen muss. Pétain sollte daher in die Regierung aufgenommen werden. Er ist in der Lage, zum Lande zu sprechen und sein Vertrauen zu erwerben.» Daladier habe dann Pétain zum Eintritt in die Regierung aufgefordert. Pétain habe eine Bedenkzeit verlangt, um dann zu erklären, dass er nicht an der Seite von Leuten Regierungsmitglied sein wolle, deren Anwesenheit für das Land und die Armee nur Grund zu Unglück und Zwischenfällen sein könne. Diese Antwort, sagte der Zeuge weiter, habe den Plan Daladiers zunichte gemacht.

Léon Blum legte dann dar, dass er am 9. Juni 1940 Paris in der Überzeugung verlassen habe, dass die Hauptstadt verteidigt werde. Am 11. Juni sei er zurückgekehrt, um die Fühlung mit den dort ge-

bliebenen Freunden beizubehalten. Er habe sich darüber Rechenschaft geben müssen, dass der Widerstand aufgegeben werde. Er habe überall jemanden gesucht, an den er sich wenden könne.

Der Antrag Chautemps'

Der Zeuge erklärte dann, dass eine Mehrheit der Regierung für die Fortsetzung des Kampfes eingestellt war, bis Chautemps seinen Vorschlag unterbreitete. Dieser Antrag Chautemps habe die Mehrheit auseinandergerissen. Chautemps selbst habe die Idee einer Abfahrt nach Nordafrika nicht zurückgewiesen, jedoch das Land für diese Abreise durch Provozierung unannehmbarer Waffenstillstandsbedingungen vorbereiten wollen. Pétain, Mandel, Campinchi und Marin hätten damals den Zeugen aufgefordert, seinen Einfluss auf die Sozialisten geltend zu machen, die sich von den Überlegungen Chautemps' beeinflussen liessen. Am gleichen Abend um 22 Uhr sei er, Blum, durch die Bildung einer Regierung Pétain überrascht worden.

Es sei der Vorschlag Chautemps' gewesen, der das Land in eine Lage geführt habe, aus der kaum mehr heraus zu kommen war. Am folgenden Tage sei die Entscheidung gefallen. P o m a r e t habe den Regierungsmitgliedern mitgeteilt, dass die Einschiffung nach Nordafrika nicht in Verdon, sondern in Port-Vendres erfolge. Die Regierung habe aber Frankreich wirklich nur verlassen wollen, wenn keine andere Möglichkeit mehr bestand. Er selber, sagte der Zeuge, sei mit Jeaneney von Bordeaux abgereist. Um 15 Uhr habe der Befehl Marschall Pétains die Minister erreicht. Pétain widerrief die Abreise. Er habe wissen lassen, dass die Waffenstillstandsbedingungen eingetroffen seien und dass die Regierung daher in Bordeaux bleiben müsse. Diese Anordnungen Pétains hätten eine völlige Änderung der Lage herbeigeführt. Der Zeuge habe die Reise nach Toulouse mit Jeaneney unterbrechen müssen. Sie seien nach Bordeaux zurückgekehrt und hätten dort vernommen, dass lediglich «einige unglückliche Parlamentarier» sich an Bord der «Massilia» befänden,

Folgen des Waffenstillstands

Die Polizei von Bordeaux habe dann Léon Blum mitgeteilt, dass sie nicht für die Sicherheit seiner Person bürgen könne und dass sie ihm rate, abzureisen. In Toulouse habe Blum durch eine Zeitung die entehrenden Waffenstillstandsbedingungen erfahren. Er habe seinen Augen nicht getraut. Auch die Mitglieder der Regierung seien getäuscht worden. Der Vorschlag Chautemps' sei von ihnen als ein Vorwand zur Vorbereitung der Abreise der Regierung nach Nordafrika betrachtet worden.

Auf den Waffenstillstand zurückkommend, verwies Blum vor allem auf die verabscheuungswürdige Bestimmung, durch die Frankreich sich

verpflichtete, politische Flüchtlinge auszuliefern. Der ^euge wurde bei Erwähnung dieser Bestimmung von grosser Erregung erfasst. Er habe dann nach seiner Weiterreise in Clermont-Ferrand erfahren, dass der «Populaire» nicht mehr erscheinen werde. In Vichy habe er der Einberufung der Nationalversammlung beigewohnt. Er habe dort den 9. und den 10. Juli zugebracht. Dort habe er gesehen, wie die Leute es mit der Angst zu tun bekamen. Er habe Vichy nicht verzweifelt, aber enttäuscht verlassen. An Chautemps habe er die Frage gestellt: «Ist es das Ende der Republik?» Chautemps habe geantwortet: «Ich fürchte es.»

Verfolgung Blums

Blum schilderte dann, wie er aufs Land geflüchtet und wie er am 15. September 1940 verhaftet. in Chazeron interniert und von .Marschall Pétain verurteilt wurde. Pétain habe sich richterliche Macht angeeignet. Seine Strafe, sagte Blum, habe er in Portalet verbüsst, um dann vor den Gerichtshof von R i o m gestellt zu werden. Nachher sei er nach Bourassol gebracht und schliesslich nach Deutschland übergeführt worden.

Weiter sagte der ehemalige Ministerpräsident: «Ich bedaure, mit meinem Freunde Daladier nicht einig zu gehen, aber ich kann mich seiner Anerkennung für die Richter von Riom nicht anschliessen. Meine Stellungnahme bedeutet auch nicht etwa Rache. Die Richter von Riom hatten Leute vor sich, die schon verurteilt waren. Aber diese Richter änderten die Voraussetzungen. Wenn der Prozess von Riom bis zum Ende geführt worden wäre, hätten diese Richter die Angeklagten verurteilt. Sie, hatten dem Marschall den Eid geschworen, und ich glaube nicht, dass dieser Eid nur eine Formel bedeutete.»

Léon Blum kam dann auf die Frage des Verrats Pétains zu sprechen. Er sagte: «Verraten, das bedeutet ausliefern. Frankreich ist aber ausgeliefert und verraten worden. Pétain hat das ihm übertragene Mandat verraten. Er eignete sich eine Machtfülle an, wie sie kein orientalischer Herrscher je besessen hat.» Pétain habe den Auftrag erhalten, die republikanischen Einrichtungen Frankreichs zu revidieren. Statt dessen habe er sie zerstört und durch despotische Gewalt ersetzt. Das sei Verrat.

Der Verteidiger Payen ersuchte Blum, sich zu der Abgrenzung der Verantwortung zwischen Pétain und Laval auszusprechen. Der Zeuge sagte: «Es ist schwer zu sagen, wo hier die Wahrheit liegt. E3 kann angenommen werden, dass beide schuldig sind. Wer ist der grössere Schuldige? Ich kenne Laval, aber Pétain kenne ich nicht. Es besteht um ihn ein Geheimnis, das ich nicht lüften kann. Handelte er aus Ehrgeiz? Handelte er vorsätzlich in der Meinung, die Niederlage würde ihm die persönliche Macht verschaffen, die er während der vor-

ausgegangenen sechs Jahre in der Innenpolitik nicht fand? Das ist eine Möglichkeit, die man nicht ausser Acht lassen darf. Der Marschall missbrauchte zur Täuschung Frankreichs sein Ansehen. Das ist der Kern des Prozesses.» Als der Verteidiger Isorni bemerkte, dass die «Illusion um Pétain» seit 1914 andauere, erwiderte Blum: «Die Leute ändern sich.»

Einer der Richter fragte: «Warum wurde Paris nicht verteidigt?» Hier erhob sich Reynaud und begab sich an die Seite Blums auf die Zeugenbank. Blum erklärte, die Frage der Verteidigung von Paris sei nie aufgeworfen worden. Die Regierung beabsichtigte, gegebenenfalls nach Nordafrika überzusiedeln. Es habe sich nur darum gehandelt, den Feind aufzuhalten. Für diesen Zweck war es nötig, Paris, dieses Wunder der Welt, der Zerstörung anheimfallen zu lassen.

Aussagen von Charles-Roux

Als weiterer Zeuge wurde Charles-Roux, früherer Botschafter heim Vatikan, einvernommen. Er schilderte die Vorgänge zwischen dem 21. Mai und dem 10. Juni 1940. Vor dem 10. Juni habe er von einem Waffenstillstandsgesuch nie etwas vernommen. Am 26. Mai habe im Reynaud von einer Unterredung mit Churchill Kenntnis gegeben. Es sei auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, Italien im Zustande der Nichtkriegführung zu lassen. Es seien dann zwei Schritte in Rom unternommen worden, ein britischer und ein französischer. Diese diplomatischen Vorstellungen hätten jedoch ihren Zweck verfehlt. Italien habe dann den Krieg erklärt.

Dann sei die Abreise der Regierung nach Canges erfolgt. Dort konnte kein Beschluss gefasst werden ohne vorgängige neue Fühlungnahme mit den Engländern. Am 13. Juni sei der Oberste Rat in Tours zusammengetreten. Churchill habe dort erklärt, wenn Frankreich aus dem Kampfe ausscheide, so werde Grossbritannien keine leeren Klagen führen, und es werde später die Grösse seines Verbündeten wieder herstellen.

Am 15. Juni habe der britische Botschafter Sir Ronald Campbell Charles-Roux auf die zunehmende Englandfeindlichkeit in zahlreichen französischen Kreisen aufmerksam gemacht. Er sagte auch, in Grossbritannien sei man beunruhigt wegen der möglichen Abreise Reynauds. Der britische Botschafter habe verlangt, dass die französische Flotte vor dem Zugriff der Deutschen bewahrt werde. Die Frage der französischen F l o t t e sei für England von höchster Wichtigkeit gewesen. Die englische Regierung habe daher Garantien hinsichtlich der Flotte verlangt ; wenn sie solche Garantien nicht erhalte, müsse sie sich einem Waffenstillstandsgesuch an Deutschland widersetzen.

Charles-Roux bestätigte, dass Marschall Pétain sich der Abreise der Regierung nach Nordafrika widersetzt habe. Der britische Vorschlag

auf Bildung einer britisch-französischen Staatenunion sei abgelehnt worden. Die Antwort Roosevelt auf die Appelle Reynauds sei sympathisch gewesen, aber sie habe doch klar zu verstehen gegeben, dass nur der amerikanische Kongress den Krieg erklären könne.

Der zum Aussenminister ernannte Baudoin habe dann den spanischen Botschafter ersucht, den Deutschen das Waffenstillstandsangebot zu übermitteln, er habe auch den britischen Botschafter unterrichtet, der gewünscht hatte, über die Geschehnisse auf dem Laufenden gehalten zu werden. Am andern Tag sei der apostolische Nunzius. Mons. Valerio Valeri. beauftragt worden, sich telegraphisch mit dem Vatikan in Verbindung zu setzen, zur Übermittlung des Waffenstillstandsgesuches an Italien. Grossbritannien habe Frankreich telegraphisch an seine Ehrenverpflichtung erinnert und verlangt, dass vorgängig jeder Verhandlung mit den Deutschen und Italienern die französische Flotte nach einem britischen Hafen in See stechen müsse. Überdies habe Grossbritannien verlangt, auf dem Laufenden gehalten zu werden. Am 18. Juni sei die Reaktion Londons auf das Waffenstillstandsgesuch gemässigt gewesen, diejenige Washingtons aber sehr streng. Washington habe wissen lassen, dass die Vereinigten Staaten keinen Wechsel der Souveränität in den Kolonien der westl. en Hemisphäre dulden könnten. Eine zweite amerikanische Note habe erklärt, dass, falls die französische Kriegsflotte den Deutschen in die Hände falle, Frankreich die Freundschaft der Vereinigten Staaten Einbussen werde. Darauf habe der französische Ministerrat beschlossen, die Kriegsflotte in keinem Falle auszuliefern.

Am 19. Juni sei die französische Waffenstillstandsabordnung bezeichnet worden. Am 20. Juni sei ein weiterer Schritt Sir Ronald Campbell erfolgt, der verlangt habe, über die Verhandlungen mit den Deutschen auf dem Laufenden gehalten zu werden. An diesem Tage sei auch Pierre Laval in die Regierung eingetreten.

Charles-Roux erklärte dann, als er die Waffenstillstandsbedingungen erfahren habe, habe er sofort erklärt, dass es besser sei, wenn die französische Regierung nach Nordafrika abreise.

Der Gerichtspräsident unterbrach hier die Verhandlungen.

ENDE DER ERSTEN VERHANDLUNGSWOCHE

Doyen über die Konzessionen an Deutschland

Zu Beginn der Verhandlungen vom Samstagnachmittag wurde zuerst Michel Clemenceau, der Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten, einvernommen. Als nächster Zeuge erscheint General Doyen, ehemaliger Präsident der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden. Der Zeuge führt aus, dass er schon zu Beginn seiner Tätigkeit in Wiesbaden im September 1940 habe feststellen müssen, dass durch deutsche Um-

triebe die Waffenstillstandsbedingungen übertreten worden waren. Er schildert dann die Grundsätze der grossen Verschiedenheiten zwischen den Auffassungen der Waffenstillstandskommission, die er präsidierte, und der Politik der Regierung von Vichy, die allen deutschen Forderungen nachgab und die ganze Tätigkeit der Wiesbadener Kommission zunichte machte. Der Zeuge betont, dass er sich bis zuletzt dem Plane Lavals widersetzte und versucht habe, die Reise Pétains nach Paris zum Empfang Hitlers zu verhindern. Der Zeuge führt weiter aus, dass er nach Vichy gefahren sei, um Pétain über die Umtriebe Lavals zu sagen, was er wusste. Pétain sei empört gewesen, und Laval habe Vichy zwischen zwei Gendarmen verlassen.

General Doyen äusserte sich dann über den Bericht, den er nach Vichy sandte, und in dem er darlegte, dass Deutschland ausser Elsass und Lothringen beabsichtige, sich auch die nordfranzösischen Departemente, die Gebiete am Pas de Calais und sieben Departemente der sogenannten «verbotenen Zone» anzueignen. Dieser Bericht sei totus Buchstabe geblieben, die Politik der Zusammenarbeit fortgesetzt worden. Vichy habe sogar die Offensive Wavells gegen Tripolitanien dazu benützt, um Deutschland von Neuem seinen Willen zur Zusammenarbeit zu beweisen. Berlin verlangte von Frankreich die Auslieferung der gesamten Artillerie mit Munition, die sich damals in Nordafrika befand. Der Zeuge wollte damals nach Vichy fahren; er wurde aber in Paris aufgehalten und nach Wiesbaden zurückgeschickt. Als er dort eintraf, erhielt er ein von General Huntzinger unterzeichnetes Telegramm, das ihn aufforderte, den Deutschen zu sagen, dass Vichy den Forderungen Deutschlands entsprechen werde. Der Zeuge fügte bei, es müsse betont werden, dass General Weygand die Auslieferung des Kriegsmaterials sabotierte.

Als nächster Zeuge wird Präsident C o u s einvernommen, der die Verhandlungen des Gerichtshofes von Riom leitete. Er wandte sich insbesondere gegen die Angriffe von Léon Blum. Er behauptete, dass kein Angehöriger des Gerichtshofes von Riom Marschall Pétain den Eid geleistet habe. Als einziger habe er als Vorsitzender das Eideswort gegeben. Das habe ihn nicht daran gehindert, Recht zu sprechen.

Paul Winckler, Direktor des Verlages «Opera Mundi» in Paris, erklärte, dass ihm im September 1939, als er sich auf der Reise nach Amerika in Madrid aufhielt, ein Spanier gesagt habe, dass Pétain anlässlich eines Essens dem Sohne von Primo de Rivera gesagt habe: «Im Frühling 1940 werden auch wir in Frankreich unsere nationale Revolution haben.»

DIE ZWEITE VERHANDLUNGSWOCHE

Die Montagsitzung

Zu Beginn der Prozessverhandlungen vom Montagnachmittag gegen Marschall Pétain teilte der Präsident mit, die Ärzte des Marschalls hätten ihm zur Kenntnis gebracht, dass der Angeklagte wegen eines Kehlkopfleidens eine längere Verhandlung nicht ertragen könne.

Einvernahme Herriots

1870 und 1940

Als erster Zeuge der Anklage wurde am Montag der ehemalige Kammerpräsident und Ministerpräsident Edouard H e r r i o t einvernommen. Herriot erklärte unter anderem:

«Ich werde mich bemühen, aus meiner Zeugenaussage aller persönlichen Elemente fernzuhalten/Ich wurde im Dezember 1940 aus dem Bürgermeisteramt von Lyon vertrieben, das ich seit 35 Jahren verwaltete, wurde verhaftet und deportiert. Ich werde von Zwischenfällen kein Wort sagen. Ich werde nur von dem sprechen, was im Zusammenhang steht mit den allgemeinen Interessen der französischen Nation. Wie bekannt, waren Jeanneney und ich einem Waffenstillstand feindlich gesinnt, schon bevor er zustande gekommen war. Warum bestand eine Meinungsdivergenz mit den militärischen Chefs? Es kann für die Anhänger der republikanischen Institutionen ermutigend wirken, dass die Vorsitzenden der beiden Parlamentshäuser während der schrecklichen Jahre unter sich völlig einig waren. Man sagte: ‚Die Truppen sind erschöpft und können nicht mehr kämpfen‘. Darüber hatten wir kein Urteil abzugeben. ‚Wir müssen uns ergeben‘, sagten die grossen militärischen Führer. Wir wollten nicht, dass das, was von Frankreich noch gerettet werden konnte, verloren ginge. Noch bestand die französische Kriegsflotte, Algerien und das Kolonialreich. Dann gab es noch den Staat, die Republik, die von gewissen Leuten in die Katastrophe hineingezogen werden sollte und die wir verteidigen wollten, wie es unsere Pflicht war. Ein Vergleich zwischen 1940 und 1870 ist verfehlt. 1870 stand Frankreich allein auf dem Schlachtfeld, und trotzdem wollten Patrioten, wie Gambetta, Freyssinet und die Männer der Commune, den Kampf auch in verzweifelten Verhältnissen fortsetzen. 1940 hatten wir Grossbritannien als Verbündeten an unserer Seite, und Präsident Roosevelt stellte die grossen Hilfsmittel der Vereinigten Staaten zu unserer Verfügung. Auch die Hoffnung auf einen Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg durfte nicht ausser Acht gelassen werden.»

Protest gegen den Waffenstillstand

Edouard Herriot erwähnte dann, dass er in Tours mit Churchill zusammengetroffen sei. Er schilderte hierauf die Ereignisse von Bordeaux und den gemeinsamen Schritt mit Jeanneney beim Ministerrat. Die beiden Vorsitzenden der beiden Kammern des Parlaments hätten sich für die Fortsetzung des Widerstandes und die Abreise der Regierung nach Nordafrika ausgesprochen. Er, Herriot, habe damals erklärt, er wolle sich lieber von den Deutschen fusillieren lassen, als der Gefahr aussetzen, von den Franzosen verachtet zu werden. Nach dem Rücktritt Reynauds hätten sie, Herriot und Jeanneney, auf Befragen des Präsidenten Lebrun wieder Reynaud als Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Wohlverstanden hätten weder er noch Jeanneney den Namen Marschall Pétains genannt.

Herriot erwähnte auch den Protest der beiden Vorsitzenden des Parlaments gegen den Plan, um Waffenstillstand nachzusuchen. Er und Jeanneney hätten sich zum Präsidenten der Republik begeben, um ihn zu ersuchen, im Interesse der Bewahrung des Staates Frankreich zu verlassen. Damals sei man darin einig gewesen, dass die neue Regierung nach Nordafrika abreisen werde. Präsident Lebrun und sogar Marschall Pétain seien dieser Meinung gewesen. Marschall Pétain habe erklärt, wenn einige Minister sich weigern sollten abzureisen, weil sie befürchteten, als Flüchtlinge behandelt zu werden, werde er ihnen den Befehl geben, wegzugehen. Dieses Abkommen wurde nicht eingehalten. Wenn der Marschall seine Meinung geändert habe, so hätte er ihn davon informieren sollen. Inzwischen seien im Stadthaus von Bordeaux die Intrigen von Marquet und Laval gesponnen worden. Eine Gruppe von Parlamentariern sei auf ihrer Seite gestanden, und sie hätten mit allen Mitteln versucht, die Abreise zu verzögern. Unterdessen sei über den Waffenstillstand verhandelt worden. Es habe sich darum gehandelt, die Abreise der Regierung so lange hinauszuzögern, bis die Deutschen in Bordeaux erschienen. Er, Herriot, habe sich geschämt, Bordeaux unter dem Schutze der deutschen Bajonette zu verlassen.

Herriot kam dann auf die Affäre der «Massilia» zu sprechen. Herriot erwähnte, dass das Schiff unter der Zustimmung Chautemps' und Darlans gechartert worden sei. Die Parlamentarier seien bei ihrer Abfahrt beschimpft worden. In Nordafrika seien sie verschiedenen Plackereien ausgesetzt gewesen. Er, Herriot, habe sie zurückgerufen. Der zurückgekommene Jean Zay sei verurteilt, verhaftet und später ermordet worden. Auch Georges Mandel sei unter den Zurückgekehrten gewesen. Mandel sei sein früherer Gegner gewesen, aber jetzt müsse er sagen, dass er während des Krieges ein unerschütterlicher Patriot gewesen sei. Er verneige sich vor seinem Andenken.

Herriot erwähnte dann die Entfernung aller Sinnbilder der Republik aus den Mairies, von den Marken und den Münzen. Mit dem Verschwinden der Republik sei die Diktatur gekommen. Als der Gerichtshof von Riom die Präsidenten der beiden Parlamentshäuser um die Bekanntgabe der Beratungen der Geheimkomitees ersucht habe, hätten dies die beiden Präsidenten abgelehnt, so wie sie sich geweigert hätten, die Namen der israelitischen Parlamentarier mitzuteilen. Er habe dem Präsidenten Caous gesagt, dass die katholische Kirche das Beichtgeheimnis ihrer Anhänger nicht preisgebe. Er, Herriot, könne nicht weniger tun als jeder Dorfpfarrer.

Herriot zählt dann die Liste der Amtsmissbräuche der Regierung von Vichy auf. Er habe gegen diese protestiert. Er habe gegen die Rassenverfolgung protestiert. Als man im Ehrenhof des Invalidendoms die Freiwilligen der französischen Freiwilligenlegion, die in deutschen Uniformen kämpften, mit der Ehrenlegion ausgezeichnet habe, habe er seinen Urden der Ehrenlegion von der Brust gerissen. Einige Wochen später sei er verhaftet worden.

Auf Ersuchen eines Geschwornen verlas Herriot folgende Stelle aus dem Schreiben, das er am 18. Juni 1940 von Bordeaux aus an den Präsidenten der Republik gerichtet hatte: «Keine Erwägung irgendwelcher Art erlaubt uns, zuzugeben, dass Frankreich mit Ehren einen Separatfrieden abschliessen kann, der uns von Grossbritannien und Polen entfernen, unsere Freundschaft zu den Vereinigten Staaten gefährden und die Angriffsmittel unserer Feinde gegen unsere Alliierten verstärken würde.»

Herriot im Kreuzverhör

Auf die Frage des Präsidenten, was Marschall Pétain auf die Weigerung Jeanneney und Herriots, ihm die Liste der israelitischen Parlamentarier auszuhändigen, geantwortet habe, erklärt Herriot, Pétain habe nicht weiter darauf bestanden. Verteidiger Payen versuchte darauf, den Zeugen in Widerspruch zu setzen mit dem ehemaligen Präsidenten Albert Lebrun, der erklärt habe, dass am 16. Juni Edouard Herriot keine Einwände gegen die Bildung einer Regierung Pétain erhoben habe. Herriot antwortete:

«Am 16. Juni hatte ich keine Unterredung mit dem Präsidenten vor 21 Uhr. Um diese Zeit waren Jeanneney, Paul Reynaud und ich beim Präsidenten Albert Lebrun. ‚Wer könnte nach Ihrer Meinung Paul Reynaud ersetzen?‘ fragte Präsident Lebrun. Wir antworteten: ‚Paul Reynaud.‘ Albert Lebrun erwähnte bei dieser Gelegenheit den Namen Pétains nicht. Ich hatte also meine Zustimmung zu dieser Ernennung gar nicht abzugeben.»

«Zwischen Ihnen und Albert Lebrun besteht also ein Widerspruch», stellte Verteidiger Payen fest. «Ich war gegen Pétain keineswegs vor-

eingonnenen», antwortete Herriot. «Meine Beziehungen zu Marschall Pétain waren immer die höflichsten. Um Pétain hatte sich eine Legende gebildet, und ich wünschte nur, dieser Legende glauben zu dürfen. Jetzt habe ich darauf verzichtet.»

Verteidiger Isorni verlas dann die Schilderung einer Demarche Herriots, die er am 18. Juni in Bordeaux bei Marschall Pétain unternommen hatte und die darauf abzielte, die Zustimmung des letzteren zu der Erklärung Lyons als offene Stadt zu erlangen, trotz den Einwänden der französischen Alpenarmee.

Verteidiger Isorni fragte, was wohl passiert wäre, wenn alle französischen Städte bei der Regierung interveniert haben würden. «Sie tun unrecht, an mich diese Frage zu richten», antwortete Herriot.. «In der Nacht vom 17. auf den 18. Juni habe ich gemeinsam mit Jeaneney das Protestschreiben gegen den Abschluss des Waffenstillstandes unterschrieben. Vor der Übermittlung dieses Protestes wurde ich ans Lyon telephonisch angerufen, und es wurde mir gesagt, Lyon werde beschossen werden. Der Militärgouverneur von Lyon, General Hartung, habe sich ausserstande erklärt, die Stadt zu verteidigen.» Wenn man schon von Schuld sprechen wolle, so erklärte Herriot weiter, stelle sich die Frage, wer schuldiger sei, die Leute, die die Stadt Lyon ohne Verteidigung gelassen hätten, oder der arme Bürgermeister, der die unnütze Zerstörung seiner Stadt vermeiden wollte. Herriot brandmarkte dann die Haltung der militärischen Chefs, die den Waffenstillstand unterzeichnen wollten.

Herriot richtete dann an Marschall Pétain die Frage, ob er antworten wolle und ob er heute höre. Verteidiger Isorni erklärte, es handle sich nicht um eine Frage der Taubheit, sondern um eine grundsätzliche Frage.

Der Geschworne Pierre Bloch stellte die Frage, warum man nicht auch Zeugen anhöre, die Aussagen machen würden über die F ü s i l i e r u n g e n und D e p o r t a t i o n e n, für die die Regierung Pétains verantwortlich sei. Gerichtspräsident Montgibeaux erklärte, dass über die Füsilierungen und Deportationen Dokumente verlesen würden, die bisher unbekannt seien und die noch eine kräftigere Sprache sprechen würden als die Zeugen. Trotzdem würden Witwen und Mütter von füsilierten und Deportierten vor Gericht als Zeugen aussagen.

Hier wurde die Gerichtsverhandlung unterbrochen.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen stellt der Verteidiger P a y e n einen Ordnungsantrag. Er erinnert daran, dass nach der Strafprozessordnung die Zeugen der Anklage vor den Zeugen der Verteidigung angehört werden müssten. Er halte das Vorgehen des Gerichtspräsidenten für unzulässig, der nach der Einvernahme der Entlastungszeugen noch Deportierte und Eltern von Füsilierten einver-

nehmen wolle, die notwendigerweise Zeugen der Anklage sind. Die Anträge Payens wurden vom Gerichtshof nach kurzer Beratung abgewiesen.

Einvernahme von Loustaneau Lacau

Darauf wurde Loustaneau Lacau einvernommen. Er erklärte, er habe Marschall Petain in Spanien einige Dienste geleistet, und gab zu, mit dem Angeklagten Briefe gewechselt zu haben. Loustaneau Lacau wurde Ende September 1940 nach Vichy berufen zur Bildung der «Légion des Combattants». Er habe die Nachrichtenzentrale Navarre organisiert wie auch eine militärische Widerstandsorganisation. Pétain habe diese Ziele wohl gekannt. Der Zeuge erklärte, er sei auf Befehl General Weygands in Afrika verhaftet worden. Er sei zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und dann von Vichy an die Deutschen ausgeliefert worden. Nach seiner Verurteilung zum Tode sei er nach Mauthausen gebracht worden. Er schulde Pétain nichts, aber er klage diejenigen an, die versuchten, ihre Schuld auf die Schultern dieses Greises abzuwälzen. Loustaneau Lacau erklärte ferner, dass weder Pétain noch er mit der Cagoule irgend etwas zu tun gehabt hätten. Er habe einige Kameraden um sich versammelt, um gegen den Zerfall der Disziplin in der Armee anzukämpfen. Diese Gruppe sei achtzehn Monate lang tätig gewesen zur Bekämpfung des kommunistischen Einflusses in der Armee.

Der Zeuge kam dann auf die Beziehungen zwischen Pétain und Laval zu sprechen. Es sei kein Zweifel möglich, dass Pétain in diesem vorgeschlagenen Manne in gewissen Stunden einen Berater erblickt habe. In San Sebastian habe Pétain im August 1939 ihn, der aus Paris zurückgekehrt sei, um seine Meinung über Laval ersucht.

Die Opfer des Widerstandes in Nordafrika

Nach diesem Zeugen wurde Frau Psichari-Renan einvernommen, die ihre Aussagen im Namen der 11'000 Mütter machte, die ihre Söhne in Nordafrika verloren haben. Der Sohn von Frau Psichari-Renan befand sich an Bord des Unterseebootes «Argonaute» in O r a n, das sich der alliierten Landung in Nordafrika zu widersetzen versuchte.

Marc Boegner als Entlastungszeuge

Die Sitzung vom Montag wurde mit der Aussage von Pfarrer Boegner, dem Vorsteher der reformierten Kirche Frankreichs, der als Entlastungszeuge auftrat, abgeschlossen.

Boegner unterstrich, dass er mit Marschall Pétain sechsmal in Vichy zusammengetroffen sei, und dass er gegen verschiedene wichtige Dinge protestiert habe, insbesondere gegen die Eidesleistung und ge-

gen die Einheitsjugend, die Auslieferung von politischen Deportierten und schliesslich gegen die 'Relève' (Entsendung von Arbeitern nach Deutschland im Austausch gegen Kriegsgefangene). Der Zeuge sprach von den Verleumdungen, denen die reformierte Kirche ausgesetzt war. Nach seiner Ansicht war es Magistraten und Beamten mit christlichen Traditionen unmöglich, einen bedingungslosen Eid zu leisten. Das Problem des Eides war im Einverständnis mit Kardinal Gerlier aufgeworfen worden.

Boegner sprach auch von den Rassenverfolgungen, gegen die er im Einverständnis mit dem Erzbischof von Lyon protestiert habe. Er hatte sich nach Vichy begeben, um der Bewegung und Entrüstung der protestantischen Kirche Ausdruck zu geben, die bei der Ankündigung der Verfolgungen der Israeliten entstanden. Schliesslich habe er sich im Jahre 1942 direkt zu Marschall Pétain begeben, um sich mit ihm über diese Fragen zu unterhalten. Jedesmal, wenn er ihm von den in den Lagern festgestellten schrecklichen Zuständen berichtet habe, habe sich der Marschall tief bewegt gezeigt. Er habe gewusst, dass das Gesetz grosse Ungerechtigkeiten mit sich brachte, doch habe er geglaubt, dass diese Ungerechtigkeiten erst nach dem Frieden beseitigt werden können.

Der Zeuge sprach dann von den Auslieferungen von Flüchtlingen, in die Vichy eingewilligt habe und die für Frankreich entehrend gewesen seien. Laut seiner Aussage scheint Marschall Pétain, mit dem er darüber sprach, schlecht unterrichtet gewesen zu sein. Der Marschall habe sich in der Sache an Staatsminister Lucien Romier gewandt, jedoch ohne Ergebnisse.

Pfarrer Boegner kam dann auf die 'Relève' zu sprechen: «Ich hatte eines Tages vom Direktor des Rundspruchs Anweisung erhalten, mich zugunsten der 'Relève' auszusprechen. Ich weigerte mich aber und begab mich zu Marschall Pétain, um ihm unsere Besorgnis und Entrüstung auszudrücken. Er zeigte sich sehr zurückhaltend und sagte mir, die Lage sei ernst, und Laval habe die Zusicherung erhalten, es werde zu keinen Verschleppungen kommen.»

Paul und Arrighi über die Miliz

Die achte Sitzung im Prozess Pétain begann am Dienstag um 13 Uhr 20.

Der Weibel rief zunächst den Zeugen Marcel Paul auf. Paul erklärte, dass er selbst das Gesuch gestellt habe, Zeugnis abzulegen, und zwar als Soldat der Widerstandsbewegung und als politischer Deportierter. Er ist Elektriker und Gewerkschafter. Der Zeuge führte aus: «Ich kann den Richtern erklären, dass die härtesten Schläge gegenüber der Widerstandsbewegung durch die Polizei der V i c h y - R e - g i e r u n g erfolgten, die den Befehlen des Angeklagten gehorchte.

Wenn die Deutschen nicht die Unterstützung der Vichy-Polizei gehabt hatten, waren neun Zehntel der Verhaftungen von Patrioten unterblieben? aktiven Mitglieder der Widerstandsbewegung hatten besonders diese sogenannten Franzosen zu fürchten, die auf Befehl in dem Gefühl handelten, Frankreich zu dienen, und die sich uns gegenüber besonders hart erwiesen. Die Regierung, der sie gehorchten, war die Regierung des Angeklagten. Nicht nur die Gestapo hat in Frankreich Folterungen vorgenommen, die als Hohn auf die Menschheit bezeichnet werden müssen. Wenn die Sonderpolizei auf eine solche Weise vorging, so tat sie es, weil sie überzeugt war, im Interesse Frankreichs zu handeln. Im Namen der Toten von Verdun wurden die Franzosen des Widerstandes verfolgt. Die durch Folterung herausgepressten Auskünfte wurden der Gestapo übermittelt. Auf diese Weise sind Tausende von Franzosen deportiert worden und gestorben. «In den Gefängnissen von Vichy wurden die Patrioten in unsäglicher Weise misshandelt.»

Als zweiter Zeuge, der ebenfalls auf eigenes Begehren zugelassen wurde, trat Rechtsanwalt Paul A r r i g h i auf, der 1943 von der deutschen Polizei verhaftet worden war. Er erklärte, damals keine politische Tätigkeit entfaltet zu haben. In Mauthausen, wo er gefangen gehalten wurde, sei ihm von vielen jungen Leuten das Vertrauen geschenkt worden. Bevor sie starben, hätten sie oft gesagt: «Ich werde Marschall Pétain nie verzeihen, nicht von den Deutschen, sondern von der Miliz verhaftet worden zu sein, die mehr als die Deutschen gefoltert hat.»

Aussagen General Weygands

Dann wurde General Weygand als Zeuge aufgerufen. Er erschien in Zivil, blass, abgemagert und sich auf einen Stock stützend. Der General lehnte es ab, sich aufzusetzen. Mit trockener Stimme erklärte er, Armeegeneral Maxime Weygand zu sein, der sich zurzeit in Gefangenschaft und in Behandlung im Val de Grâce befinde. Weygand führte aus:

«Meine Zeugenaussage betrifft die Frage des Waffenstillstands. Obwohl ich Zeuge bin, stehe ich unter einem Vorurteil. Es ist möglich, dass ich vor dem Gericht als Angeklagter erscheinen werde. In den Zeitungen habe ich gelesen, dass vorhergehende Zeugen Aussagen gegen mich gemacht haben. Ich werde daher ziemlich lange sprechen müssen.» Weygand verwies auf die Aussagen Reynauds, der erklärt hatte, einen grundlegenden Irrtum begangen zu haben, weil er an den Patriotismus von Pétain und Weygand geglaubt habe, dem für diese Leute der politische Hass und der Ehrgeiz vorangehe. Wörtlich sagte Weygand: «Ich fordere jedermann heraus, der in meinem Leben eine politische Handlung findet. Mein militärischer Ehrgeiz wurde

erfüllt. Ich diente neun Jahre unter Marschall Foch, was mir genügt. Im Jahre 1938. im Alter von 71 Jahren, habe ich erneut das Gesuch gestellt, in der Armee dienen zu können. 1939 wurde ich Kommandant der Orientarmee. Reynaud richtet in den Tagen der grossen Gefahr einen Appell an mich. War es Ehrgeiz dass ich annahm? Nicht gedacht habe ich damals, dass ich eines Tages deshalb, weil ich eine patriotische Handlung vollbrachte, mit meinem Chef, Marschall Pétain, wegen Mangels an Patriotismus angeklagt werde, und dass man uns vorwerfen werde, ein Komplott geschmiedet zu haben.»

General Weygand äusserte seine Bewunderung und seine Ergebenheit für Marschall Pétain. In den Jahren vor dem Kriege habe er ihn wenig gesehen. Während des Krieges habe sich Pétain in Spanien und er selbst in der Levante befunden. Als Weygand zum Generalissimus ernannt wurde, habe er Marschall Pétain im Ministerrat gesehen, aber nicht mit ihm gesprochen. Pétain habe ihm auch nicht gesagt, dass der Kampf eingestellt werden müsse, denn in diesem Falle hätte er das Oberkommando nicht übernommen. Weygand wies jede Idee des politischen Macchiavellismus von sich.

Die militärische Lage

Nach der Ankunft in Frankreich am 19. Mai 1940 habe er die ersten Befehle erteilt. Im Kriegsministerium habe er jeden Tag Reynaud getroffen. Das habe ihn eher gehindert, doch habe er sich dem Wunsche Reynauds gefügt, weil die Regierung informiert sein musste. Am 21. Mai habe er eine Reise in der Luft über die d e u t s c h e n L i n i e n unternommen, um dann im Norden zu landen. Es sei ihm gelungen, den König der Belgier davon zu überzeugen, dass die von ihm verfolgte Strategie nicht gut sei. Am 22. Mai nach Paris zurückgekehrt, habe er Reynaud Rechenschaft gegeben. Darauf sei Churchill in Paris eingetroffen. Beim Obersten Kriegsrat hätten Churchill und Reynaud das von Weygand vorgelegte Operationsprogramm gebilligt. Am 25. Mai habe er sein Programm bei einem weitem Kriegsrat eingehend dargelegt, wo es ebenfalls gebilligt wurde. Weygand verlas einen Teil des Protokolls. Darin hiess es: «Der Präsident erklärt, es sei ungewiss, ob der Feind einen Waffenstillstand unverzüglich gewähren wird. Die Regierung muss somit in Sicherheit gebracht werden.»

Der Präsident der Republik habe im Kriegsrat gefragt: «Wenn uns Deutschland günstige Bedingungen anbietet, besteht dann nicht Grund, sie anzunehmen?» Zum e r s t e n m a l habe er so von einem Waffenstillstand gehört: bis dahin habe er nur an (len Kampf gedacht. In einer Note vom 29. Mai habe er dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, dass die Truppen trotz ihrem Heldenmut sich in einer schwierigen Lage befinden und dass die Regierung die Pflicht habe, abzureisen. Er habe den Ministerpräsidenten ersucht, unverzüglich die britische Re-

gierung von der Lage in Kenntnis zu setzen. Damals habe man sich vorgestellt, den Krieg in der Bretagne und in Nordafrika fortzusetzen. Gerade am 29. Mai sei dieser Plan in Erwägung gezogen worden

Am 5. Juni sei die militärische Lage erschreckend gewesen. Die deutsche Offensive an der Aisne und der Somme hatte Erfolg. Die Armee Frankreichs habe sich mit höchster Anstrengung geschlagen, jedoch mit ungenügenden Mitteln. Bei Beginn der Schlacht an der Aisne und der Somme fehlten unter Berücksichtigung der belgischen Armee 6½ Divisionen, und 39, wenn die belgischen Truppen zu den französischen gezählt wurden. In Belgien sei übrigens die beste französische Armee in Gefangenschaft geraten. Es hätten damals 400 Flugzeuge zur Verfügung gestanden, darunter 60 Jagdflugzeuge. Damals habe er Befehl gegeben, in «Igel zu kämpfen», was später zu einem bevorzugten Verfahren geworden sei.

Während der Ausführungen Weygands schaute Pétain auf die Uhr. Paul Reynaud hört aufmerksam zu.

General Weygand führte aus, am 11. Juni habe ihn Reynaud besucht. Die Seine sei damals vom Feind überschritten gewesen: Paris stand auf dem Spiel. Die deutschen Panzerdivisionen rückten in der Champagne vor. Von Süden und Osten her drohte eine Umzingelungsbewegung. Die Truppen waren äusserst ermüdet. Sie marschierten während der Nacht und kämpften tagsüber. Damals habe er General Hering, dem Militärgouverneur von Paris, mitgeteilt, dass er die Stadt als «offenes Gebiet» erklärt habe. Er habe gewusst, was aus Paris gemacht werden könnte wollte aber die Verantwortung für unnütze Zerstörungen nicht übernehmen.

Darauf habe ein Oberster Kriegsrat unter Anwesenheit von Churchill stattgefunden. Der britische Premier habe erklärt, dass England den Kampf fortsetzen werde, was auch immer kommen möge. Weygand habe die Lage dargestellt und auf die Ermüdung der Truppen hingewiesen. jedoch auch auf die schweren Verluste der Deutschen. Churchill habe das tiefen Eindruck gemacht und er habe seiner Bewunderung für den heldenhaften französischen Widerstand Ausdruck gegeben. Er habe auch bedauert, dass die britische Armee an den Kämpfen nicht grösseren Anteil haben können.

Auf einer immer ausgedehnteren Front hätten die Franzosen nun zurückgehen müssen. Er habe sich entschlossen, der Regierung den Abschluss eines Waffenstillstands vorzuschlagen. Da die Verteidigung nur noch in den Hauptrichtungen aufrechterhalten werden konnte, habe keine Möglichkeit mehr bestanden, das deutsche Vordringen aufzuhalten. Der frontale Widerstand habe nicht mehr beibehalten werden können. Am 12. Juni habe Weygand dem Ministerpräsidenten vor den Ministern die Gründe für ein Waffenstillstandsbegehren auseinandergesetzt. Der Ministerpräsident und die

Mehrzahl der Minister hätten jedoch die Idee des Waffenstillstands zurückgewiesen. Sie hätten von Ehre gesprochen.

Am 13. Juni habe ein neuer Ministerrat stattgefunden. Nachher habe Reynaud erklärt, dass er Churchill die Fortsetzung des Kampfes durch die französische Regierung mitgeteilt habe. Es sei jämmerlich gewesen, zu sehen, wie im Ministerrat niemand der Armee, die sich aufopferte die gebührende Ehre erwies, Weygand versicherte, dass es rein militärische Gründe waren, die ihn dazu führten, einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Er hob noch hervor, dass er an diesem Tage von einem subalternen Angehörigen der Marine eine Nachricht empfangen habe, in der fälschlicherweise ein kommunistischer Putsch in Paris gemeldet wurde. Die Botschaft war übrigens an die Regierung

Die Sitzung wurde um 15 Uhr 05 unterbrochen. Am Ausgang wartete Marschall Pétain auf Weygand und ersuchte ihn um eine Unterredung. Sie tauschten einige Worte, worauf der Angeklagte sein Zimmer wieder aufsuchen musste. Um 15 Uhr 55 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, und General Weygand fuhr mit seinen Ausführungen fort. Er sagte:

«Ich habe die Aufmerksamkeit des Gerichts auf die Notwendigkeit gelenkt, völliges Licht in die noch nicht abgeklärten Ereignisse in den Tagen vom 13. bis 16. Juni zu bringen. Der Oberkommandierende hat sich aus rein militärischen Gründen entschlossen, einen Waffenstillstand zu befürworten. Er hat es nur getan, nachdem alle Mittel der Verteidigung erschöpft waren. Er hat es mit Billigung Pétains getan. Die Regierung war ständig über alle militärischen Vorkommnisse und Entscheide des Oberkommandierenden auf dem Laufenden gehalten worden.»

Weygand glaubt nicht, dass noch eine Verteidigungsmöglichkeit bestand. Es habe auch keine Möglichkeit einer Verstärkung Nordafrikas durch Truppen aus Frankreich selbst oder durch britische und amerikanische Kräfte bestanden. Demgegenüber wären alle Kräfte Deutschlands und Italiens gestanden, die von Tunis her. über Spanien oder an der Küste hätten angreifen können. Afrika habe auch keine Kriegsindustrie besessen. Durch eine Kapitulation in Frankreich und eine Verteidigung in Afrika wäre die Ehre eingebüsst worden.

Die Folgen des Waffenstillstands

General Weygand äusserte sich dann über die Folgen des Waffenstillstandes. Er sagte: «In der Verteidigung der französischen Interessen taten General Huntzinger und die französischen Bevollmächtigten ihre Pflicht, so dass sie beträchtliche Vorteile errangen. Wir behielten unsere Flotte, Nordafrika, Syrien, die Kolonien und 200'000

Bewaffnete. Als die Alliierten in Nordafrika eintrafen, fanden sie ein Freies Land und eine französische Armee vor, die an ihrer Seite kämpfte. Die Deutschen gaben sich später Rechenschaft von ihrem Fehler, den sie machten, als sie Afrika nicht besetzten. Allerdings hatten die Deutschen am 16. Juli 1940 Stützpunkte in Nordafrika verlangt. Die Regierung Pétain weigerte sich, sie zu geben, und stützte sich auf den Waffenstillstand. Im Mai 1942 hatte Admiral Darlan die Schwäche, den Deutschen Marinestützpunkte in Nordafrika zu gewähren, doch wurde diese Vereinbarung niemals ausgeführt. Ich wandte mich persönlich dagegen.» Weygand erklärte weiter, nach der Landung der Alliierten in N o r d a f r i k a sei er nach Vichy gerufen worden, wo er Pétain den Rat gegeben habe, gegen die Überbreitung der Demarkationslinie Protest zu erheben. Dieser Protest wurde verbreitet, bis Laval dagegen intervenierte. Admiral Darlan, der vorher für die Deutschen eintrat, habe den Befehl gegeben, die Feindseligkeiten in Nordafrika einzustellen. Er, Weygand, habe die Haltung Darlans gebilligt und ihm ein geheimes Telegramm gesandt. Hinsichtlich der Flotte sei er der Ansicht gewesen, dass sie ausfahren sollte. Er habe auch den Rat erteilt, dass die Armee ihre Garnisonen verlasse und Stellungen beziehe.

General Weygand gab der Ansicht Ausdruck, dass Pierre Laval der schlechte Ratgeber des Marschalls war. Pétain habe das eingesehen und Laval verhaften lassen. Der Präsident fragte, wie die Wiederberufung Lavals zu erklären sei. Weygand antwortete: «Dafür kann man keine Erklärung geben.»

Ergänzende Fragen

Ein Richter wollte wissen, welche Folge General Weygand den Briefen der Leiter der Widerstandsbewegung und der alliierten Regierungen gab, die er erhielt, als er sich in Nordafrika befand. Weygand weigerte sich, auf die Frage nach den Briefen zu antworten, die von alliierten Regierungen eingingen. Es wurde ihm dann die Frage gestellt, was er mit dem Briefe de Gaulles getan habe. Er sagte, er habe ihn behalten. (Gelächter.) Dieser Brief endete mit folgenden Worten: s.Ich entbiete Ihnen meine Hochachtung, wenn Sie bejahend antworten.» Weygand erklärte dazu, dass man ihm nicht auf diese Weise schreiben könne.

Ein weiterer Richter fragte General Weygand, unter welchen Umständen er im November 1942 von den Deutschen verhaftet wurde und ob Pétain dagegen protestiert habe. Weygand sagte dazu: «Ich wurde im Namen Hitlers am 12. November 1942 bei Guéret verhaftet. Vor dem Verlassen Vichys sagte ich zu Laval: ‚Sie machen eine erbärmliche Politik. 95 Prozent der Franzosen sind gegen Sie. Deutschland ist geschlagen. Sie setzen auf das falsche Pferd.‘ Laval, der un-

belehrbar war, antwortete mir: ‚Sie täuschen sich, ich habe 98 Prozent der Franzosen gegen mich, aber ich will trotzdem ihr Glück.‘»

Ein Geschworer der Widerstandsbewegung, Major Lévêque, fragte General Weygand, was er von dem verabscheuungswürdigen Verrat Marschall Pétains halte, der Truppen gegen die Verbündeten Frankreichs bewaffnet habe. General Weygand protestierte und erklärte, niemals werde man ihn veranlassen können, den Marschall als einen Verräter zu bezeichnen. Weygand bezeichnete die Frage des Geschwornen als einen Hinterhalt.

Marschall Pétain erhebt sich von seinem Sitz und gibt folgende Erklärung ab:

«Ich habe nie so sehr wie heute bedauert, dass ich taub bin. Ich höre manchmal meinen Namen aussprechen, aber es ist mir unmöglich, das Gesagte ganz zu verstehen. Soweit ich General Weygand habe verstehen können, scheint er meine Auffassung ganz verstanden zu haben. Ich hätte ihn unterstützen können, wenn ich das Wort hätte ergreifen dürfen. Ich bedaure das sehr. General Weygand ist ein Mann zu dem man Vertrauen haben darf. Er behandelt militärische Fragen mit Klarheit und Zweckmässigkeit. Nach allem, was ich von seinen Ausführungen verstanden habe, gebe ich ihm meine volle Zustimmung.»

Die Verteidigung befragte den Zeugen über die Mission Professor Rougiers im Oktober 1940. Weygand antwortete: «Rougier wurde von Marschall Pétain geschickt. Ich gab Rougier einen Passierschein, und er konnte seine Mission ausführen, ich kenne die Einzelheiten nur aus den Erklärungen Rougiers.» Dagegen erklärte Weygand, er sei über das Murphy-Abkommen gut unterrichtet, da er dieses Abkommen selber unterzeichnet habe. Dieses Abkommen sei am 26. Februar 1941 von ihm und Murphy unterzeichnet worden. Es bestimmte, dass die amerikanischen Lieferungen an Nordafrika nicht nach Frankreich gebracht werden durften. Auf eine Frage des Verteidigers Tsorni bestätigt General Weygand, dass er Professor Rougier nicht mit irgendeiner Mission bei Churchill beauftragt habe.

Verteidiger Isorni lässt darauf den Zeugen bestätigen, dass die erste Anspielung auf die Eventualität eines Waffenstillstandes in Paris am 25. Mai erfolgte, und zwar von Seiten des Präsidenten Lebrun und des damaligen Ministerpräsidenten Reynaud.

Einmischung Reynauds

Reynaud erhob sich von seinem Sitz zur Abgabe von Erklärungen. Einleitend stellte er fest, dass man einem Vorspiel des Prozesses gegen Weygand beigewohnt habe. Er legte dann die Gründe dar, warum General Weygand im Jahre 1940 seines Postens als Oberkommandierender nicht enthoben wurde. In einer tragischen Stunde wollte er, Reynaud, es vermeiden, der französischen Armee einen dritten Gene-

ralissimus zu geben. Er habe auch nicht den Bruch mit dem Oberkommando vollziehen wollen, solange die Schlacht in Frankreich nicht beendet war. Im Kriegskomitee habe Marschall Pétain die Ansicht vertreten, dass Frankreich nicht in gleicher Masse wie England durch die französisch-britischen Generalstabsabkommen vom 28. März 1940 gebunden sei, da seine Kriegsanstrengungen den englischen überlegen seien. Nach dem Wortlaut dieser Abkommen sollten im Mai 15 britische Divisionen in Frankreich stehen. Damals gab es aber deren nur elf. An Grossbritannien seien Appelle gerichtet worden, seine Hilfe an Frankreich zu verstärken. England habe geschickt, was es konnte. Es habe seine Verpflichtungen Frankreich gegenüber gehalten. Am 13. Juni sei er, Reynaud, entschlossen gewesen, sich dem Waffenstillstand zu widersetzen, was auch General Weygand erklären möge. Am 15. Juni sei er einem Waffenstillstand noch feindseliger gegenüber gestanden. Er habe sich an diesem Tage entschlossen Weygand seines Kommandos zu entheben. Die Kundgebung Chautemps' habe ihn dann an der Ausführung dieses Entschlusses gehindert. Reynaud stellte fest, dass General Weygand den Vorschlag gemacht habe, man solle ihm einen schriftlichen Kapitulationsbefehl geben.

Reynaud und Weygand stossen dann wegen der Frage der Kriegsflotte heftig aufeinander. Präsident Montgibeaux verliest den Artikel des Waffenstillstandsvertrages, der bestimmt, dass die Kriegsflotte in ihren Heimathäfen unter deutsche Kontrolle gestellt werden soll. Reynaud verlangt das Wort zu folgender Erklärung: «Der Waffenstillstand führte dazu, dass die französische Kriegsflotte aus dem Lager der Alliierten ausgeschaltet wurde. Wenn wir den Krieg infolge der Atlantikschlacht verloren hätten, so wäre die Verantwortung auf die zurückgefallen, die die Alliierten der zweitstärksten Kriegsflotte bebraut haben. Der Waffenstillstand war für Frankreich entehrend.»

Marschall Pétain erklärte von seinem Sitze aus: «Es scheint mir, dass in Ganges Churchill das Wort ergriff. Sagte er nicht zu den Franzosen, sie könnten einen Waffenstillstand abschliessen?» General Weygand erklärte, dass Churchill nicht genau das gesagt habe.

Die Verhandlungen wurden darauf geschlossen.

DER NEUNTE VERHANDLUNGSTAG

Versuch einer Beschränkung der Zeugenaussagen

Zu Beginn der neunten Gerichtsverhandlung im Prozess Pétain belonte Präsident Montgibeaux in einer Erklärung die Notwendigkeit, aus den Verhandlungen unnütze und überflüssige Diskussionen auszuschalten. Seit einigen Tagen erlebe man Diskussionen zwischen den Zeugen in Bezug auf den Waffenstillstand, für dessen Abschluss die Zivilisten die Verantwortung den Militärs zuschieben möchten und

die Militärs den Zivilisten.' Das sei nicht die wirkliche Frage. Die Hauptfrage in diesem Prozess sei die folgende: «Welchen Gebrauch hat Marschall Pétain seit dem 10. Juli 1940 von seiner Regierungsgewalt gemacht und welche Hilfe hat er den Deutschen geleistet?» Generalstaatsanwalt M o r n e t erhebt sich ebenfalls von seinem Sitz und unterstützt die Worte des Gerichtspräsidenten mit folgender Erklärung: «Ich bin der Meinung, dass der Prozess Pétain nun beginnen muss. Der Waffenstillstand ist eine Tatsache. Er stellt keinen Anklagepunkt dar. Er ist nur das Vorwort zur Anklage. Die eingeklagten Tatsachen beginnen mit dem 11. Juli 1940. Die Verschwörung gegen die Republik kann im Augenblick nicht bewiesen werden. Aber am 11. Juli 1940 wurden drei Verfassungsakte unterzeichnet, welche die Republik und ihre Regierung abschafften. Ich lasse den Anklagepunkt betreffend die Verschwörung oder wenigstens betreffend den Anschlag gegen die Republik nicht fallen. Der Verrat wird nicht durch die Zeugenaussagen, sondern durch Dokumente bewiesen werden, von denen viele in Vergessenheit geraten sind, die jedoch bei den Akten liegen. Mir liegt ob, Ihnen darzulegen, dass der Waffenstillstand wenn auch nicht ein Verbrechen, so doch einen F e h - I e r darstellt, und wie sich der Anschlag gegen die Republik entwickelt hat.

Ich möchte, dass der Gerichtshof dem ganzen bisherigen Vorgehen ein Ende setzt, und ich bin der Ansicht, dass die Diskussionen, die am Dienstag zwischen Paul Reynaud und General Weygand stattfanden, unnütz sind. Der Angeklagte muss für alle Handlungen zur Verantwortung gezogen werden, die seine persönliche Billigung erfahren haben und die vom 11. Juli an begangen wurden.»

Payen stellt im Namen der Verteidigung mit Genugtuung fest, dass der Generalstaatsanwalt den grössten Teil dessen fallen lässt, was in seiner Anklageschrift enthalten ist, und dies nach Anhörung der Zeugen, die er hatte zitieren lassen.

Staatsanwalt Mornet entgegnet: «Der mit Vorbedacht unternommene Anschlag gegen die Republik ist festgestellt. Das Komplott ist also wahrscheinlich, auch wenn nicht alle Elemente der Verschwörung bewiesen werden konnten.»

Marschall Pétain hört diesen Ausführungen aufmerksam zu und spielt dabei mit seinen Handschuhen und seiner Mütze.

Die Entlastungszeugen

Aussagen du Cheylas

Anschliessend wurde der Entlastungszeuge du Cheyla, Gesandter Frankreichs in Luxemburg, ein vernommen. Du Cheyla war mit Pétain in M a d r i d. Er erklärte, dass der Angeklagte mit Franco

und Serrano Suner keine häufigen Beziehungen gehabt habe. Der einzige Aussenminister, mit dem Pétain Besprechungen gehabt haben soll, war Graf J o r d a n a, der, ebenso wie Oberst Beigbeder, mit dem er auch zusammengetroffen sei, eher alliiertenfreundlich gesinnt war. «Ich habe den Botschafter niemals Namen französischer Politiker zitiert gehört, vielleicht mit Ausnahme von zwei bis drei Malen, wo er von Lemery und auch von Paul Reynaud sprach, der für die französisch-spanischen Fragen viel Verständnis gezeigt hat.» Bei einer andern Gelegenheit hat der Marschall dem Zeugen gesagt, man habe davon gesprochen, Lebrun durch ihn zu ersetzen. Er fügte hinzu: «Ich antwortete: Ich bin nun 83jährig. Können Sie mir sieben Jahre Lebens zusichern?»

Nach Schluss dieser Aussage meinte der Marschall: «Dieser junge Mann war sehr gut.»

Der Verteidiger Payen gab darauf etwas bekannt, das Aufsehen erregte: «Marschall Pétain hat soeben einen Brief von Admiral L e a h y, dem ehemaligen Botschafter der Vereinigten Staaten in Vichy, erhalten. Dieser Brief ist in englischer Sprache geschrieben. Du Cheyla wird ihn übersetzen.»

Aber auch General W e y g a n d verlangt das Wort zu einer kurzen Erklärung. Wird man ihn anhören? Wird man auch die Angehörigen der Füsilierten anhören, die aussagen wollen z.B. Mme. Vogue, die offenbar darüber sprechen will, dass der Marschall sich weigerte, das Begnadigungsgesuch ihres Sohnes anzunehmen. Es erfolgt eine Diskussion. Schliesslich wird beschlossen, jedermann anzuhören.

Neue Kontroverse Reynaud-Weygand

Generalstaatsanwalt Mornet protestiert gegen die dadurch entstehende Verlängerung der Verhandlungen. Paul Reynaud tritt hinter General Weygand vor. Er will nicht insistieren, wenn es sich um Ereignisse nach dem 12. Juli handelt. General Weygand liegt jedoch daran, die zwischen ihm und dem ehemaligen Ministerpräsidenten hängige Frage zu regeln. Er sagt:

«Paul Reynaud hat sich nicht mit den Worten begnügt, die er in diesem Gerichtssaal gesprochen hat. Er hat seine Anschuldigungen am gleichen Tag in die Weltpresse getragen und damit die Geschichte entstellt. Ich veröffentliche in den Zeitungen nichts. Ich vertraue der Justiz.» General Weygand dreht sich schliesslich gegen Reynaud und ruft aus: «Herr Präsident, es ist eine Beleidigung, jemandem zu sagen, dass er seinen Patriotismus nach seinem Ehrgeiz und seinem Groll richte.»

Darauf ergreift Paul Reynaud wieder das Wort, während sich General Weygand setzt und ihm den Rücken zuwendet: «Niemand wechselt Frankreich mit Vichy. Die Tatsachen, über die ich seit dem

Waffenstillstand nachgedacht habe, haben mir den Beweis dafür erbracht, dass General Weygand mit der Annahme seines Kommandos einen politischen Hintergedanken verfolgte. General Gamelin hat mir am 20. Mai, am Tage, nachdem er seines Kommandos enthoben worden war, erzählt, dass er Weygand in Vincennes gesehen habe. Und Weygand habe ihm damals gesagt: ‚Ich habe die Geheimnisse Fochs über den politischen Plan (hier lacht Weygand laut); all dies wird sich ändern müssen. Man muss mit diesen Politikern abfahren, es ist keiner mehr wert als der andere.‘ (Gelächter.) Ich frage Sie, ob diese Haltung mit den Gefühlen eines Oberbefehlshabers, der das Kommando der Armee seines Landes übernimmt, vereinbar ist. Man wird General Gamelin anhören müssen. Er wird Ihnen all dies beweisen. General Weygand hat in die Armee das eingeführt, was man seit der Affäre Dreyfus nicht mehr gesehen hatte.»

Paul Reynaud verweist dann auf die Intervention General Weygands vom 13. Juni in Cange, wo er bedauerte, dass die Regierung nicht in Paris geblieben war, wie die römischen Senatoren die Barbaren erwartet haben. «Wenn die deutsche Armee nach Paris gekommen wäre, und die Regierung und die Kammer wären dort geblieben, so wäre es mit der Politik Schluss gewesen. Wir hätten einen Quisling gehabt. Der Sekretär Mandels, B r e s s e t, sagte mir, dass General Weygand am Schluss des zweiten Ministerrates von Cange erklärt habe: ‚Sie sind verrückt. Sie haben nichts begriffen, und man wird sie verhaften müssen.‘ Ich nehme an, dass der Gerichtshof Bresset noch einvernehmen wird.»

Hier interveniert Generalstaatsanwalt Mornet: «Es handelt sich hier nicht um den Prozess von General Weygand, sondern um jenen Marschall Pétains.»

Reynaud kommt dann auf die Polemik über den Waffenstillstand und die Kapitulation zu sprechen, um die These General Weygands zurückzuweisen, wonach die Kapitulation entehrend sei. General Weygand hört diese Anklagen mit offenkundigen Anzeichen der Ungeduld an. «Die militärische Kapitulation im Felde», fährt Reynaud fort, «war für eine Regierung, die Marschall Pétain und General Weygand umfasste, nicht entehrend. Auch die holländische Armee hatte sie ja akzeptiert.» Der Zeuge kommt dann auf Erklärungen Albert Lebruns und auf einen 1943 in der «Marseillaise» von Christian Fouché veröffentlichten Artikel zu sprechen und will beweisen, dass General Weygand tatsächlich ein Komplott geschmiedet hat. «Am 16. Juni übergab man im Lager von Merignac den Offiziersschülern Waffen. Nach der Bildung der Regierung Pétains nahm man sie ihnen wieder weg.»

«Wir sind nicht mehr im Prozess Marschall Pétains», erklärt Präsi-

dent Montgibeaux bedauernd. «Dieser Prozess wird noch zwei Wochen dauern.»

General Weygand antwortet kurz: «Was mich anbetrifft, so möchte ich, dass die Sache gründlich aufgeklärt wird. Ich dementiere die General Gamelin in den Mund gelegten Worte. Ich bin nicht von gestern, und es ist nicht General Gamelin, den ich ins Vertrauen gezogen hätte. Paul Reynaud hat Marschall Pétain in einem Augenblick der Not gerufen, als seine zu schwachen Schultern unfähig waren, die Last zu tragen, die er sich seinerzeit begierig aufgeladen hatte. Reynaud hat unter ernstesten Umständen das schwerste V erbrechen begangen, das ein Regierungschef begehen kann: es hat ihm an Festigkeit gefehlt.»

Paul Reynaud will nochmals antworten, doch beschliesst der Präsident, dass weitergefahren wird.

DIE DONNERSTAGSITZUNG

Aussagen Léon Noël

Bei der Eröffnung des 10. Verhandlungstages im Prozess gegen Marschall Pétain verliest die Verteidigung ein Telegramm ehemaliger amerikanischer Frontkämpfer, in dem die Bewunderung für den Marschall zum Ausdruck gebracht wird. Sie ruft sodann Léon Noël, den ehemaligen Botschafter Frankreichs in Warschau und früheren Vertreter Frankreichs in der Waffenstillstandsdelegation von Téthondes, auf. Die Verteidigung erklärt, Noël sei immer als ein Gegner Marschall Pétains angesehen worden, und doch werde er von ihr zitiert. Noël versichert, dass es im Waffenstillstandsvertrag keinerlei Geheimklausel gab. Deshalb seien alle weiteren Konzessionen Verletzungen des Vertrages durch Deutschland und Vichy. Der Zeuge war nach dem Waffenstillstand als Delegierter der Regierung in der besetzten Zone nach Paris geschickt worden. Zehn Tage später reichte er seine Demission ein, nachdem er festgestellt hatte, dass auch Laval in Paris eingetroffen war, wo er direkt mit Abetz verhandelte und in allen Punkten nachgab. Man hätte Widerstand leisten können, versicherte Noël.

Der Zeuge greift nun in ausführlichen Erklärungen die von Pétain unmittelbar nach seiner Machtübernahme befolgte Politik an. Schliesslich kommt er zum wesentlichen Punkt seiner Aussage: es handelt sich um die Klausel 19 des Waffenstillstandsvertrages, welche die Auslieferung der politischen Flüchtlinge an Deutschland verlangt. Zweimal telephonierte Bordeaux der Waffenstillstandsdelegation, um die Beseitigung dieser Klausel zu erwirken. Die Deutschen bezeichneten sie als «*conditio sine qua non*», und Bordeaux gab nach. In Rom erhielt die französische Delegation in diesem Punkt dagegen

Genugtuung. Noël sagte abschliessend: «Die Regierung hätte, wenn sie gewollt hätte, Zeit gehabt, die Unglücklichen, auf die sich die Klausel 19 bezog, verschwinden zu lassen.»

General Serrigny

Nachher wird General Bernard Serrigny als Zeuge der Verteidigung aufgerufen. Er ist taub und versteht die Fragen nur schlecht. Die Verteidigung fordert ihn auf, über die Beziehungen zwischen Laval und Pétain zu sprechen, den er beim Betreten des Saales grüsste. Serrigny versichert, während einer Reise, die er im Jahre 1940 mit Pétain gemacht habe, sei nie von Innenpolitik die Rede gewesen.

Im Januar 1941 sah der Zeuge Pétain, der ihm versicherte, dass er alles tun werde, um sich dem Plan Hitlers zu widersetzen, der den Durchmarsch durch Frankreich und Spanien umfasste sowie die Besetzung von Spanisch-Marokko und den Durchzug durch Algerien und Tunesien, wo die Briten vom Rücken her genommen werden sollten. Im Mai bestand dieses Problem nicht mehr, weil es Vichy vorgezogen hatte, den Preis dafür in Form von Kriegsmaterial zu zahlen.

Der Zeuge kommt schliesslich zu folgendem Schluss: «Pétain hat sich um das Vaterland sehr verdient gemacht. Durch die Beschützung Nordafrikas half er indirekt am Siege mit.»

Im November 1942, nach der Landung der Alliierten in Afrika, wollte General Serrigny Pétain mitnehmen, um ihn nach Algier zu bringen. Der Marschall sagte damals zu ihm: «Ich habe nicht das Recht, wegzugehen. Ich habe den Franzosen versprochen, bis zum Ende zu bleiben. Es ist meine Pflicht, in Vichy zu bleiben, um die Schläge abzuschwächen.» Nachdem er Marschall Pétain die Hand gedrückt, zieht sich der Zeuge zurück.

Ausführungen Trochus

Darauf wird Charles Trochu aufgerufen, der während der Besetzung Präsident des Pariser Stadtrates war. Der Zeuge kannte Eugène Deloncle, einen der Chefs der «Cagoule». Deloncle hatte versucht, mit ihm zusammenzutreffen, um ihn über die intimen Gedanken Pétains zu befragen. Der Zeuge kommt zum Schluss, dass Pétain der Cagoule nicht angehörte. Er spricht sodann von Vichy, wo die Atmosphäre unerträglich gewesen sei. Pétain habe ihm bei einer Unterredung gesagt: «Ich verstehe, dass Sie ganz für General de Gaulle sind, aber hier in Frankreich muss man List anwenden.» Trochu hat mit Pétain auch über Dakar gesprochen und gesagt, man müsse diese Stadt de Gaulle übergeben. Der Marschall habe eine schriftliche Notiz verlangt, am andern Tag aber erklärt: «Jedermann hier hat sich für den Widerstand ausgesprochen.»

Trochu behauptet dann, Marschall Pétain habe sich nach M o n - t o i r e begeben, weil Laval ihm versichert hatte, bei einer persönlichen

Begegnung mit Hitler könnte man die Freilassung der Gefangenen erlangen.

Schliesslich kommt die Angelegenheit der «Märtyrer von Chateaubriand» zur Sprache. Marschall Pétain wollte sich gefangen geben, um die erste Geisel zu sein. Trochu wollte sich ihm anschliessen, doch bestanden die Vichy-Minister beim Marschall darauf, dass er seine Absicht aufgebe. Der Zeuge erzählt auch die Episode der Rede vom Januar 1942, als der Marschall von der «halben Freiheit» sprach. Sämtliche Minister Vichys wollten diese Rede verhindern, doch setzte sich Pétain durch.

Trochu will dann die Schuld der Parlamentarier vom Juli 1940 aufzeigen, welche die Macht einem 85jährigen Neuling abgetreten hätten. Er führt eine Reihe von Umständen an, die seiner Ansicht nach beweisen sollen dass Pétain alles tat, um gegen seine deutschfreundlichen Minister aufzutreten. Dann geht er detailliert auf den Plan ein, den er dem Marschall 1943 vorlegte und der vorsah, einen Delegierten in Algier zu ernennen, um die französische Legalität wieder herzustellen. Nach dreitägigen Diskussionen gab der Marschall unter dem Vorbehalt der britisch-amerikanischen Zustimmung seine Einwilligung. Trochu gab den gaullistischen Kreisen davon Kenntnis und wurde eingeladen, mit le Trocquer, dem Emissär des Komitees de Gaulle in London, zusammenzutreffen, der sich dieser Lösung gegenüber feindselig zeigte. Zwei Tage später erklärte sich Radio London gegen Marschall Pétain, woraus Trochu schloss, dass seine These weder von London noch von Algier angenommen wurde.

Ein Geschworener befragt Trochu über die «Francisque», eine von Pétain geschaffene Auszeichnung, deren erstes Exemplar der Zeuge erhielt. Trochu erklärt, dieses Abzeichen sei geschaffen worden, um den Fascisten-Abzeichen der Parteien wie jener Dorlots mit einem Knopf in den französischen Farben entgegenzutreten.

Vorladung Lavals

Der Präsident gibt darauf bekannt, dass er auf Grund seiner richterlichen Machtbefugnisse auf Freitag 13 Uhr 30 Pierre Laval vorladen werde.

Die Verteidigung ist grundsätzlich damit einverstanden, dass Laval einvernommen werden muss, doch verlangt sie die Einleitung einer Untersuchung und die Vertagung der Verhandlungen zwecks weiterer Untersuchungen.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück.

Die Anträge der Verteidigung werden dann abgelehnt, und das Gericht ordnet die Wiederaufnahme der Verhandlungen sowie das Erscheinen Lavals am Freitag an.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

DIE ELFTE SITZUNG

Einvernahme Lavals

Vor dem für die 11. Prozessverhandlung im Prozess Pétain festgesetzten Zeitpunkt herrschte im Gerichtsgebäude eine grosse Bewegung. Die Zahl der Zuhörer, die die Aussagen Lavals hören wollen, ist sehr gross. Laval erschien in einem grauen Anzug und mit seiner weissen Krawatte. Nach der Abgabe der Identitätserklärung wurde er vereidigt, worauf Präsident Montgibeaux sogleich die Einvernahme begann.

Auf die Frage, zu welchem Zeitpunkt seine politischen Beziehungen zu Marschall Pétain ihren Anfang genommen hätten, erklärte Laval: «Das kann ich nicht genau sagen, aber ich denke, es war gegen Ende 1936.» Gerichtspräsident Montgibeaux warf ein: «War es nicht bereits 1934?» Laval antwortete: «Im Kabinett Doumergue war Marschall Pétain Kriegsminister und ich Kolonialminister.»

Die Aussenpolitik vor dem Krieg

Laval verbreitet sich dann ausführlich über seine Rolle als Aussenminister vor dem Krieg. Er führte aus:

«Ich habe hartnäckig gegen den Krieg gekämpft. Ich hatte das Gefühl, dass die von Frankreich geführte Aussenpolitik zu einem Konflikt führen musste. Ich befasste mich nicht mit der Innenpolitik des Landes. Kriege führt man nur, wenn es gilt, sich zu verteidigen. Unser Land war glücklich, wir hatten keine Gründe zum Krieg mit irgend einem unserer Nachbarn.»

Laval erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass er 1935 mit der Sowjetunion einen Freundschaftspakt unterzeichnete und mit Italien ein Abkommen abschloss. Die Konzession, die Italien dabei gemacht wurde, nämlich die Abtretung von Tibesti, habe keine Bedeutung gehabt, da es sich um reine Wüstengebiete gehandelt habe. Laval fügte bei: «Italien leistete Verzicht auf seine Forderungen hinsichtlich Tunesiens, das für Italien ebenso wichtig ist wie für uns Elsass-Lothringen. Ich tauschte nur wirtschaftliche Vorrechte aus, die uns in Abessinien zustanden.»

Präsident Montgibeaux bemerkte, dass der Zeuge über Dinge spreche, die mit dem Prozess nichts zu tun hätten. Pierre Laval liess sich aber nicht beirren und fuhr fort: «Ich sagte zu Mussolini: ‚Lassen Sie sich jetzt, wo Sie freie Hand haben, nicht zu Missbräuchen verleiten.‘ Er hatte unrecht, Abessinien den Krieg zu erklären. Ich hatte mit Italien geheime Militärabkommen abgeschlossen, die uns im Fall eines deutschen Angriffes Hilfe versprochen. Es handelte sich um eine wirkliche militärische Allianz.»

Laval nahm dann Stellung gegen die Sanktionen. Er führte aus: «Der Antifascismus ist stärker als die Friedensliebe. Als ich mit Sir Samuel Hoare zu einer Einigung gelangte, um dem Krieg in Abessinien ein

Ende zu setzen, stiess ich auf politische Leidenschaften. Wenn Deutschland kommunistisch und Italien republikanisch gewesen wäre, hätte ich die gleiche Politik geführt.» Der Zeuge schildert dann eine Unterredung, die er in Paris mit dem jetzigen Herzog von Windsor über die abessinische Angelegenheit hatte. In dieser Unterredung habe er, Laval, dem Herzog die Gefahren des italienisch-abessinischen Krieges auseinandergesetzt. Der Herzog sei mit seinen Darlegungen einverstanden gewesen. Er, Laval, habe auf die Notwendigkeit hingewiesen, Italien zu schonen und einen ehrenvollen Kompromiss abzuschliessen. Er habe dem Herzog gesagt: «Sprechen Sie darüber mit Ihrem Vater.» Der Herzog von Windsor antwortete: «Mein Vater beschäftigt sich nicht mit Politik. Ich werde aber gleichwohl mit ihm über die Angelegenheit sprechen.» Laval fuhr fort: «Als später Sir Samuel Hoare, mit dem ich eine Lösung des Konfliktes fand, im Unterehaus erklärte, dass seine Lippen versiegelt seien, dachte ich, dass er auf eine Zusammenkunft mit dem König anspielte.»

Der Zeuge spricht dann von den Sondervollmachten und von den Notgesetzen, die er zur V erteidigung des Franc erlassen hatte. Laval erklärte: «Man billigte meine Finanzpolitik, aber war mit mir nicht einverstanden hinsichtlich meiner Aussenpolitik. Ich wollte zurücktreten. Aber ich erhielt beunruhigende Telegramme vom Quai d'Orsay. Ich blieb, um die Verhängung der Benzinsanktion zu verhindern. Ein Krieg gegen Italien hätte den Krieg in Europa zur Folge gehabt. Ich bin gegen den Krieg und hasse den Krieg. Ich weiss, dass der Krieg, sogar ein siegreicher Krieg, sich nicht bezahlt macht. Und dann habe ich auch Achtung vor dem menschlichen Leben.» (Gelächter und Proteste.)

Die Vorgänge in Bordeaux

Der Präsident: «Was trug sich im Juni 1940 in Bordeaux zu?» Laval: «Ich war damals ein einfacher Parlamentarier ohne Amt, ein Freund Marquets, des Bürgermeisters von Bordeaux, und ich hielt zusammen mit andern Parlamentariern Zusammenkünfte ab. Ich wurde eines Tages von Marschall Pétain cingeladen, ihn zu besuchen. Er offerierte mir das Justizministerium. Ich antwortete: ‚Augenblicklich kann ich in diesem Ministerium keine Dienste leisten. Ich möchte Aussenminister werden‘. Pétain stimmte zu und sagte mir darauf: ‚Ich werde den Waffenstillstand abschliessen und dazu die Vermittlung der Schweiz nachsuchen‘. Ich riet ihm, sich zu diesem Zwecke an Lequerica zu wenden. Nach einer Zusammenkunft mit Weygand erklärte mir der Marschall: ‚Sie können nicht Aussenminister werden. Das wäre eine Provokation gegenüber England.‘»

Laval beteuert, dass er weder England noch irgendein anderes Land hasse. Er legte die Gründe dar, weshalb er gegen die Abreise

der Regierung nach Nordafrika war. Er, Laval, habe die Auffassung vertreten, dass man die vierzig Millionen Franzosen nicht im Stiche lassen dürfe. Er bestätigt den Schritt, den er bei Präsident Lebrun unternahm, um ihm von der Abreise abzuraten. Viele Parlamentarier seien seiner Ansicht gewesen. Laval erklärte: «Ich habe übrigens das Gefühl, dass wenn das Parlament im September 1939 zu einer Geheimsitzung zusammengerufen worden wäre, der Krieg nicht erklärt worden wäre. Das Parlament hätte gezögert, sich in einen Krieg verwickeln zu lassen, der wegen des Ungenügens unseres Materials von vorneherein verloren war.»

Der Präsident: «Warum hatten wir nicht genügend Material?» Laval: «Das weiss ich nicht. Man kann dem französischen Parlament nicht den Vorwurf machen, jemals Militärkredite abgelehnt zu haben.» Der Präsident: «Kehren wir zum Pétain-Prozess zurück.» Laval: «Es handelt sich hier um den Pétain-Prozess, aber auch ein wenig um meinen. Ich will die öffentliche Meinung aufklären.» Der Präsident fragt den Zeugen um seine Meinung über die Rolle, die Marschall Pétain bei der schlechten Verwendung der Militärkredite gespielt habe. Laval: «Ich habe auf die mir gestellte Frage keine Antwort zu geben.» Die Verteidiger Marschall Pétains intervenieren, um festzustellen, dass Pétain seit 1931 nicht mehr Präsident des Obersten Kriegsrates gewesen sei.

In Vichy

Auf eine Intervention des Präsidenten gibt dann Laval eine Schilderung der Sitzung der Nationalversammlung in Vichy. Darnach ging dieser Sitzung eine Geheimsitzung am Vormittag des 10. Juli 1940 voraus, in der die Genehmigung des Verfassungsgesetzes beschlossen wurde. Er, Laval, habe das Protokoll dieser Geheimsitzung aufbewahrt. «Ich habe es in meiner Ledermappe mitgebracht», erklärte er. «Es handelt sich um ein sehr wichtiges Dokument.» Die unter dem Vorsitz von Senator Courtois tagende Spezialkommission hiess den Bericht über den Erlass eines Verfassungsgesetzes gut, das die Verwaltung der Republik Marschall Pétain anvertraute. Die einzige Sondervollmacht, die der Marschall von der Nationalversammlung erhielt, sei die verfassungsgebende Vollmacht gewesen.

Präsident Montgibeaux: «Wurde der Staatsstreich vom Marschall allein durchgeführt?» Laval: «Ich habe nie einen Staatsstreich unternommen. Ich hegte nie die Absicht, das republikanische Regime zu beeinträchtigen. Wenn ich einen Staatsstreich hätte machen wollen, hätte ich nicht das Wort Republik in den gutgeheissenen Text aufgenommen.»

Der Präsident befragt den Zeugen über das Gesetz, das ihn zum Nachfolger Pétains machte. Er stellt die direkte Frage: «War der Marschall mit Ihnen einverstanden?» Laval: «Der Marschall zö-

gerte lange, gab aber schliesslich seine Zustimmung zum Verfassungsgesetz vom 10. Juli 1940. Herr Präsident, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass der Marschall 89 Jahre alt ist. Im Jahr 1940 hatte er seine 84 Jahre. Das Leben eines Landes konnte nicht weiter auf einem einzigen Mann beruhen, der jeden Augenblick sterben konnte. Man befürchtete damals eine Militärregierung. Meine Sache war es, die Zivilregierung zu verteidigen.» Der Präsident: «Marschall Pétain machte Sie also zu einer Art Schild gegen die militärische Macht?» Laval: «Ich habe den Marschall nie als einen Kandidaten für die Diktatur angesehen. In seinem Alter hat man an einer solchen wenig Geschmack. Ich dachte mir, der Marschall würde die Regierung unter seiner Kontrolle handeln lassen. Der Marschall hat übrigens seine Vollmachten nicht überschritten. Ich gebe auf Fragen, welche die Dinge zu sehr vereinfachen, keine Antwort. Ich bin nicht hier um zu verurteilen. Ich bedaure, dem Marschall, der mein ehemaliger Chef war, so gegenüberzustehen, ich will die Wahrheit sagen. Aber ich bin nicht hieher gekommen, um den Marschall zu belasten.»

Der Präsident: «Hat er seine Vollmachten überschritten?» Laval: «Eine Sache ist klar. Am 10. Juli zeigte sich nicht der mindeste Protest gegen den Waffenstillstand, der vom Marschall unterzeichnet wurde. Ich war immer mit dem Marschall einig. Wenn ich jedoch ein so intimer Ratgeber gewesen wäre, wie man behauptet, so hätte er mich über die Wahl der Minister konsultiert. Er wählte zu Ministern Leute ohne Erfahrung.» Laval bestreitet, dass er bei der Bildung der Regierung und ihren ersten Kundgebungen in Vichy die Rolle des bösen Geistes gespielt habe, wie man glauben machen wolle. Der Zeuge stellt dann fest, dass er nie seine Zustimmung dazu gegeben habe, dass das Gesetz gegen die Freimaurer streng angewendet werde. Er habe die Massnahmen gegen die Freimaurer als übertrieben betrachtet. Es handelte sich um einen Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtanwendbarkeit der Gesetze auf Vergangenes. Die Deutschen hätten, das sei wahr, Massnahmen gegen die Freimaurer und besonders gegen die J u d e n verlangt. Man sei gezwungen gewesen, diesen Forderungen nachzukommen.

Der Präsident: «Wie verhält es sich mit der Verantwortung des Marschalls?» Laval: «Man ging zum Marschall, und er war immer einverstanden.» Der Präsident: «War der Marschall demnach immer einverstanden mit dem, was ihm vorgeschlagen wurde?» Laval: «Die Erfahrungen, die ich in den häufigen Begegnungen mit dem Marschall gemacht habe, gestatten mir zu erklären, dass er keine politische Erfahrung besass.» Der Präsident: «Verfügte der Marschall über einen ungebrochenen Willen und Geisteskraft?» Laval: «Sicher nicht.» Er fügte bei, dass der Marschall und seine Umgebung den Parlamentariern feindlich gesinnt waren.

Der Zeuge kommt dann auf die elsass-lothringische Frage zu sprechen. Er führt darüber aus: «In dieser Angelegenheit sind ungeheure Dinge behauptet worden. So ist zum Beispiel erklärt worden, dass der Marschall und ich die Annexion von Elsass-Lothringen durch Deutschland ohne Weiteres gutgeheissen hätten. Das ist ganz unrichtig. Die Waffenstillstandskommission in Wiesbaden protestierte mehr als siebzimal. Wir liessen keine einzige deutsche Unterdrückungsmassnahme ohne Protest. Ich habe persönlich ein Protestschreiben verfasst.» Der Präsident: «Warum wurde nicht bei einer ausländischen Regierung protestiert?» Laval: «Welche ausländische Regierung hätte sich bereit erklärt, einen Protest zu übermitteln? Man konnte die Proteste nicht öffentlich bekanntgeben. Es gab Dinge, die man einfach nicht sagen konnte. Sie, Herr Präsident, werden im Verlauf dieses Prozesses davon Kenntnis erhalten.»

Um 15 Uhr 10 wurde die Gerichtsverhandlung unterbrochen.

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde der ehemalige Generalsekretär der Präsidentschaft des Senats, Pierre de la Pommeraiie, auf Ersuchen zahlreicher Geschworener einvernommen. Er legte dar, dass Marquet ihm am 11. Juli die drei Verfassungsakte gebracht habe. Dann sei auch Laval gekommen. Laval habe ihm nachher gesagt: «So wird die Republik gestürzt.» Pierre de la Pommeraiie erklärte, er mache diese Aussage unter Eid.

Laval: «Ich erinnere mich an diese Szene gar nicht. Die Verfassungsakte wurden von Alibert redigiert. Ich kann nicht einsehen, warum ich als Briefträger zwischen Alibert und dem Marschall hätte dienen sollen.» Der Präsident: «Haben Sie die Worte gesagt: „So wird die Republik gestürzt?“» Laval: «Ich erinnere mich dessen nicht. Es sind seit jenen Ereignissen vier Jahre vergangen. Sofern ich etwas Derartiges gesagt haben sollte, handelte es sich um einen geschmacklosen Scherz. Ich bin kein Fascist, und ich liebe die Freiheit. Ich wollte die Republik nicht stürzen.»

Laval erzählt darauf, am 13. Dezember, dem Tag, da er verhaftet worden sei, habe er geglaubt, dass es sich um aussenpolitische Gründe handle. Später habe er aber erfahren, dass er wegen innenpolitischen Gründen verhaftet worden sei. Er könne sich für sein Land kein anderes Regime mehr vorstellen als das republikanische.

Montoire

Der Präsident ersucht Laval, sich zu der Zusammenkunft von Montoire zu äussern. Laval: «Ich habe nicht darum gebeten, nach Montoire gehen zu können. Ich hatte erfahren, dass der deutsche Aussenminister v. Ribbentrop nach Frankreich kommen wollte, und, da v. Ribbentrop mit den französisch-deutschen Beziehungen vertraut war, glaubte ich, dass es angezeigt sei, dass ich mit ihm zusammenträfe.

Ich unterrichtete den Marschall davon, dass ich v. Ribbentrop begegnet wurde. Ich bestieg den Wagen Abetz', ohne zu wissen, wohin wir gingen. Nach Überquerung der Loire sagte mir Abetz: 'Sie werden nicht nur Ribbentrop, sondern den Reichskanzler selber sehen.'

Wir hatten eine längere Aussprache mit ihm. Ich erklärte dem Reichskanzler in einer ersten Unterredung, dass ich seine Äusserungen dem Marschall übermitteln werde, worauf der Reichskanzler sagte: 'Ich werde ihn selber sehen, ich verreise nach Hendaye; ich werde am Donnerstag mit dem Marschall zusammentreffen.' Vielleicht war der Marschall der Meinung, dass ich die Zusammenkunft von langer Hand vorbereitet hatte. Ich unterrichtete den Marschall am Mittwoch über die Besprechung mit Hitler. Wir fuhren dann zusammen nach Montoire. Zwischen Pétain und Hitler allein fanden keine Besprechungen statt. Diese erfolgten nur in Gegenwart Ribbentrops und von mir selber.» Der Präsident: «Ging der Marschall aus freiem Willen nach Montoire?» Laval: «Ich habe ihn nicht mit Gewalt mitgenommen. Er äusserte kein Widerstreben gegen die Fahrt nach Montoire.»

Über die Zusammenkunft von Montoire will der Zeuge sich nicht eingehend aussprechen. Er erklärte nur, er habe schriftliche Aufzeichnungen und wünsche nicht, zu improvisieren. Wenn er sich recht erinnere, habe er Hitler im Verlauf der ersten Unterredung gesagt, dass, wenn Deutschland Frankreich demütigen wolle, zwischen Frankreich und Deutschland nichts möglich sei. Hitler habe ihm gesagt: «Ich will keinen Rachefrieden.» Bei der zweiten Zusammenkunft, derjenigen zwischen Pétain und Hitler, der auch Laval beiwohnte, sei nichts entschieden worden. Montoire habe nicht zu Ergebnissen geführt. Es habe sich nur darum gehandelt, den Boden für eine Verständigung zu finden. Viele Deutsche hätten sich gegen Tendenzen, wie Montoire sie eröffnete, ausgesprochen. Kurze Zeit darauf sei es dann zu den Vertreibungen von Elsässern und Lothringern gekommen. Er, Laval, habe diese Anzeichen dafür gewertet, dass Montoire ohne Resultat blieb.

Laval erläuterte dann die Vorteile, die er durch eine Verständigung mit Hitler zu erlangen hoffte, nämlich die Auflockerung der Demarkationslinie, die Reduzierung der Besetzungskosten, die Befreiung der Gefangenen, ein normales Regime für die Departemente des Nordens und des Pas de Calais. Alles dies hätte in einer Zusammenkunft geregelt werden sollen, die infolge seiner Verhaftung am 13. Dezember nicht stattfinden konnte.

Laval fuhr fort: «Niemand hat das Recht, zu behaupten, dass ich Frankreich auf dem falschen Weg habe führen wollen. Auch für den Fall, dass der 'Trumpf Deutschland' zweifelhaft war, musste Frankreich mit diesem Trumpf rechnen. In England betrieb General de

Gaule die andere Politik. Er hatte recht. Er war ein Patriot. Diese Karte musste auch gespielt werden wie alle andern. Nie fiel auch nur ein Wort gegen ihn aus meinem Munde.»

Die Ereignisse vom 13. Dezember 1940

Laval schilderte darauf die Ereignisse vom 13. Dezember. Er erzählt, wie Pétain von allen Ministern die Kollektivdemission erwirkte, dass er aber nur die seine, Lavals, angenommen habe. In den folgenden Stunden habe sich das Hôtel du Pare mit Polizisten angefüllt, schliesslich sei er, Laval, von Polizeiinspektoren nach seiner Wohnung in Châteldon übergeführt worden. Ein paar Tage später sei ihm ein Besuch angekündigt worden, der aber nie verwirklicht worden sei. Er, Laval, sei darauf ersucht worden, nach Vichy zu kommen. Unterwegs habe man ihm erklärt, Alibert habe Pétain den Glauben beibringen wollen, dass er, Laval, Pétain in Paris festnehmen lassen wolle. Er sei dann in Vichy eingetroffen. Pétain habe erklärt, dass er von der ganzen Geschichte nichts wisse.

Laval äusserte sich dann zu dem Umstand, dass Pétain plötzlich den Entschluss fasste, ihn festnehmen zu lassen. Dieser Entschluss sei keineswegs auf aussenpolitische Erwägungen zurückzuführen gewesen. Laval führte weiter aus: «Ich war in Paris. Reichskanzler Hitler hatte soeben beschlossen, Frankreich die Gebeine des Herzogs von Reich Stadt zurückzugeben. Abeitz sagte zu mir: ‚Der Marschall muss kommen. Hitler würde eine Weigerung als Beleidigung empfinden.‘ Ich ging in Begleitung von de Brinon nach Vichy. Der Marschall wollte zuerst nichts wissen von der Reise nach Paris, schliesslich aber stimmte er zu, und die Vorbereitungen zu der Reise wurden getroffen. Um 17 Uhr stellte ich im Kabinettsrat fest, dass alle Minister mit Ausnahme von Alibert anwesend waren. Dann begab ich mich in das Zimmer des Marschalls. Darauf – es war 20 Uhr – erklärte General Laure: ‚Der Ministerrat versammelt sich unverzüglich.‘ Ich sah, dass sich einige Minister seltsam benahmen. Der Marschall verlangte von allen Ministern die Unterzeichnung der Demission. Ich zögerte bei der Unterschrift, unterzeichnete dann aber doch. Der Marschall kam zurück und sagte: ‚Nur der Rücktritt von Laval und Ripert wird angenommen.‘ Ich fragte den Marschall, warum. Er antwortete, dass er mir keine Rechenschaft gebe, und warf mir die Artikel von Déat vor, für die ich verantwortlich gemacht wurde. Der Marschall sagte mir, dass er einen qualifizierteren Minister als mich habe, nämlich Flandin. und dass die Collaboration ohne mich weitergehen werde. Darauf packte ich meine Sachen zusammen. Ich habe die Gewohnheit, die Ministerien zu verlassen und dann wieder zurückzukehren.»

Laval schilderte dann kurz seine Verhaftung, die am Abend erfolgte.

Die Rückberufung Lavals

Der Präsident fragte Laval, unter welchen Umständen er wieder in die Regierung berufen worden sei. Laval antwortete, dass er Pétain nur einmal getroffen und um Erklärungen über den 13. Dezember erstickt habe. Dieser habe geantwortet: «Sie haben mir nie Rechenschaft abgelegt. Sie haben mir nie schriftliche Rapporte zugestellt.» Laval entgegnete ihm: «Ich habe Ihnen keine schriftlichen Rapporte übermittelt, und ich werde Ihnen auch nie solche unterbreiten, weil alles innert 48 Stunden bekannt würde.»

Der Präsident insistiert: «Wie sind Sie am 22. April in die Regierung zurückgekehrt?» Laval: «Marschall Göring hatte mir am Quai d'Orsay eine ziemlich lange Unterredung gewährt. Er richtete heftige und leidenschaftliche Anklagen gegen Frankreich. Dann sagte er: ‚Wenn man Sie bittet, in die Regierung einzutreten, dann tun Sie es nicht. Wenn wir eines Tages Frieden haben werden, dann werden wir Zusammenarbeiten, aber nicht jetzt.‘ Diese Unterredung schien mir das Vorzeichen harter Massnahmen der Deutschen gegenüber Frankreich zu sein. Ich ging, um dem Marschall Bericht zu erstatten.

Die Schwierigkeiten D a r l a n s mit Deutschland nahmen zu, und er bat mich, wieder in die Regierung zurückzukehren. Ich zögerte; auch meine Familie war nicht einverstanden. Schliesslich fasste ich den Entschluss, das Angebot anzunehmen, wobei ich wusste, dass meine Aufgabe furchtbar sein würde und dass die Franzosen leiden müssten. Ich dachte, dass ich, wenn meine Person als Schirm dienen konnte, nicht das Recht habe, mich meiner Verantwortung zu entziehen.»

«Sie haben gesagt, Sie wünschten den Sieg Deutschlands», bemerkte der Präsident. Laval antwortet: «Ja, das habe ich gesagt; es war nötig, dass die Deutschen mir und meiner Aufrichtigkeit glaubten.» Der Zeuge bemerkt, dass alle Staatsmänner Dinge sagen, die später eigenartig erscheinen mögen. Er könnte russlandfeindliche Sätze Churchills oder deutschfreundliche Molotows anführen.

Laval machte dann genaue Angaben über den Anteil Pétains an der Erklärung über den Sieg Deutschlands. Zuerst habe er geschrieben: «Ich glaube an den Sieg Deutschlands und ich wünsche ihn.» Er unterbreitete den Text seinem Mitarbeiter R o c h a t, der seinerzeit Generalsekretär im Aussenministerium war und gegenwärtig in der Schweiz weilt. Dieser machte eine Einwendung gegen den Satz, und Laval beschloss, Pétain als Schiedsrichter anzurufen. Der Marschall habe den Satz gelesen und bemerkt: «Ich glaube an den Sieg Deutschlands – wie können Sie das sagen? Sie sind nicht Militär und verstehen nichts davon.» Darauf strich Laval den ersten Teil des Satzes und schrieb: «Ich wünsche den Sieg . . .»

Der Gerichtspräsident fragt: «So war also Pétain damit einverstanden, dass dieser Satz gesprochen werde?» Laval antwortet: «Ja.»

Der Angeklagte verlangt das Wort. Er bestreitet da3. was Laval sagt. Er hatte, wie er ausführt, geglaubt, dass man mit Laval und Rochat zusammen beschlossen habe, den ganzen Satz wegzulassen. «Als ich die Botschaft Lavals am Radio anhörte und diesen verabscheuungswürdigen Satz vernahm, sprang ich in meinem Fauteuil auf.»

Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER ZWEITEN PROZESSWOCHE

Fortsetzung der Einvernahme Lavals

Die 12. Sitzung des Prozesses gegen Pétain begann am Samstag um 13 Uhr 20. Die fieberhafte Stimmung des Vortages war gewichen.

Der Präsident fragte: «Wie waren die Beziehungen zwischen Pétain und Ihnen, nachdem Sie am Radio gesagt hatten: ‚Ich wünsche den Sieg Deutschlands?‘» Laval entgegnet dazu, dass Marschall Pétain bei einem Essen eine Rede hielt, durch welche die Missverständnisse zwischen ihnen beigelegt wurden. Hierauf äusserte sich Laval eingehend über seine Stellung gegenüber Admiral L e a h y. Nach dem Waffenstillstand sei Frankreich Deutschland fast für alle Kohle und für seinen Stahl tributpflichtig gewesen. Frankreich hätte nicht leben können, wenn die Vichy-Regierung sich mit Berlin überworfen hätte. Im September 1940 sei die Arbeitslosigkeit das grösste Problem gewesen. Deutschland habe Frankreich dadurch gemeistert, dass es sich weigern konnte, aus dem Norden Kohle nach der freien Zone überführen zu lassen.

Der ehemalige Ministerpräsident erklärt, dass er den Deutschen nachgeben musste, als sie französische Arbeiter verlangten. Er habe jedoch versucht, die Deutschen zu beschwichtigen, und für Frankreich Konzessionen gefordert. Der Gerichtspräsident verweist darauf, dass Frankreich gegen 50'000 heimgeschaffte Gefangene 150'000 Arbeiter abgeben müssen. Laval versichert, dass Pétain hierin immer mit ihm einig gegangen sei. Der Präsident stellt die Frage: «Was hat Pétain gesagt, als die von Deutschland verlangten Rassenvorschriften getroffen wurden?» Laval antwortet, dass Pétain protestiert habe.

Über die Haltung Vichys nach der Landung bei Dieppe befragt, versicherte der Zeuge, dass er persönlich immer für eine Zusammenarbeit Frankreichs mit Deutschland eingestanden sei. Der Marschall sei über alles auf dem Laufenden gehalten worden. Die Massnahmen wurden durch den Ministerrat beschlossen. Zu der Verschickung von Arbeitern nach Deutschland sagt Laval, dass er eines Tages Gauleiter Sauckel erklärt habe, er sei der aktivste Agent der gaullistischen Propaganda.

Präsident Montgibeaux sprach dann über das Telegramm P é t a i n s an Hitler nach der Landung von Dieppe. Laval antwortete, davon nichts zu wissen. Das Telegramm hätte normalerweise de Brinon zugestellt werden müssen. Der Präsident verlas dann die Mitteilung eines Angestellten des Übermittlungsdienstes, der diese Botschaft weiterleiten musste und der versichert, dass sie ihm von Generalsekretär Rochat vom Aussenministerium überbracht wurde.

Die Landung in Nordafrika

Der Gerichtspräsident gab seinem Erstaunen Ausdruck, dass der Generalresident in Tunis, Admiral E s t e v a, ein Glückwunschsreiben Ribbentrops erhalten habe. Laval erklärte, dass Ribbentrop die Gewohnheit gehabt habe, Schreiben solcher Art zu versenden. Er selbst habe Esteva keine Befehle gesandt, der übrigens nur die Anordnungen seiner Vorgesetzten befolgt habe.

Der Präsident fragte: «Wie verhielt sich Pétain, als die Deutschen am 11. November 1942 die Demarkationslinie überschritten?» Laval antwortete, dass er selbst sich in jenem Augenblick in München befunden habe. Darauf entgegnete der Präsident, der Marschall habe gesagt, dass Laval nach der Rückkehr aus München die Entsendung eines Protestes verhindert habe. Auf diesen Hinweis erwiderte Laval, er sei erstaunt gewesen, dass ein Protest von solcher Bedeutung erlassen worden sei, ohne dass der Regierungschef davon Kenntnis hatte. Er habe dem Marschall gesagt: «Ich hätte es gewünscht, wenn Sie meine Rückkehr abgewartet hätten. Es wäre mir recht gewesen, wenn ich an der Abfassung hätte mitarbeiten können.» Weiter sagte Laval, dass er an jenem Tage um 4 Uhr 30 morgens einen Besuch des deutschen Generalkonsuls Krug von Nidda erhielt, der ihm meldete, die deutsche Armee befinde sich im Hafen von T o u I o n und habe die französischen Schiffe umzingelt. Er habe einen Protest abgegeben, der jedoch nur platonische Bedeutung hatte. Darauf habe er die beteiligten Minister und Admiral Leluc rufen lassen. Aus Toulon wurde mitgeteilt, dass die Schiffe eines nach dem andern im Hafen explodierten. Das sei alles gewesen, was er gewusst habe.

Hier unterbrach der Präsident und bemerkte, dass den französischen Generälen in Afrika Befehl gegeben wurde, den Alliierten Widerstand zu leisten. Laval sagte dazu: «Glauben Sie, dass Frankreich damals noch Verbündeter der Angelsachsen war? Ich glaubte es nicht. Frankreich hatte damals keine Verbündeten. Wir waren weder die Verbündeten der Deutschen, die uns geschlagen hatten, noch die Verbündeten der Engländer. Es gab damals einige Zwischenfälle. Es ist an Mers-el-Kébir zu erinnern. In juristischer Beziehung war unsere Stellung nicht normal.»

Der Präsident rief dazwischen, dass die Franzosen auf Grund ihrer Ehre nicht das Recht hatten, auf ihre Bündnisse zu verzichten. Laval

entgegnete: «Sie sagen das im Jahre 1945. Die Worte, die ich jetzt höre, wurden aber zu jener Zeit nicht von vielen Leuten im Munde geführt.» Laval gab sich dann Mühe, die Botschaften und Handlungen des Marschalls zu rechtfertigen. Er sagte, dass der Marschall nicht frei war. Er erhielt zehnmal oder zwanzigmal den Besuch des deutschen Vertreters, der von ihm eine Botschaft oder einen Befehl forderte. Pétain habe sich damals mit dem Ministerpräsidenten besprochen. Was zum Widerstand getan werden konnte, sei geschehen.

Der Verteidiger Paven erhob sich an dieser Stelle, um zu erklären, dass er in seinem Plädoyer beweisen werde, auf welche Art Pétain Befehl gegeben habe, wie die französischen Generäle den Alliierten in Afrika zu helfen hätten.

Nachdem die Verteidigung die Einladung von General Juin als Zeuge gefordert hatte, antwortete der Präsident, dass diesem Begehren Folge geleistet werde.

Der deutsche Druck

Laval sprach dann über die Verordnung vom 20. August 1942 von Gauleiter Sau ekel, die alle Männer und Frauen der besetzten europäischen Gebiete dem Arbeitsdienst unterstellte. Er habe Sauckel gesagt, dass diese Massnahme dem Waffenstillstandsvertrag zuwiderlaufe und dass er sich sofort zurückziehen werde, wenn die Verordnung in Frankreich zur Anwendung gelange. Er habe eine Veröffentlichung der Verordnung in der freien Zone verboten. Die Deutschen hätten darauf erklärt: «Dann müsst ihr selbst das Einziehen der Leute besorgen » Er, Laval, habe darauf den Deutschen eine weitere Schlacht geliefert; er habe das Einziehen der Frauen verweigert und sich auch der Aburteilung von Franzosen durch deutsche Gerichte widersetzt.

Darauf sprach Laval über das Gesetz vom 4. September 1942. Der Marschall habe davon Kenntnis gehabt, da das Gesetz vor dem Ministerrat besprochen wurde. Aber auch ein Mann wie der Marschall konnte nur versuchen, die Begehren der Deutschen abzuschwächen. Es habe sich darum gehandelt, ob 40 Millionen Franzosen der Anarchie und dem Hunger ausgeliefert werden, wenn für die Befreiung Vorbereitungen getroffen werden. Laval erklärte, dass der gegenwärtige Prozess vielleicht nicht ungerecht, auf jeden Fall aber unlogisch sei.

Laval versicherte, von Buchenwald bis nach dem Kriege nichts gewusst zu haben. Er habe mit den Deutschen verhandelt, um Frankreich das Leben zu ermöglichen. Der Marschall sei dagewesen, um die Franzosen zu verteidigen. Er selbst, Laval, habe sich geopfert und sei bereit, nötigenfalls im Interesse des Landes sich wieder zu opfern. Weiter erklärte er, dass er sich der massenweisen Aberkennung des

Staatsbürgerrechts gegenüber den Israeliten widersetzt habe, die von den Deutschen verlangt wurde.

Der Präsident stellte die Frage, wie weit der Marschall in der Ernennung der ultrakollaborationistischen Minister, wie Déat, Darnand und Henriot, die Verantwortung trage. Laval antwortete: «Wir waren nicht frei. Die Deutschen drängten uns Déat auf. Der Marschall wollte von ihm nichts wissen und erklärte, dass er den Sitzungen des Ministerrates nicht beiwohnen werde, wenn Déat zugegen sei.» Pétain habe auch die Ernennung Déats zum Minister nicht unterzeichnet. Er habe das Recht zur Ministerernennung an den Zeugen abgetreten. Die Rolle Déats sei übrigens nicht gross gewesen. Hinsichtlich Henriots sei zu sagen, dass dieser schon lange im Radio beschäftigt war. Seine Ernennung zum Minister sei nur die Billigung einer vollzogenen Tatsache gewesen.

«Die Männer der Dritten Republik»

Der Präsident ersucht darauf Laval, sich zu den spanischen Pressemeldungen zu äussern, dass er die Erschiessung von Léon Blum, Paul Reynaud und Edouard Daladier verhindert habe. Pétain habe sich nach den spanischen Zeitungen um das Los dieser Personen nicht gekümmert. Laval führte dazu aus: «Ich bin glücklich, hierüber sprechen zu können. Es ist richtig, dass ich die Erschiessung mindestens von Reynaud und Blum verhindert habe. Am Tage nach der Landung in Algier ist vor dem Kriegsgericht Nordafrikas ein Oberst erschienen, der zum Tod verurteilt wurde. Ich habe damals verhindert, dass die Deutschen als Vergeltungsmassnahmen die französischen politischen Gefangenen hinrichteten.»

Zur Ermordung von Georges Mandel erklärte Laval, dass er davon nichts gewusst habe; er habe Erklärungen von Darnand und Knipping verlangt und bei der deutschen Botschaft protestiert. Von Darnand und Knipping habe er ferner gefordert, Blum und Reynaud nicht hinrichten zu lassen, falls sie übergeben würden. Gegenüber Deutschland habe er das Begehren gestellt, diese Personen nicht der Miliz auszuhändigen. Laval sagte weiter: «Mandel war mein persönlicher Freund. Wir konnten auf politischem Gebiet uneins sein; aber ich litt darunter, als ich von seiner Ermordung vernahm. Diese Ermordung war ohne Kenntnis der Regierung erfolgt. Ich habe dem Direktor des Gefängniswesens Vorwürfe gemacht, dass Mandel der Miliz übergeben wurde. Hinsichtlich Jean Zays, früher Erziehungsminister in der Regierung Blum, ist mir nicht bekannt, was sich ereignete. Ich muss annehmen, dass auch er von der Miliz ermordet wurde. Ich war tief betrübt, dass solche Sitten sich in unserm Lande verbreiten konnten.»

Der Präsident forderte Laval auf, zu erklären, auf welche Weise

Daladier, Blum, Reynaud und Mandel nach Deutschland gebracht wurden. Der Zeuge führte dazu aus: «Ich war in Paris. Ich wurde mit General Oberg, Chef des deutschen Polizeidienstes in Frankreich, zusammgebracht, der mir eröffnete, dass die Gefangenen von Bourasol nach Deutschland verbracht werden müssten. Oberg sagte, es sei Befehl. Ich antwortete, es sei ein Befehl, den ich nicht annehme. Ich hatte mich gegenüber Le Trocquer für das Leben Léon Blums verbürgt. Schliesslich schlug ich den Deutschen vor, diese Personen durch die Franzosen bewachen zu lassen. Es wurde abgelehnt.»

Der Präsident stellte die Frage, weshalb die Mörder Mandels nicht verfolgt wurden. Laval antwortete, die Ermordung Mandels sei an einer Ministerratssitzung besprochen worden, in deren Verlauf der Justizminister mit einer Untersuchung betraut wurde. Was nachher gegangen sei, wisse er nicht. Laval bedauerte auch die Ermordung von Maurice Lafont und Maurice Sarraut. Die Autorität der Regierung habe zu jener Zeit fast nicht mehr bestanden.

Über D a r n a n d sagte Laval: «Der Marschall kannte Darnand besser als ich. Er gehörte der Gagoule an und war einer derjenigen, die mich zuerst verfolgten. Er war der Chef des Ordnungsdienstes der Legion, auf die der Marschall stolz war. Dieser Dienst wurde später dem Regierungschef unterstellt. Alles, was die Autorität der Legion schwächte, war mir unangenehm. Die Legion, die jede Woche vom Marschall empfangen wurde, warf mir vor, die nationale Revolution nicht zu beschleunigen.»

Zum «Maquis» führte Laval aus, dass man ihm hierüber grosse Vorwürfe gemacht habe. Im «Maquis» habe es zwar Leute des Widerstandes gegeben, aber auch Personen, die bedauerliche Zwischenfälle hervorriefen. Es werde gesagt, dass auch von der andern Seite Terror verbreitet worden sei. Das sei wahr. Unterirdische Kräfte seien entfesselt worden. Der Zeuge ist für Ordnung und Gesetz. Er habe versucht, die Spezialabteilungen der Polizei und andere Einrichtungen womöglich in ihrer Tätigkeit einzuschränken.

Staatsanwalt Mornet intervenierte hier und verlas Briefe des Marschalls an Laval. Pétain schreibt an einer Stelle: «Einige Hinrichtungen werden die Unordnung und die Anarchie verhindern.» Laval erwiderte, dass er niemals denunziert habe, obschon er die Verbindungen des «Maquis» gekannt habe. Er antwortete ausweichend, als ein Richter fragte, weshalb er am 11. November 1942 Befehl gegeben habe, die Angehörigen des Widerstandes in einem Gefängnis der Südzone freizulassen, worauf diese Leute den Deutschen ausgeliefert wurden. Mitglieder des Gerichts warfen Laval vor, «Maquis»-Leute gebrandmarkt zu haben, die zu den grössten Helden des Widerstandes gehörten. Laval sagte dazu, dass er nicht richtig informiert wurde.

Die Reise nach Sigmaringen

Dann ersuchte der Gerichtspräsident Laval, Aufschluss über seine Reise mit Pétain nach Sigmaringen zu geben. Laval sagte, dass er zuerst von Paris nach Belfort gereist sei, und zwar unter dem Zwange der Deutschen. Zum schweizerischen Gesandten habe Pétain im voraus erklärt: «Wenn Sie mich jemals nach Deutschland abreisen sehen, so können Sie gewiss sein, dass es unter Zwang geschieht.» Ich hatte den Wunsch, mein Amt aufzugeben. In Belfort weigerte ich mich, ins deutsche Hauptquartier zu gehen, um dort Hitler zu sehen. Die deutsche Regierung wünschte die Existenz einer französischen Regierung in Belfort. Die Deutschen waren über meine Weigerung ziemlich erbost. De Brinon bediente sich seines Titels eines «Delegierten», den er 1940 vom Marschall erhalten hatte. Dabei hatte er keine Befugnis, irgendeine Macht auszuüben.

Marschall Pétain, der die Aussagen Lavals genau verfolgte, rief an dieser Stelle aus: «Ich habe alle Begehren abgelehnt.»

Laval legte dann dar, dass er sich von Sigmaringen nicht wegbegeben durfte. Er habe kein Auto gehabt, während Pétain eines zur Verfügung gestanden sei. Ein Richter stellte die Frage, ob Laval an der Botschaft Pétains vom April 1944 mitgearbeitet habe, um die Franzosen zu veranlassen, nicht an der Befreiung ihres Landes mitzuarbeiten. Laval antwortete, dass der Marschall ihm manchmal die Botschaften, die er zu versenden beabsichtigte, vorgelesen habe, ohne dass er jemals an ihrer Redaktion mitarbeitete.

Ein Richter fragte, ob zwischen dem Marschall und Algerien ein Geheimkode bestanden habe, über den die Befehle an die Generäle von Algier als nichtig erklärt wurden. Der Zeuge antwortete, dass der Marschall diese Frage besser als er beantworten könne. Wenn Beziehungen des Marschalls zu Algier bestanden hätten, würde ihn das nicht verwundern. Er glaube, dass solche vorhanden waren.

Staatsanwalt Mornet verlas noch den Entwurf zu einer Botschaft Pétains, die von ihm selbst mit Bleistift geschrieben war und worin die Leiter der «Dissidenz», nämlich de Gaulle, Catroux und Larminat, als Verräter gegenüber dem Vaterland bezeichnet werden. In dieser Botschaft werden auch die jungen Leute, die sich der Dissidenz anschließen, als Deserteure und Verräter bezeichnet. Die Botschaft wurde zwar nicht verbreitet. Die Verteidigung erhob Protest, doch der Staatsanwalt erklärte: «Es gibt Aufzeichnungen, die den Wert von Akten besitzen.»

Um 17 Uhr 25 wurde die Sitzung geschlossen.

DIE DRITTE VERHANDLUNGSWOCHE

Der Montagnachmittag

Im Prozess gegen Marschall Pétain bleiben noch zwanzig Zeugen zu vernehmen, die von der Verteidigung zitiert worden sind. Es ist kaum anzunehmen, dass das Gericht sein Urteil vor dem 14. August fällen kann.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung vom Montag verlas Verteidiger Payen ein Telegramm, das er von Pierre M e r i l l o n erhalten hatte, der unter Marschall Pétain Beamter der französischen Botschaft in Madrid war. In diesem Telegramm wird bestätigt, dass sich der Marschall als Botschafter in Spanien ausserordentlich für die Wahrung der Interessen Frankreichs eingesetzt habe.

Brigadegeneral Henri Lacaille

Darauf wurde als erster Zeuge Brigadegeneral Henri Lacaille einvernommen, der seit 1936 oft mit Marschall Pétain in Verbindung gestanden hatte. Dieser Zeuge erklärte u.a., dass Marschall Pétain sein Möglichstes getan habe zur Förderung der französischen Luftwaffe. Lacaille, der 1938 und 1939 Stabschef in Indochina gewesen war, legte dar, dass es der grossen französischen Kolonie im Fernen Osten nicht möglich gewesen wäre, sich gegen Japan zu verteidigen. Die französischen Truppen hätten nur über sehr wenig Material verfügt. Zahlreiche Einheiten seien nur mit Buschmessern ausgerüstet gewesen. Nach Ausbruch des Krieges in Europa, als der Zeuge in die Heimat zurückgekehrt war, fiel ihm auf, dass das französische Material dem deutschen stark unterlegen war. Am 6. August 1940 – so erklärte der Zeuge weiter – habe er als Vertreter Marschall Pétains versucht, mit General de Gaulle die Verbindung aufzunehmen. Er habe eine Besprechung mit Admiral Auphan und einem weiteren Mitarbeiter des Generals de Gaulle gehabt, die aber zu keinem Resultat führten.

Prinz von Bourbon-Parma

Als weiterer Zeuge erklärte der Prinz von Bourbon-Parma, dass Marschall Pétain sich grosse Verdienste erworben habe durch seine Bemühungen zur Befreiung politischer Gefangener. In deutschen Gefangenenlagern, wo der Zeuge selber grosse Qualen erlitt, habe er feststellen können, dass Hunderte von Franzosen, die bereits zum Tode verurteilt waren, infolge persönlichen Eingreifens des Marschalls zu Gefängnisstrafen begnadigt worden seien. Ende 1942 habe ihm der Marschall einmal gesagt, er sei weder Imperialist noch Royalist. Er suche einzig Frankreich zu retten. Nach der Befreiung werde Frankreich bestimmt wieder republikanisch regiert werden. Im Verlaufe des Jahres 1943 habe der Marschall dem Zeugen einmal gesagt, dass er der

Gefangene der Deutschen sei, dass er aber aus dem Gefängnis nicht entweichen könne, weil er sein Wort als Franzose gegeben habe. Pétains Plan sei es gewesen, Zeit zu gewinnen, um am geeigneten Tag den Alliierten wieder die Hand reichen zu können.

General Picquandart

Als weiterer Zeuge deponierte General Picquandart. Er äussert sich über die geheimen Rüstungen in Frankreich nach dem Waffenstillstand. Das Oberkommando habe nach dem Juli 1940 sozusagen das gesamte Automobilmaterial der nichtbesetzten Zone versteckt. Durch die Mithilfe von Marschall Pétain sei es so gelungen, Kriegsmaterial, Munition und Lebensmittelvorräte im Werte von rund 35 Milliarden Francs vor den Deutschen zu verstecken. Dieses Material hätte ausgereicht, um 24 Divisionen zu versorgen. Als der Zeuge Ende 1941 dem Marschall über diese Aktion berichtete, habe der Marschall sie gebilligt.

Noël Pinelli

Als nächster Zeuge erschien Noël Pinelli, früherer Marinekommissar und Stadtrat von Paris. Auf eine Frage des Verteidigers Payen nach den Vereinbarungen mit den Engländern über die französische Flotte erklärte Pinelli, im Juni 1941 habe ihm Admiral Auphan gesagt, dass drei Tage nach dem Waffenstillstandsgesuch, d.h. am 19. Juni 1940, in Bordeaux eine Konferenz stattgefunden habe zwischen dem ersten Lord der britischen Admiralität, Alexander, und dem ersten Seelord Sir Dudley Pound von britischer und Admiral Darlan und Admiral Auphan von französischer Seite. Im Laufe dieser Besprechungen seien die die Marine betreffenden Bestimmungen des Waffenstillstandes vereinbart worden, die im Wesentlichen dahin lauteten, dass die Einheiten der französischen Kriegsmarine unter französischer Kontrolle in ihren Häfen bleiben und auf keinen Fall den Deutschen ausgeliefert werden sollten. Die Schiffe sollten im Falle von Schwierigkeiten sofort versenkt werden. Admiral Auphan habe dem Zeugen erklärt, er sei weiterhin Mitglied der Regierung geblieben, um die Innehaltung dieser Vereinbarungen zu überwachen. Er wisse, dass Marschall Pétain versucht habe, zu Beginn des Jahres 1942 die französische Flotte nach Nordafrika zu schaffen.

Divisionsgeneral Lafargue

Nach einer Verhandlungspause wurde Divisionsgeneral Charles Lafargue einvernommen, der auf seinem Waffenrock das Abzeichen «Rhein-Donau» der 1. Armee trägt. Der General nahm vor Marschall Pétain Stellung an. Lafargue war nach dem Waffenstillstand von 1940 Waffenchef der Infanterie. Er hat aber die Verteidigung der Truppe auf den neuen Staat nie gebilligt und auch nie das Bikinis des

Marschalls in seinen Amtsräumen aufhängen lassen. Angesichts des Missverhältnisses zwischen den Frankreich und den dem Gegner zur Verfügung stehenden Kräften habe es nur eines gegeben: abwarten. Lafargue sagte: «Wir hatten das Glück, für die Führung unseres Volkes in diesem unendlichen Kampf des Abwartens Marschall Pétain zu haben. Weder Joffre noch Foch wären zur Führung dieses Kampfes fähig gewesen. Nur er konnte die Ringelnattern, nur er konnte die Vipern verschlucken, die ihm die Deutschen zu schlucken gaben. Der Waffenstillstand bat, indem er uns eine französische Armee und Nordafrika bewahrte, Frankreich gerettet und England sowie vielleicht sogar die Vereinigten Staaten von Amerika.»

Der Zeuge führte sodann aus, dass er kurz nach dem Waffenstillstand damit begonnen habe, die Infanterie auf die Revanche vorzubereiten. Am Tage nach Montoire habe er 2'000 Offiziere versammelt, um sie über seine Pläne zu orientieren und ihnen gleichzeitig Schweigen zu gebieten. Er möchte sogar sagen, dass man Montoire und die Kolaboration hätte erfinden müssen, wenn sie nicht gewesen wären. Lafargue war überzeugt, dass Pétain seine Pläne guthieß. Lafargue meinte: «Wir hatten uns ein System ausgedacht, das die deutsche Taktik zunichte machen sollte, eine Waffe geschmiedet, die jedem französischen Infanteristen ermöglicht hätte, die deutschen Panzerwagen zu durchbohren. Damit wir das in aller Ruhe vorbereiten konnten, musste unser oberster Chef den Deutschen Geschichten erzählen.»

Dass die mit versteckter Ausrüstung bewaffneten 24 Divisionen im November 1942 nicht verwendet worden sind, sei darauf zurückzuführen gewesen, dass die französische Armee damals eine schwere Krise durchmachte, insbesondere eine Führungskrise, weil Admiral Darlan in den meisten Heereseinheiten die Kommandanten ersetzt hatte. Die Vorbereitungen seien aber ununterbrochen weitergeführt worden, seien aber noch nicht zu Ende geführt gewesen, weil die Amerikaner zwei Monate zu früh angegriffen hätten. In diesem Augenblick habe der Zeuge, der sich als Divisionsgeneral damals in Grenoble befand, seinen Truppen den Befehl gegeben, loszuschlagen und die Deutschen zu vertreiben. Er selber sei nie verhaftet worden, dank der «couverture morale», die er von Seiten des Marschalls genoss. Die «Schlacht des Abwartens» sei im Grunde genommen ja doch gewonnen worden, denn dank der französischen Armee in Nordafrika, die die Hälfte der Bestände der gesamtfranzösischen Armee zurzeit des Waffenstillstandes umfasste, sei verhindert worden, dass die Amerikaner ins Meer zurückgeworfen wurden. Im spätem Verlauf der Entwicklung sei allerdings Marschall Pétain dann von einem halben Gefangenen zu einem ganzen Gefangenen der Deutschen geworden. Es sei aber gut gewesen, dass er solange wie möglich in Frankreich ausgeharrt habe.

In Bezug auf das Maquis in Savoyen erklärte Lafargue, dass es unter der Widerstandsbewegung sehr gute Leute hatte, dass sich aber auch Unerwünschte unter ihnen befanden. Gegen diese Bemerkung protestierte ein Geschworener, indem er rief: «Wir haben kein Recht, solches zu sagen, denn es war das Maquis, das Frankreich gerettet hat.» Es entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen General Lafargue und dem Geschworenen.

General Ruby

Dann wird General R u b y, gewesener Militärkommissär der 15. Militärregion nach der Auflösung der französischen Armee, einvernommen. General Ruby traf im Oktober 1943 mit Marschall Pétain in Vichy zusammen, wobei Pétain ihm folgende Fragen gestellt habe: «Haben Sie Kenntnis von den Kriegsmaterialdepots auf dem Gebiet ihrer Region? Haben Sie Fühlung mit den Einheiten der demobilisierten Truppen ihrer Region?» Weiter habe Pétain gesagt: «Sehen Sie, ich glaube an eine Landung der Amerikaner, und in diesem Augenblick müssen wir sie mit den Waffen unterstützen.»

Als letzter Zeuge des Tages wurde Brigadegeneral Picard aufgerufen. Er schilderte das Leben im Hauptquartier von Marschall Pétain während des ersten Weltkriegs. Der Vorsitzende unterbricht den Zeugen und fordert ihn auf, von seinen späteren Erinnerungen zu reden. Solche hatte General Picard nicht.

Daraufhin wurden die Verhandlungen geschlossen.

DIE 14. PROZESSVERHANDLUNG

Einvernahme Peyroutons

Die 14. Verhandlung im Prozess Pétain begann am Dienstag um 14 Uhr. Als erster Zeuge trat Peyrouton, früherer französischer Botschafter in Argentinien und stellvertretender H o c h k o m m i s s ä r in Nordafrika, auf, der gegenwärtig im Gefängnis von Fresnes verhaftet ist. Er steht unter der Anklage, sich gegen die innere Sicherheit des Staates vergangen zu haben. Die Verteidigung hatte ihn zitiert, um seine Meinung über die Ereignisse vom 13. Dezember 1940 darzulegen.

Peyrouton erklärte u.a., der 13. Dezember sei nicht ein Anfang, sondern ein Endergebnis gewesen. Laval sei der einzige Franzose gewesen, der im September und Oktober 1940 einen ständigen Passierschein für die freie und die besetzte Zone Frankreichs besessen habe. Seine Reisen nach Paris seien Gegenstand heftiger Erörterungen der Presse gewesen, welche die Umgebung des Marschalls angeklagt habe. Zwischen dem Marschall und Pierre Laval habe vollständige Unvereinbarkeit in Bildung und Wesen bestanden.

Peyrouton sprach dann von den damals zwischen Xichy und London durch Vermittlung der Botschaft in Madrid und des Erziehungsministers Jacques Chevalier staltgefundenen Unterredungen. Chevalier teilte Peyrouton mit, dass es hauptsächlich um die französische Flotte und um das Schicksal der französischen Kolonien gehe. Es sei damals auch das Gerücht verbreitet worden, dass Laval unter Zustimmung der Deutschen einen Angriff auf die dissidente Tschad-Kolonie unternehmen wolle, ein Angriff, der nach der Auffassung Peyroutons, Chevaliers und Bouthilliers zum Krieg mit England führen konnte.

Peyrouton sagte: «Ich warnte Marschall Pétain. Ich ersuchte ihn, Laval festnehmen zu dürfen. Er liess mich machen. Am Abend, im Verlauf des Ministerrates, ersuchte er um die Demission aller Minister. Er nahm aber nur diejenige Lavals und Riperts an. Ich liess Laval verhaften und nach Châteldon führen.»

Peyrouton verteidigt sich dann gegen die Beschuldigung, als Innenminister eine antirepublikanische Politik verfolgt zu haben. Er erklärte weiter, dass er die vom Volke gewählten Gemeinderäte nicht ihrer Ämter berauben wollte. Er habe nie die Initiative zu Einstellungen oder Entlassungen ergriffen. Er habe nur den Vorschlägen der Präfekten zugestimmt.

Ein Geschworener erkundigt sich nach den Internierungslagern in Nordafrika, wo Frauen, junge Leute und Greise schwer misshandelt worden seien und fragt: «War der Marschall von diesen Dingen unterrichtet?»

Peyrouton: «Er war wohl nicht unterrichtet, ebensowenig wie ich selber. Ich habe das Innenministerium am 12. März verlassen.»

Als der Verteidiger Payen den Zeugen fragt, ob er nähere Auskunft über das Treffen von Montoire geben könne, wendet sich Marschall Pétain seinem Verteidiger zu und ruft: «Darüber kann er doch gar nicht aussagen, weil er nichts wissen kann. Diese Angelegenheit ging ihn gar nichts an.»

Peyrouton erklärt, dass er in der Tat darüber nichts aussagen könne. Der Verteidiger Isorni fragt den Zeugen: «War es die Regierung Pétain, die die administrativen Internierungslager schuf? Gibt es keine solchen Lager mehr?» (Gelächter.) Peyrouton erklärt, dass die «Verwaltungsinternierung» durch eine Verordnung D a l a d i e r s geschaffen wurde. Wie es heute um diese Lager stehe, wisse er nicht. Er sei gegenwärtig in Haft und habe keine Gelegenheit, mit der Aussenwelt zu verkehren.

Aussagen von Vizeadmiral Fernet

Als zweiter Zeuge wird Vizeadmiral Fernet einvernommen. Er äussert sich zu den Verhandlungen vom Herbst 1940 zwischen Vichy und

London und besonders zur Affäre R o u g i e r. Professor Rougier habe am 20. September 1940 Marschall Pétain einen Besuch abgestattet. Er habe ihm dabei den Vorschlag unterbreitet, nach London zu gehen und zu versuchen, eine Milderung der Blockade zu erreichen und den zu befürchtenden Angriffen auf die französischen Kolonien durch ein gegenseitiges Abkommen ein Ende zu setzen. Marschall Pétain habe seine Zustimmung zu dieser Mission erteilt. Professor Rougier sei am 10. November aus England zurückgekehrt. Die Persönlichkeiten, die sich im Augenblicke der Abreise des Professors in der Umgebung des Marschalls befanden, besonders Baudoin und General Weygand, seien nicht mehr dagewesen. Marschall Pétain habe Professor Rougier persönlich empfangen. Er, Fernet, sei zugegen gewesen. Der Marschall habe Rougier für die ihm unterbreiteten Dokumente gedankt, namentlich für das Protokoll, das als Grundlage für ein Abkommen dienen konnte.

Vizeadmiral Fernet analysierte darauf den Hauptinhalt jener von Professor Rougier selbst veröffentlichten Dokumente und erklärte: «Ich kann behaupten, dass unverzüglich Massnahmen zur Inkraftsetzung des geplanten Abkommens ergriffen wurden. Nach diesem Abkommen sollte Frankreich der Achse keine Hilfe leisten. Es sollte sich verpflichten, keinen Flotten- oder Luftstützpunkt an Deutschland abzutreten.

Jean-Marie Roussel

Es wurde dann Jean-Marie Roussel, ehemaliger Präsident der Kommission für die Anerkennung der französischen Staatszugehörigkeit einvernommen. Er äussert sich über die Bildung dieser Kommission und ihre Tätigkeit. Alibert habe ihm erklärt, dass zwischen 70 bis 90 Prozent der Einbürgerungen rückgängig gemacht werden müssten. In Tat und Wahrheit seien aber nur drei Prozent der Einbürgerungen rückgängig gemacht worden. Marschall Pétain habe seine Genugtuung über die Arbeiten der Kommission ausgedrückt, die bei der Erfüllung der ihr gestellten Aufgabe menschlich und wohlwollend vorgegangen sei.

Der Zeuge hatte eine zweite Unterredung mit dem Marschall im Jahre 1943. Es gab damals ein Projekt von Justizminister Barthélemy, nach welchem die Einbürgerungen aller Juden seit 1927 rückgängig gemacht werden sollten. Die Deutschen hätten die Forderung gestellt, dass alle von dieser Massnahme betroffenen Juden interniert werden sollen. Der Generalsekretär des Justizministeriums habe ihm, Roussel, erklärt, dass der Marschall sich geweigert habe, diese Verordnung zu unterzeichnen. Er habe in einer Unterredung mit dem Marschall erklärt, dass die Kommission mit Zustimmung Pétains dafür sorgen werde, dass den ausgebürgerten Juden keine Unannehmlichkeiten be-

reitet würden. Nach dem Jahre 1943 seien auch keine Juden mehr ausgebürgert worden.

François Martin

Als weiterer Zeuge machte der von Marschall Pétain im Jahre 1941 ernannte Präfekt des Departements Tarn und Garonne, François Martin, seine Aussagen. Er sagte u.a., dass er im Februar 1944, anlässlich der Schaffung der französischen Miliz, um Enthebung von seinem Amte ersucht habe. Er sei damals von Marschall Pétain empfangen worden und habe ihm sein Missfallen über die Schaffung der Miliz mitgeteilt. Der Angeklagte habe dieser Meinung über die Miliz zugestimmt, jedoch erklärt, er könne seinen Posten nicht verlassen.

Jacques Chevalier

Als weiterer Zeuge erschien der Erziehungsminister der Vichy-Regierung, Jacques Chevalier, auf der Zeugenbank. Er erklärte, im Jahre 1940 habe er den Besuch des canadischen Gesandten in Vichy, Pierre Dupuis, erhalten. Dieser habe ihm eine Botschaft des damaligen englischen Aussenministers Lord Halifax überbracht, die den Wunsch nach Wiederaufnahme des Kontaktes ausdrückte. Die Botschaft habe auf die Notwendigkeit einer geheimen Verständigung hingewiesen. Marschall Pétain habe seine uneingeschränkte Zustimmung dazu erklärt. Dupuis reiste dann nach London ab, von wo aus er Chevalier telegraphisch davon in Kenntnis setzte, dass die britische Regierung das Abkommen billige. Der Zeuge behauptete, dass dieses Abkommen praktisch zur Anwendung gelangte. Es habe das Absterben der französischen Wirtschaft durch Lockerung der Blockade, besonders in Bezug auf Benzin und Öl, verhindert. Es habe aber auch den Engländern Gegenleistungen verschafft, nämlich die Sicherheit, dass Frankreichs Kolonien nicht in die Hände der Deutschen fallen würden. Als Admiral Darlan mit einem Protokoll aus Deutschland zurückkam, das die Abtretung von Stützpunkten in den Kolonien an die Deutschen vorsah, seien die französischen Gegenforderungen so hinaufgeschraubt worden, dass Deutschland sie nicht annehmen konnte.

Der Zeuge sagte weiter aus, er habe am 31. Dezember 1940, am 25. Januar und am 1. Februar 1941 durch Vermittlung Admiral Leahys Schriftstücke der britischen Regierung erhalten, in denen gesagt wurde, der französische Staatschef solle in seinem Widerstand ermutigt werden. Der Zeuge erklärte weiter, er habe auch von Präsident Roosevelt eine Botschaft erhalten. Marschall Pétain habe, als er ihm diese Schriftstücke überreichte, erklärt: «Ich bin der Gefangene von zwei Arten der Politik: die eine ist die Politik der Zusammenarbeit mit den Engländern, die ich vor allem wünsche; die zweite besteht darin, sich den Deutschen, die ich verab-

scheue, zu fügen. Ich leiste den Deutschen wo immer möglich Widerstand. Ich betreibe kein doppeltes Spiel. Ich habe nur e i n Wort. Ich bin treu. Ich halte meine Verpflichtungen gegenüber dem einen wie dem andern.»

Chevalier verlas die Botschaft, die ihm Lord Halifax durch Vermittlung des canadischen Gesandten zukommen liess. Darin hiess es: «Sagt unsern französischen Freunden, dass wir uns in einer heiklen Situation befinden. Wir können uns nicht um den Hals fallen. Es muss eine künstliche Spannung zwischen uns aufrechterhalten bleiben, gemäss Artikel 9 des Waffenstillstandsabkommens; aber unter dieser Fassade der Uneinigkeit müssen wir uns verständigen. Wir fordern von den Franzosen: 1. dass sie die Flotte behalten; 2. dass sie die Kolonien behalten, und 3. dass sie nichts unternehmen, um die Kolonien zurückzuerobern, die zu uns übergehen.»

Chevalier erwähnte dann verschiedene Akte des W i d e r s t a n d e s Marschall Pétains gegenüber deutschen Forderungen. Er erklärte unter anderem, dass Pétain gegen die Inbesitznahme Elsass-Lothringens durch die Deutschen protestiert habe. Ein Deutscher namens Hartmann sei eines Tages zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, dass Deutschland bereit sei, Frankreich seine Sprachgrenzen zurückzugeben, mit Einschluss Lothringens und sogar Walloniens. Der Marschall habe damals an Hitler eine Botschaft gerichtet, in der er ausführte, dass Verhandlungen mit den Deutschen, die niemals eine Garantie geben wollten und die Frankreich ausplünderten, unmöglich seien. In der Botschaft wurde darauf hingewiesen, dass das französische Volk gaullistisch gesinnt sei.

Präsident Montgibeaux fragte den Zeugen, ob ihm bekannt sei, dass Churchill dieses Abkommen dementiert habe. Chevalier: «Sie irren sich, Churchill hat dieses Abkommen nicht dementiert. Er hat im Unterhaus nur von den Verhandlungen Rougiers gesprochen. Ich fürchte keine Dementis. Nach diesem Abkommen wurden die Beziehungen zwischen London und Vichy durch Vermittlung der amerikanischen Botschaft aufrechterhalten.» Er, Chevalier, habe von der britischen Regierung Dokumente erhalten, die an den französischen Staatschef gerichtet waren und seine Politik des Widerstandes in aller Form anerkannten. Im Februar 1941 habe er, Chevalier, eine längere Unterredung mit Marschall Pétain gehabt, in der dieser erklärte, dass er die Zusammenarbeit mit den Deutschen verabscheue und eine Verständigung mit den Engländern wünsche.

Bouthilier

Der nächste Zeuge, der ehemalige Finanzminister der Vichy-Regierung, Bouthilier, gab ein Exposé über die Massnahmen, die auf finanziellem Gebiet unter deutschem Zwang ergriffen wurden. Aus

dem Exposé ergibt sich, dass die Vichy-Regierung soweit als möglich den wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen Deutschlands Widerstand leistete.

DIE MITTWOCHSITZUNG

Einvernahme von General Bergeret

Die Verhandlungen im Prozess gegen Pétain wurden am Mittwoch um 13 Uhr 25 wieder aufgenommen.

Als erster Zeuge erschien General Bergeret, ehemaliger Luftfahrtminister der Regierung von Vichy. Da er selbst angeklagt ist, befindet er sich zurzeit im Gefängnis von Val de Grâce. Er erscheint auf Ersuchen der Verteidigung, um die Haltung Marschall Pétains nach dem Waffenstillstand hinsichtlich der französischen Luftwaffe ahzuklären. Um zu zeigen, dass die französischen Flieger nicht mit dem Feinde zusammenarbeiteten, äussert er sich über die Reorganisation der Luftstreitkräfte nach dem Waffenstillstand. Er erklärt: «Es galt, die Klauseln des Waffenstillstandes auf sich zu nehmen oder eine Frankreich begünstigende Abänderung zu erlangen. Parallel dazu musste die geheime Vorbereitung weitergeführt werden, um eines Tages den Krieg an der Seite der Alliierten wieder aufnehmen zu können. Mit Unterstützung des Marschalls wurden in Nordafrika und in der freien Zone Ausbildungslager organisiert. Im Jahre 1942 bestanden 152 Fliegergruppen, denen 980 Flugzeuge und eine genügende Anzahl Landungsplätze zur Verfügung standen.

Es handelte sich dabei nicht nur um eine Reorganisation der französischen Luftwaffe, sondern darüber hinaus um eine Verunmöglichung der Zusammenarbeit mit den Deutschen gegen die Alliierten. So wurden die Fliegergeneräle P i n s a r d und J a u n e a u d, die für die Zusammenarbeit mit Deutschland eintraten, aus der freien Zone ausgewiesen. Vor ihrer gerichtlichen Verurteilung nach der Befreiung sind sie von der französischen Luftwaffe verurteilt worden. Ferner wurde ein Informationsdienst geschaffen, um die Bewegungen der deutschen Luftstreitkräfte festzustellen. Die erhaltenen Auskünfte wurden durch Radio den alliierten Generalstäben mitgeteilt. Die Ergebnisse dieser Arbeit können folgendermassen zusammengefasst werden: Im Jahre 1942 konnten 27 französische Fliegerabteilungen in Nordafrika und Westafrika den Kampf an der Seite der Alliierten mit insgesamt 29'000 Mann aufnehmen. Wenn keine Zusammenarbeit mit den Alliierten erfolgt wäre, würden diese in Nordafrika 1942 nicht sofort den französischen Fliegertruppen die Ausrüstung geliefert haben.»

Auf eine Frage des Verteidigers Payen zum Protokoll vom Juni 1941, unterzeichnet von Admiral Dari an, antwortete Bergeret: «Dieses Protokoll stellte den Deutschen die Stützpunkte von Bizerta

und Dakar zur Verfügung. Auf meinen Rat hin weigerte sich Marschall Pétain vor dem Ministerrat, dieses Protokoll zu ratifizieren, so dass *es* nie in Kraft getreten ist.»

Darauf fragte ein Geschworne: «War General Bergeret nicht Luftfahrtminister. als die syrischen Flugplätze den Deutschen abgetreten wurden? Hat er nicht französische Flieger ausgezeichnet, die in Syrien gegen die Engländer kämpften?»

Dazu erwiderte Bergeret: «Im Augenblicke der Landung der Deutschen in Syrien befand ich mich auf einer Inspektionsreise in Afrika. Als ich mich dann nach Syrien begab, befanden sich dort keine deutschen Flugzeuge mehr. Obschon ich französischen Fliegern das Kriegskreuz verlieh, wandte ich mich gegen die Zusammenarbeit der französischen Luftwaffe mit den Stukas. Diese Zusammenarbeit war von General Jannekeyn, dem Kommandanten der Luftstreitkräfte in der Levante verlangt worden, während der Marschall sich ihr widersetzte. Er befand sich aber nicht in Algier, was die Verwirrung erklärt, die zuerst in Nordafrika herrschte. Ich selbst hatte keine grosse Autorität, da ich seit langem als Luftfahrtminister zurückgetreten war. Ich tat mein möglichstes, um einen Kampf zu vermeiden.»

Auf eine weitere Frage über seine Haltung im Augenblicke der Landung der Angelsachsen sagte Bergeret: «Ich stand in Fühlung mit den Alliierten und wusste, dass die Landung stattfinden werde. Ich traf meine Vorbereitungen für die Abreise nach Nordafrika und schlug Pétain vor, mich zu begleiten. Er weigerte sich. Am 6. November erhielt ich die Mitteilung, dass das Datum der Landung vorverlegt worden sei. Ich reiste dann sofort ab und hoffte, in Algier General Giraud zu finden, mit dem ich seit mehreren Monaten in Verbindung stand.»

General Bergeret sprach dann über die Schritte, die er am 14. November in Dakar unternahm, um Generalgouverneur Boisson zu einer Übergahe Westafrikas an die Alliierten zu veranlassen. Der durch Radio Vichy verbreitete Protest Marschall Pétains zur Überschreitung der Grenze der freien Zone durch die Deutschen habe dazu beigetragen, den Offizieren das Gefühl der Entbindung von ihrem Eide zu geben. In Algier habe er eine Botschaft des Admirals Auphan von der Admiralität in Vichy erhalten, worin es hiess: «Der Marschall billigt die Stellung, die Sie in Algier einnehmen. Er drückt Ihnen sein Vertrauen aus und überlässt Ihnen das Schicksal des Empire.» Diese im Geheimkode der Marine abgefasste Botschaft habe die hohen Beamten in Afrika überzeugt und zur Zusammenarbeit mit den Alliierten geführt.

Zu den Lieferungen französischen Materials an die Deutschen durch das Organisationskomitee für das Flugwesen erklärte Bergeret: «Zwischen April 1941 und April 1942 waren 3'000 Flugzeuge zu liefern.

Wegen der Sabotage, die in den Fabriken organisiert war, wurden nur 1'150 Apparate abgeliefert. Diese Lieferungen erfolgten, um Deutschland daran zu bindern, die Hand auf die französische Flugzeugindustrie zu legen.»

Aussagen von Berthelot

Als weiterer Zeuge wurde Bergwerksingenieur Jean Berthelot, früher Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr in der Regierung von Vichy, aufgerufen. Er sagte: «Ich sah den Marschall einmal in der Woche. Immer wenn den Deutschen die Stirn geboten werden musste, hat er mich unterstützt. Vom Juli 1940 an widersetzte ich mich der Inbesitznahme der französischen Bahnen durch die Deutschen.» Dann gab der Zeuge eine Darstellung seiner Streitigkeiten mit dem deutschen General Kohl. Er habe zu erreichen versucht, dass Frankreich, entgegen Artikel 3 des Waffenstillstandsvertrages, die freie Verfügung über sein Eisenbahnnetz behalten könne. Im November 1941 habe die endgültige Kraftprobe stattgefunden. Die Deutschen hätten eine Herabsetzung des Verkehrs um 20 Prozent verlangt, was zurückgewiesen wurde. Die Deutschen hätten in diesem Punkt nachgegeben. Hier gab der Verteidiger Isorin die Versicherung ab, dass der Aufmarsch der Zeugen am Freitag abgeschlossen werde. Die Anklagerede könne somit am Samstag gehalten und die Plädoyers am Montag und Dienstag abgeschlossen werden. Bei diesem Hinweis ging eine fühlbare Erleichterung durch den Saal. Wenn die Voraussage der Verteidigung stimmt, können die Gerichtsferien ordnungsgemäss am 15. August beginnen.

Die Abreise Pétains aus Vichy

Als nächster Zeuge erschien Admiral Blehaut. Er schilderte die Abreise Pétains aus Vichy im August 1944. Blehaut hatte in Vichy den Verhandlungen beigewohnt, in deren Verlauf die Deutschen die Abreise des Marschalls forderten und ihm ein Ultimatum auf Versetzung der Regierung nach Belfort stellten. Blehaut legte ferner den Verlauf seiner Verhandlungen mit General von Neubrunn dar. Als jene Gespräche noch im Gange waren, habe man den schweizerischen Gesandten Stucki und den Nunzius Valerio Valeri in den Saal eintreten hören. Die Deutschen hätten dagegen protestiert und erklärt, es handle sich um eine Angelegenheit zwischen Deutschen und Franzosen. Darauf hätten sich die beiden Diplomaten entfernt. Der Zeuge schilderte dann, wie Marschall Pétain am folgenden Morgen ein Auto besteigen musste, das von S. S.-Abteilungen umgeben war. Zuerst sei der Marschall nach Belfort und dann nach Morvillars geführt worden. Als er Frankreich verlassen musste, habe sich eine ähnliche Szene wie in Vichy abgespielt.

Gerichtspräsident Montgibeaux stellte die Frage, wieweit der Angeklagte zu der «Regierung von Sigmaringen» gehörte. Der Zeuge erklärte, dass Pétain dieser Regierung nicht angehörte und dass er es abgelehnt habe, die Versuche de Brinons zu unterstützen.

Admiral Blehaut wurde dann von der Verteidigung aufgefordert, zu sagen, ob der Marschall freiwillig nach Frankreich zurückgekehrt sei. Dazu sagte er, der Marschall sei freiwillig abgereist. Isorni fragte noch, ob die Deutschen die Rückkehr Pétains zu verhindern versucht hätten. Blehaut erwiderte bejahend und stellte dar, auf welche Weise der Marschall nach Frankreich zurückkam. Um 15 Uhr 25 wurden die Verhandlungen unterbrochen.

Aussagen von General Campet

Bei der Wiederaufnahme der Gerichtsverhandlungen vom Mittwoch wurde als Zeuge General Campet aufgerufen. Er war von 1940 bis 1943 Chef des Militärkabinetts von Marschall Pétain. Er sagte: «Ich kann versichern, dass Marschall Pétain nicht an den deutschen Sieg glauben konnte und auch nicht daran glaubte. Alle Informationen, die wir ihm gaben, und alle unsere Lageberichte zogen, vor allem seit dem deutschen Rückzug aus Stalingrad und seit der Beherrschung der Luft durch die Alliierten, den Schluss, dass die deutsche Niederlage kommen werde.»

Der Zeuge erklärte weiter, dass er sich eine Zusammenstellung der Proteste Pétains an die Deutschen hinsichtlich Elsass-Lothringens habe geben lassen, um sie den Elsässern und Lothringern, die er immer wieder empfangen habe, zu zeigen.

Pétains Rückkehr nach Frankreich

Der nächste Zeuge war Divisionsgeneral Debeney, der zurzeit im Gefängnis von Fresnes gefangen ist und durch Amputation einen Arm verloren hat. Als Generalsekretär der Regierung Pétains hat er den Marschall nach Sigmaringen begleitet. In Sigmaringen sei das Zusammenwohnen mit der Regierungskommission de Brinons derart unangenehm gewesen, dass der Marschall verlangt habe, an einen andern Ort geführt zu werden. Pétain habe auch an de Brinon Protestbriefe gerichtet. Er habe mit der Regierungskommission de Brinons keine Beziehungen unterhalten wollen. Von Anbeginn an habe er keinen andern Wunsch gehabt, als nach Frankreich zurückzukehren.

General Debeney legte dann dar, unter welchen Bedingungen Marschall Pétain nach Frankreich zurückkehrte, als er die Erhebung einer Anklage gegen ihn vernahm. Da sein Brief an Hitler unbeantwortet blieb, habe er in Sigmaringen zu bleiben gedacht, bis die französischen Truppen einträfen. Am 20. April sei er jedoch von den Deutschen im Hinblick auf die Entwicklung der militärischen Lage zuerst nach

Wangen und dann nach dem Schloss Zeil geführt worden. In der Nacht auf den 23. April erschien ein deutscher Beauftragter, der ihn nach dem Tirol führen sollte. Der Deutsche habe sich aber anboten, den Marschall an die schweizerische Grenze zu führen. Der Marschall habe unter der Voraussetzung angenommen, dass die Schweiz die Durchreise gestatte. Als das Einverständnis der Schweiz eintraf, sei er sofort nach der Schweiz verreist.

Die Ereignisse in Indochina

Als weiterer Zeuge tritt General Maurice Martin auf. Er befand sich zurzeit des Waffenstillstands in Indochina. Martin gibt einen Überblick über die Ereignisse in dieser französischen Kolonie, in der General C a t r o u x als Gouverneur amtierte. Dem japanischen Ultimatum gegenübergestellt, habe der Gouverneur in seiner Hilflosigkeit das Begehren auf Schliessung der Grenze nach China angenommen. Er habe auch seine Einwilligung für eine japanische Kontrollkommission gegeben.

DIE DONNERSTAGSITZUNG

Die Verhandlungen am Donnerstagnachmittag begannen mit der Mitteilung des Präsidenten, dass das Gericht die Einvernahme von de B r i n o n und auch von D a r n a n d beschlossen habe. Die Verteidigung protestiert dagegen. Auch Generalstaatsanwalt Mornet erklärt, dass er sich der Einvernahme widersetze. Er betrachte de Brinon als zweifelhaften Geschäftemacher und Darnand als Mörder. Jedenfalls wolle er in keiner Weise auf ihre Aussagen abstellen. Es sei jetzt Licht genug in diese Affäre gebracht worden, und eine weitere Verlängerung der Verhandlungen könnte sich gefährlich auswirken.

Die Vorgänge nach der Landung in Nordafrika

Dann wird Major A r c h a m b a u l t einvernommen. Er ist Schiffskapitän a. D., war Adjutant von Admiral Auphan und Staatssekretär des Marineministeriums in Vichy. Er äussert sich über die Reaktion in Vichy nach der Landung der Alliierten in Nordafrika. «Am 8. November 1942», so führt er aus, «drückte Marschall Pétain auf Anregung von Admiral Auphan dem damals in Algier weilenden Admiral Darlan sein Vertrauen aus. Im Ministerrat, der dann zusammentrat, schlugen verschiedene Kabinettsmitglieder vor, dass man Flugzeuge der Achsenmächte in Afrika einsetzen sollte. Doch scheiterte der Vorschlag an der Opposition von Admiral Auphan. Am Morgen des 10. November sandte Admiral Darlan dem Marschall Pétain den Text des mit den Amerikanern abgeschlossenen Waffenstillstands. General Weygand und Admiral Auphan waren darüber einig, dem Marschall die Zustimmung zum Waffenstillstand anzuraten. Doch trug Laval den Sieg da-

von, der während eines Aufenthalts in München telephonisch informiert wurde und die Zustimmung kategorisch ablehnte. Auf Verlangen Lavals wurde Admiral Darlan durch Pétain desavouiert, und Pétain bezeichnete den General Noguès als seinen Vertreter in Nordafrika.

Am 13. November ersuchte Noguès Pétain, Darlan erneut anzuerkennen und ihn neben ihm als Oberkommandierenden in Afrika zu bezeichnen. Pétain stimmte diesem Vorschlag zu und informierte Laval. Laval benachrichtigte den deutschen Botschafter Abetz, der den Plan zum Scheitern brachte. Durch geheime Botschaften liess Pétain Admiral Darlan immerhin wissen, dass er weiter zu ihm halte. Der Zeuge setzte selbst die Telegramme auf.

lieber das Schicksal der französischen Kriegsschiffe in Toulon bemerkte Archambault: «Ich glaube, dass die Flotte in Toulon kaum hätte in See gehen und dass nur ein kleiner Teil der Schiffe hätte ausfahren können, ohne von der deutschen Luftwaffe vernichtet zu werden. Admiral Auphan hat stets gesagt, die Engländer hätten von den französischen Admirälen nur das Ehrenwort verlangt, dass die französische Flotte nicht in Feindeshand falle.»

Als nächster Zeuge wird Marineingenieur Bené N o r g u e t einvernommen. Er schilderte das Ausweichen Vichys gegenüber den deutschen Rohstoffforderungen. Französische Ingenieure seien wegen Sabotierung der deutschen Pläne verhaftet worden. Die Sabotage sei allerdings nicht auf Weisung Vichys erfolgt. Die französische Regierung habe sich der Wegnahme der Glocken widersetzt und den Deutschen nur 675 statt 6'000 Bronzestatuen ausgeliefert.

Einvernahme de Brinons

Dann wird de Brinon in den Saal geführt. Marschall Pétain zeigt plötzlich Interesse. De Brinon ist elegant gekleidet, hinkt und stützt sich auf einen Stock. De Brinon wird nicht vereidigt und sagt aus: «Als Generaldelegierter der Regierung in der besetzten Zone hielt ich Pétain genau auf dem Laufenden über die Ereignisse und über meine eigenen Gefühle. Meine Gefühle sind bekannt und haben sich seit 1923 nicht geändert. Ich befürwortete die Verständigung mit Deutschland zur Vermeidung des Krieges, wie das alle ehemaligen Frontkämpfer taten. Der Marschall begünstigte den Gedanken einer französisch-deutschen Versöhnung. Er hat mir das mehrmals erklärt so zurzeit von Montoire. Nach meiner Auffassung war nie von einem Doppelspiel die Rede. Es handelte sich um eine Politik zur Wiederaufrichtung Frankreichs im Falle eines deutschen Sieges. Es sollte nichts geschehen, um die Unzufriedenheit Deutschlands hervorzurufen.»

De Brinon spricht in einer affektierten und unangenehmen Weise, wobei er nicht aufschaut und ständig mit seinem Stock spielt. Er

schildert seine Installierung in Paris im Jahre 1940 und seine Bemühungen um die Befreiung der Kriegsgefangenen. Dann habe man langsam und hartnäckig M o n t o i r e vorbereitet. Bei der ersten Begegnung mit Hitler sei er mit Laval gegangen. Er schildert dann die Zusammenkunft von Montoire, von der er im gleichen Wagen mit Marschall Pétain und dem deutschen General Schmidt zurückgekehrt sei. Pétain sei im Allgemeinen von der Unterredung befriedigt gewesen. General Schmidt habe Pétain gefragt, ob er etwas wünsche, worauf der Marschall um die Freilassung des Generals Laure und um einen Besuch in einem Gefangenenlager ersucht habe. Tags darauf sei General Laure freigelassen worden und Pétain habe sich in das Gefangenenlager Amboise begeben können. Die Politik von Montoire sei infolge der Opposition von Gauleiter Bürckel nicht durchgeführt worden.

De Brinon kam dann auf den 13. Dezember 1940 zu sprechen. Man habe in Vichy gefunden, dass Laval dem Marschall nicht genügend Bericht erstatte. Die Frage der Niederlassung Lavals in Paris habe das Missverständnis noch verschärft. Der Marschall habe sich entschlossen, am 15. Dezember nach Paris zu reisen, und sein Aufenthalt sei in allen Einzelheiten vorbereitet und geregelt worden. Unter diesen Umständen habe der Ministerrat vom 13. Dezember stattgefunden, der zur Absetzung Lavals führte. Weiter äusserte sich de Brinon über die Rückkehr Lavals. Der Marschall sei durch René Chambrun von der Unterredung Lavais mit Göring informiert worden. Nach seiner Meinung sei Pétain durch diese Unterredung genügend alarmiert worden, um eine Zusammenkunft mit Laval zu wünschen. Darlan und de Brinon seien dann zu Laval gegangen, um mit ihm über seine Rückkehr in die Regierung zu verhandeln.

Er habe schon im Jahre 1940 Pétain darauf aufmerksam gemacht, dass «Schutzbestimmungen» für die französischen Juden nötig seien. Dieses Judenstatut sei 1941 durch Alibert aufgestellt worden. Anfänglich hätten die Deutschen gewisse Milderungen nicht bekämpft, so solche zugunsten ehemaliger jüdischer Frontkämpfer. Unter dem Druck der SS. seien die Massnahmen aber immer schärfer geworden.

Der Präsident fordere de Brinon auf, sich zur Bildung der französischen Kommission von Sigmaringen zu äussern, und stelle die Frage, ob diese Kommission mit Zustimmung des Marschalls gebildet worden sei. De Brinon erkläre, dass der Marschall in Sigmaringen auf alle Funktionen verzichtet habe.

De Brinon ist überzeugt, dass Pétain mit der von Laval und Darlan vertretenen Politik absolut einverstanden gewesen sei. Diese Politik hätte die Wiederaufrichtung Frankreichs im Gefolge einer Verständigung mit Deutschland gewährleisten sollen. Er habe nie den Eindruck von einem Doppelspiel des Marschalls gehabt, wohl dagegen

Von dessen Umgebung. Pétain habe ihm immer gesagt, Frankreich schulde England nichts, viel dagegen den Vereinigten Staaten von Amerika, und man müsse eine Verständigung zwischen Deutschland und Amerika erstreben.

Verhör Darnands

Nach einem halbstündigen Unterbruch wird D a r n a n d einvernommen. Er wird nicht vereidigt. Auf die Frage des Präsidenten, unter welchen Umständen die «Französische Miliz» geschaffen wurde, sagte er: «Es war im Jahre 1941. Ich dachte, dass die französische Legion', die Kombattanten aus allen Parteien aufnahm, nicht eine einheitliche Kraft mit den gleichen Ansichten wie der Marschall darstellen konnte. Ich ersuchte ihn deshalb um die Bildung einer zusätzlichen Truppe. Der Ordnungsdienst der Legionäre, der sich auf Befehl des Marschalls von der Legion abtrennte, wurde die französische Miliz'. Die Miliz unterstand nicht mehr dem Marschall. Doch forderte uns der Marschall im Januar 1943 auf, treue Soldaten zu bleiben.» – «Wusste der Marschall, dass ihr den Eid auf Hitler geleistet habt?» – «Pétain hat darüber nicht zu mir gesprochen. Doch hat er es bestimmt gewusst.» – «Hat er gelegentlich die Tätigkeit der Miliz missbilligt?» – «Er hat mich nur einmal getadelt, am 6. August 1944, als die Amerikaner in Rennes standen.» – «Hat er nie gegen die Operationen protestiert, die gegen das Maquis unternommen wurden?» – «Nie.» Damit ist das Verhör Darnands beendet.

Weitere Zeugen

Als nächster Zeuge schildert der Abbé R o d h a i n, Feldgeistlicher der Kriegsgefangenen, wie seinerzeit dank der Unterstützung Pétains die Seelsorge für die Kriegsgefangenen eingerichtet worden sei.

D o n a t i, ein seit der Befreiung abgesetzter Regionalpräfekt, sagt über das an Hitler nach dem Handstreich von Dieppe abgeschickte Telegramm aus: «Der Souspréfet von Dieppe begab sich zu Pétain, nachdem die Presse der besetzten französischen Zone dieses Telegramm veröffentlicht hatte. Der Marschall erklärte ihm, es handle sich um eine Fälschung und um einen neuen Streich des Schmutzfinken de Brinon.»

Es folgt die Einvernahme des Schiffskapitäns Jean T r a c o u, gewesener Kabinettsdirektor Pétains. Er verliest u.a. ein von Ribbentrop an Pétain gerichtetes Schreiben, in dem der Marschall der Sabotierung der Zusammenarbeit mit Deutschland beschuldigt wird. Die am 24. April von Pétain gehaltene Ansprache sei ganz durch Renthe-Finck aufgesetzt worden, den halb diplomatischen, halb polizeilichen deutschen Vertreter bei Pétain. Renthe-Finck, den Pétain seinen Gefängniswärter genannt habe, habe dem Marschall erklärt, dass er diese

Ansprache entweder halten oder gehen müsse. Pétain habe sich dann entschlossen, auch noch diese bittere Pille zu schlucken. Renthe-Finck habe den Marschall auch gezwungen, Doriot zu empfangen. Er habe ihm allerdings einen sehr schlechten Empfang bereitet. Der Zeuge erzählt eine Anekdote, um die Verfassung des Marschalls darzulegen: «Nach der alliierten Landung in der Normandie erklärte ein Deutscher dem Marschall die militärischen Operationen. Pétain war nervös. Als eine Mücke sich auf die Landkarte setzte, erdrückte er sie mit dem Finger und sagte: ‚So, ich töte einen Boche‘, was eisiges Schweigen der Deutschen hervorrief.»

Ein Richter stellt die Frage, wie sich der Marschall zum Massaker von O r a d o u r verhalten habe. Der Zeuge sagt: «Er liess Renthe-Finck kommen und sagte ihm: ‚Ihr seid ein Volk von Wilden‘, und er überreichte ihm einen derart abgefassten Protest, dass Renthe-Finck dessen Weiterleitung verweigerte.»

Nächster Zeuge ist Pierre D u p e s t - D u p e r d u s s a c, der sich mit dem obligatorischen Arbeitsdienst in der südlichen Zone zu befassen hatte.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Am Freitag werden die letzten Zeugen verhört.

DIE LETZTEN ZEUGEN

Erklärungen General Juins

Im Prozess gegen Marschall Pétain wurde am Freitag die Antwort General Juins auf die von der Verteidigung gestellten Fragen verlesen. General Juin erinnert daran, dass General Weygand die Weisungen Marschall Pétains befolgte, sich gegen jede Aggression zur Wehr zu setzen. Die Armee war Pétain treu, aber der Kollaboration feindlich gesinnt. Am 8. November 1942 weigerte sich General Juin, den Kampf gegen die Alliierten in N o r d a f r i k a aufzunehmen. Er wurde von Vichy von seinem Kommandoposten abberufen. Am 12. November gab Darlan den Empfang eines Telegramms von Admiral Auphan bekannt, das im Namen des Marschalls die Zustimmung zur Einstellung des Feuers erteilte. Admiral Darlan befahl dann der Flotte, sich nach Afrika zu begeben. Für das Empire hatte Pétain sein Prestige gewahrt, und die Verwendung seines Namens diente zur Garantierung der Ordnung.

Der Gerichtsschreiber verliest dann einen Brief des Pariser Befreiungskomitees, das erklärt, trotz und gegen Vichy den Widerstand in Paris organisiert zu haben. Auf Weisung Vichys habé sich die französische Polizei den Unterdrückern angeschlossen.

Der Elsässer Charles Barres, der gegen die Deutschen kämpfte lind deportiert wurde, erklärt, er sei zum Tode verurteilt und auf

Intervention Marschall Pétains begnadigt worden. Er sagt, für die Deutschen sei Pétain das Symbol der Doppelzüngigkeit gewesen. Der Marschall habe die Widerstandsbewegung ermutigt.

General Eon, der sich 1940 General de Gaulle anschloss, gibt seiner Wertschätzung für Pétain Ausdruck.

Anwalt Payen verliest schliesslich einen Brief von Kardinal L i é - nard, in dem persönliche Erinnerungen an Marschall Pétain enthalten sind. Der Kardinal ist der Ansicht, dass der Marschall 1940 wie 1916 sein möglichstes tat, um alles bis zu dem Augenblick zu halten, da er zur Offensive übergehen konnte.

Der letzte Zeuge, General D e l a n n u r i e n, ehemaliger Leiter der Kriegsschule und ein Freund des Marschalls, erklärt, Pétain habe den Waffenstillstand schon bei seiner Rückkehr aus Madrid vorausgesehen, und er sei die einzige geeignete Persönlichkeit gewesen, ihn zu unterzeichnen. Er hält eine Lobrede auf das Opfer des Marschalls, der zum Wohl der Franzosen in Frankreich geblieben sei. Der General, der sehr bewegt ist, fleht die Richter an, den Marschall, der mehr an seiner Ehre als an seinem Leben hange, nicht zu degradieren.

Es kommt zu K u n d g e b u n g e n im Saal. Ein Geschworer erinnert den Zeugen daran, dass er dem Marschall geschrieben habe, um ihn zur Unterdrückung der Patrioten aufzufordern und Darnand und Ilenriot zu akzeptieren. Pétain erhebt sich und erklärt mit deutlicher Stimme, er könne nichts dafür, dass General Delannurien zitiert worden sei.

Die Anklagerede des Generalstaatsanwalts

In der Prozessverhandlung vom Samstag hielt der Generalprokurator M o r n e t die Anklagerede. Er führte aus:

Anklage wegen Verrats

«Seit vier Jahren, und auch heute noch, ist Frankreich das Opfer des furchtbarsten Doppelspiels, das geeignet ist, die Geister zu verwirren. Es handelt sich um eine Zweideutigkeit, die vermittelt eines berühmten Namens als spanische Wand für einen klaren Verrat diene. Diese Zweideutigkeit muss durch diesen Prozess zum Verschwinden gebracht werden. Ich werde mich bemühen, meine Beweisführung einzig auf die Tatsachen zu stützen, und ich hoffe, dass die Wahrheit dann allen Einsichtigen klar erscheinen wird.

Um was für eine Art von Verrat handelt es sich? Unter den schwersten Formen des Verrats befindet sich der Verrat an den geheiligten Interessen des Vaterlandes, so dass die Nation den Überblick verliert. Keine Nation kann denjenigen verzeihen, die ihr Schande zufügen. Pétain verlangte von Frankreich, dass es seine Niederlage als endgültig

ansehe und einen Platz in der neuen Ordnung eines germanisierten Europa einnehme. Dadurch hat er Frankreich vor den Augen der Welt gedemütigt. Er wollte es seinem Besieger untertänig machen, er wollte, dass es seine Gesetze, seine Vorurteile und sogar seine Hassgefühle übernehme. Er wollte unter dem Deckmantel einer heuchlerischen Neutralität und unter Missachtung der unterschriebenen Verpflichtungen gegen unsere Alliierten einen heimtückischen Krieg führen. Dadurch hat er die Nation entehrt, sie kann ihm dies nicht verzeihen.

Welches sind die Gründe dieses Verrats? Der Ehrgeiz, der Machtdünkel, die autoritäre Gesinnung, die sich mit dem Alter immer mehr bemerkbar machte, und der Hass gegen das republikanische Regime. Hinzugefügt werden muss die Freude der Anhänger Maurras', die riefen: ‚Die Republik ist tot, das ist wohl eine Niederlage Wert!‘»

Mornet will Pétain so zeigen, wie er ist. Er tut das, indem er Stellen aus seinen Botschaften zitiert. Am 30. Oktober, nach der Zusammenkunft von Montoire, habe Pétain gesagt: «Das ist meine Politik, die Geschichte wird mich allein beurteilen.» Pétain veranlasste verschiedene Personen, ihm persönlich den Treueeid zu leisten. «Er will allein an der Spitze der Nation stehen. In einer Sitzung des Staates vom 21. August 1941 sagte er: ‚Man ist entweder für oder gegen mich.‘ Er will seine Auffassungen aufzwingen, ohne dass sie erörtert werden dürfen. Er versinnbildlicht in seiner Person das Vaterland, alle Macht ist in seiner Person vereinigt, auch wenn er diese Macht an einen andern, Pierre Laval, abtritt. Im August 1944 möchte er auch den Sieg für sich in Anspruch nehmen. Am 22. August 1944 gab er in der Tat Admiral Auphan Vollmacht, mit den Amerikanern in Unterhandlungen zu treten.»

Mornet schildert darauf die **R e g i e r u n g s m a s c h i n e** in Vichy. Die Grossindustrie habe die sozialen Reformen in Frage stellen wollen. Pétain habe von einem autoritären und hierarchischen Staate geträumt. Er habe die Republik mit einem tiefen Hass verfolgt. Er habe sie verantwortlich gemacht für die Niederlage, die doch allein auf eine schlechte Militärorganisation zurückzuführen gewesen sei. In zahlreichen Reden habe er erklärt, dass alle Bande mit dem «ehemaligen Regime» gelöst und dass die Vergangenheit endgültig tot sei. Für Pétain wie für Maurras sei einzig das republikanische Regime schuld gewesen an der militärischen Katastrophe. Nach ihrer Ansicht komme alles Unheil von der Demokratie. Es sei eine Verschwörung angezettelt worden, ohne dass vielleicht der Name Pétains darin figurierte. In seiner Umgebung seien Männer der Cagoule gewesen. Alle Leute, die im Jahre 1940 gegen die Republik eingestellt waren, hätten auf Pétain gesetzt.

Der Generalprokurator verliest den Brief, in dem Pétain im Sep-

tember 1939 es aus politischen Gründen ablehnte, einer Regierung der nationalen Einigkeit anzugehören, welche Daladier zu bilden beabsichtigte. 1940 sei Pétain französischer Botschafter in Spanien gewesen. Der ehemalige Vichy-Minister Alibert habe berichtet, dass Pétain durch Vermittlung Francos mit Hitler in Beziehung getreten sei, um in Frankreich ein ähnliches Regime wie in Deutschland, Italien und Spanien einzuführen. Alibert habe weiter berichtet, dass im Augenblicke des Waffenstillstandes die Bedingungen Hitlers härter waren und seinen Versprechungen nicht entsprachen. Deshalb habe ein Teil der Verschwörer auf diese Politik verzichtet, deren Befürworter einzig Laval geblieben sei. Das sei der eigentliche Hintergrund der Ereignisse vom 13. Dezember. Der Generalprokurator erinnert daran, dass im September 1939 Unterredungen zwischen Pétain und Laval stattfanden. Laval habe dem Marschall-Botschafter eine Ministerliste unterbreitet. Pétain sei in das Ministerium Reynaud mit der Gewissheit eingetreten, dass er den Regierungschef ersetzen würde.

Der Waffenstillstand

Der Generalprokurator geht dann über zu einer Analysierung der Haltung Pétains in den verschiedenen Sitzungen des Ministerrates in der tragischen Periode zwischen Paris und Bordeaux. Als erster habe Pétain vorgeschlagen, um Waffenstillstand nachzusuchen, als erster habe er sich auch der Abreise der französischen Regierung nach Nordafrika widersetzt. Am 16. Juni habe der Marschall den letzten Schlag geführt, indem er Rücktrittsdrohungen geäußert habe. Die Schlacht sei von den Militärs gewonnen worden, nicht auf dem Schlachtfeld, aber auf politischem Gebiet. Der Präsident der Republik habe Pétain zu sich gerufen. Dieser habe eine Ministerliste aus der Tasche gezogen, auf welcher natürlich der Name Pierre Laval figurierte. Am 22. Juni sei der Waffenstillstand abgeschlossen worden. Er enthalte einen Artikel 8, der vorsehe, dass die französische Flotte in französischen Häfen versammelt und unter deutscher Kontrolle entwaffnet werde. Dieser verbrecherische Artikel 8 enthalte den Keim zu den blutigen Missverständnissen von Mers-el-Kébir und der Selbstversenkung der Flotte in Toulon.

Der Generalprokurator geht dann über zu einer Analysierung des Waffenstillstandsabkommens, das Frankreich sowohl im Innern wie nach aussen aller Souveränitätsrechte beraubt habe. Die Vichy-Regierung sei nichts anderes gewesen als eine Quisling-Regierung. Die Vichy-Regierung habe den Anschein der Gesetzmässigkeit gehabt. Die Welt habe sich mit Recht fragen können, ob Frankreich mit freiem Willen den Weg der Unterwerfung gehen wolle. Das sei die moralische Bedeutung des Waffenstillstandes. Dieser Waffenstillstand berühre die Ehre Frankreichs.

Pétain an der Macht

Nachher sei das schicksalsschwere Votum vom 9. Juli 1940 gekommen, durch das dem Marschall alle Macht übergeben worden sei. Man habe gesagt, der Sieger von Verdun sei nun an der Macht, man müsse sich um ihn scharen, er werde mit den Deutschen zu reden verstehen, er werde Frankreich verteidigen. Heute sei aller Welt klar, wie dieses Vertrauen getäuscht worden sei, wie er sein Amt verraten habe. Man dürfe nicht vergessen, dass von Seiten Pétains ein regelrechter Vertrauensmissbrauch vorliege. Die Nationalversammlung habe nicht Pétain Vollmachten erteilt, sie habe solche nur einer Regierung der Republik gewährt. Das Parlament sollte weiter bestehen. Pétain sei nur mit der Regierung der Republik betraut worden.

Generalprokurator Mornet verliert dann die von Pétain am 11. Juli unterzeichneten Verfassungsdekrete. Durch diese Dekrete sei das Amt des Präsidenten der Republik abgeschafft worden. Die Minister seien nur ihm gegenüber verantwortlich gewesen und das Parlament sei sine die vertagt worden. Der Marschall habe die Exekutiv-, die Legislativ- und die richterliche Gewalt an sich gerissen. Das stelle einen Staatsstreich des Marschalls dar. Ein solches Regime habe sich nur mit Hilfe der Gewalt halten können, und zwar mit Hilfe deutscher Gewalt. Vom 11. Juli 1940 ab sei die Politik der Regierung, die auf Grund des Einvernehmens mit dem Feind geführt wurde, von Verrat zu Verrat immer tiefer gesunken. Der Generalprokurator will Frankreich von jeder Beteiligung an dieser Politik reinwaschen.

Mornet führt weiter aus, Zeugen hätten erklärt, dass der Marschall ein doppeltes Spiel gespielt habe. Da der Marschall aber nur ein Wort kenne, habe er dieses Doppelspiel sowohl gegenüber Deutschland als gegenüber der Widerstandsbewegung gespielt. Der Generalprokurator erklärt, Pétain habe sicher ein loyales Spiel gegenüber Deutschland gespielt, jedoch nicht gegenüber der Widerstandsbewegung. Der Marschall habe, wie es scheine, gegenüber einigen Personen in der Abgeschlossenheit seines Kabinettes erklärt, er stehe mit seinem Herzen auf der Seite der Widerstandsbewegung. Als man jedoch den Truppen in Nordafrika den Befehl gegeben habe, auf die Alliierten zu schießen, hätten die Soldaten nur diesen Befehl gehört. Es sei an der Zeit, mit dem Schlagwort ein Ende zu machen, dass Pétain eigentlich der Widerstandsbewegung angehört habe und mit de Gaulle einverstanden gewesen sei. Pétain habe de Gaulle sowohl in seinen Botschaften wie auch in seinen intimen Aufzeichnungen als Verbrecher bezeichnet.

Pétain war aber auch mit Laval durchaus einig. Die beiden Männer hätten nicht eine verschiedene Politik betrieben, habe doch Pétain im April 1942 gesagt: «Laval und ich, wir marschieren Hand in Hand.

Unsere Politik ist die gleiche.» Ein paar Tage später habe Laval gesagt: «Ich wünsche den Sieg Deutschlands» und habe beigefügt, er spreche im Namen des Marschalls. Von einem Protest Pétains habe man nie etwas gehört.

Der Generalprokurator kommt dann auf die «angeblichen Verhandlungen» zu sprechen, die im Herbst 1940 zwischen der Regierung von Vichy und London geführt worden seien. Er verliest auch die Botschaft König Georgs VI. an Marschall Pétain, in der der König dem Marschall abrät, seine Politik der Zusammenarbeit mit den Deutschen zu verstärken, und die Antwort des Marschalls auf diese Botschaft vom 2. November 1940. Diese trockene Antwort stelle in Tat und Wahrheit einen Bruch dar. Die Abmachungen Rougiers hätten keine Ergebnisse zeitigt. Auch die Verhandlungen, von denen Jacques Chevalier sprach, seien nicht ernst zu nehmen.

Hier wurde die Sitzung unterbrochen.

Die «verräterischen Handlungen» Pétains

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen geht der Generalprokurator zu den verräterischen Handlungen über, für welche Frankreich von Pétain Rechenschaft fordere. Er analysiert zuerst die Einladung an Frankreich, seine Niederlage anzunehmen und sich als endgültig besiegt zu betrachten. Marschall Pétain habe den Offizieren im Lager von Châteauroux erklärt: «Das Land muss wissen, dass wir geschlagen worden sind. Seit zwei Jahren wiederhole ich das jeden Morgen.» Gegen die Annexion von Elsass-Lothringen und gegen die Deportierung elsässischer Familien wurde kein offizieller, feierlicher Protest eingelegt. Nach der Annexion von Elsass-Lothringen kam Montoire, das heisst die Zusammenarbeit mit dem Eindringling. Die Zusammenarbeit habe in einem ständigen Nachgeben Frankreichs bestanden, habe dann zur Ausplünderung des Landes und schliesslich zur Deportierung seiner Arbeiter geführt. Diese Zusammenarbeit stelle einen Verzicht auf die Revanche dar.

Aber es gab noch etwas schwerer Wiegendes: die freiwillige Opferung der Flotte. Hitler habe am 11. November 1942 den Waffenstillstand selber verletzt. Es sei unerfindlich, wie man die im Hafen von Toulon versammelte Flotte unter dem Feuer der feindlichen Geschütze gelassen habe. Statt zu kämpfen, habe sich die französische Flotte selbst versenkt. Ein offizielles Telegramm habe dem Chef der See- und Lufteinheiten auf den Antillen den Befehl gegeben, ihre Schiffe und Flugzeuge zu zerstören und sie nicht in die Hände der Amerikaner fallen zu lassen.

Pétain habe Frankreich vor der Welt gedemütigt, indem er es im Schlepptau des Sieges gesteuert habe. Von 1940 ab sei in Frankreich das J u d e n s t a t u t eingeführt worden. Auch der Kampf gegen die

Freimaurer sei zu erwähnen, die Errichtung von Sondersektionen französischer Magistraten, die auf deutschen Befehl Franzosen verurteilten. Einen weiteren Beweis für den Willen, Frankreich zu demütigen, sieht der Generalprokurator auch in der Errichtung des Gerichtshofes von Riom. Es sei geplant gewesen, durch den Gerichtshof die Verantwortung Frankreichs am Konflikt feststellen zu lassen. Die Richter hätten sich aber geweigert, dem Prozess diesen Charakter zu verleihen. Die angeklagten Politiker habe der Marschall dann im November 1942 dem Feinde ausgeliefert.

Der Staatsanwalt verliest dann die Schreiben Pétains an Hitler. Am 20. Oktober 1941 schrieb Pétain anlässlich des Jahrestages von Montoire: «Der Jahrestag der Zusammenkunft von Montoire ist ein Datum, dessen Sinn und Tragweite ich feiern möchte. Frankreich behielt Ihre noble Geste in Erinnerung und weiss, dass die Früchte derselben nicht verloren sein werden.» Pétain bemerkte weiter über die Bekämpfung des Kommunismus: «Auf diesen Wegen hoher Zivilisation werden sich das deutsche und das französische Volk sicherlich treffen.» Der Staatsanwalt kam dann auf das Telegramm zu sprechen, das Hitler nach der Landung von Dieppe von Pétain erhielt, worin Pétain die militärische Zusammenarbeit anbot. «Selbst der Protest Pétains demütigt Frankreich; denn er spricht im November 1942 von einem angelsächsischen Angriff, vom Verrat gewisser Führer, und der Marschall beugt sich dem deutschen Vorgehen. Es kommt aber noch schlimmer. Nachdem Hitler die Waffenstillstandsarmee aufgelöst hatte, schrieb er Pétain, um ihm seine Hilfe für die Rückeroberung der Kolonien anzubieten. Und Pétain antwortet dankend dem Führer: Ich weiss Ihren Willen zur Zusammenarbeit mit Frankreich und zu seiner Unterstützung für die Rückeroberung des französischen Kolonialreiches zu schätzen.» Darin liegt die Annahme der militärischen Zusammenarbeit.

Ende 1943, als der alliierte Sieg sich abzeichnet, denkt Pétain an die Einberufung der Nationalversammlung, um eine Wendung zu versuchen. Am 5. Dezember richtet v. Ribbentrop an Pétain das beleidigendste Schreiben, das ein Staatsoberhaupt je vom Minister eines andern Staates erhalten hat. Der Deutsche widersetzt sich heftig dem Zusammentritt einer «Versammlung von Verrätern». Und das hat der französische Staatschef geduldet! Ribbentrop verlangt, dass künftig alle Gesetzesvorlagen dem Reich zur Genehmigung unterbreitet werden, und dass Laval die französische Regierung bilde. Pétain antwortete mit einem ausserordentlich nichtssagenden Schreiben.

Die Vorgänge in Nordafrika

Mornet spricht dann von Irak, Syrien, Bizerta und Dakar. Er fährt fort: «Im Ministerrat vom 8. November 1942 vertritt der Marschall die

Ansicht, dass man den Deutschen die Benützung der Flugplätze in Algier gestatten sollte. Am 10. November besteht er auf dem Befehl, den Alliierten Widerstand zu leisten. Am 11. November wird im Ministerrat die Frage erörtert, ob die Fortsetzung des Widerstands opportun sei. Admiral Auplian und Barthélémy sind für die Einstellung der Feindseligkeiten. Was ist Erstaunliches daran, dass Admiral Auplian ein geheimes Telegramm nach Algier gesandt hat? Zweifellos wollte ein Teil der Minister mit den Amerikanern verhandeln. Was die Truppe hörte, waren nicht die geheimen Weisungen, sondern die offiziellen Befehle Marschall Pétains. Am 18. November lobte Pétain Admiral Esteva wegen seiner Haltung gegenüber den Deutschen. Dagegen gab er General Barre den Befehl, das Feuer gegen die Achsentruppen unverzüglich einzustellen. Und General Boisson befahl er, sich gegen jeden alliierten Landungsversuch zur Wehr zu setzen.»

Der Staatsanwalt kommt dann auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Deutschen zu sprechen. Er schliesst:

Antrag auf Todesstrafe

«Was könnte beredter sein als die Aufzählung aller Verbrechen: ein in Schande abgeschlossener Waffenstillstand, Missbrauch des Vertrauens der Nation, sklavische Nachahmung Deutschlands, Verfolgungen, perfide Angriffe gegen England, Hilfe für die Achse, Versorgung Rommels mit Nachschub, Zerstörung der französischen Flotte und das Schlimmste: Empfang französischer Offiziere, die deutsche Uniform tragen, der Gipfel der Schande. Die Regierung Pétain ging aus der Niederlage und aus Vertrauensmissbrauch hervor und konnte sich dank deutscher Unterstützung vier Jahre lang halten. Das ist Verrat: 110'000 politische Deportierte, 120'000 aus Rassengründen Deportierte, von denen nur 1'500 zurückgekehrt sind, und das Schlimmste, dass Frankreich in den Augen des Auslandes entehrt zu werden drohte. Frankreich hat sich um den Preis seiner Märtyrer und ihres Opfers wieder aufgerichtet und hat seinen Platz in der Kampffront wieder eingenommen; aber es wurde beinahe entehrt und hat damit sein Lebensrecht zu verlieren riskiert. Für dieses Verbrechen gibt es keine Milderungsgründe und keine Entschuldigung, und das Gericht kann nur die schwerste Strafe verfügen. Das französische Recht kennt kein Gesetz, wonach wegen Alters eine andere Strafe in Frage käme. Wenn ich an all das Unheil denke, das Frankreich durch diese Politik der Kollaboration zugefügt wurde, kann ich nicht anders als die schwerste Strafe, die Todesstrafe gegen Pétain beantragen.»

Die vom Staatsanwalt mit grosser Bewegung gesprochenen Schlussworte wurden in grösster Stille angehört. Pétain zieht nervös an seiner Militärmedaille, als ob er sie abreißen wollte. Während des letzten

Teils der Anklagerede erwachte er aus seinem Hinbrüten. Er wandte sich gegen den Staatsanwalt und lauschte mit der Hand hinter dem Ohr. Aller Augen waren auf ihn gerichtet, und es herrschte eine grosse gewaltige Spannung im Saale.

Vor dem Schluss der Sitzung verlas der Vorsitzende noch ein Schreiben des ehemaligen Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten, R o c h a t, über die Reaktion Pétains auf den Ausspruch Laval's, dass er den deutschen Sieg wünsche. Laval und Rochat waren nicht einig über diesen Satz und gingen deshalb zu Pétain. Laval schlug vor, den ersten Satz «Ich glaube an den deutschen Sieg» fallen zu lassen, dagegen den zweiten Satz «Ich wünsche den deutschen Sieg» beizubehalten. Pétain erklärte sich dann einverstanden, dass die Rede in dieser abgeänderten Form gehalten werde. Dieses Zeugnis Rochats bestätigt im Ganzen die Version Laval's bei seiner Einvernahme.

DIE LETZTE PROZESSWOCHE

Die Plädoyers der Verteidigung

Am Montag begann die 19. Sitzung im Pétain-Prozess um 13 Uhr 30. Sie ist vollständig den Plädoyers der Verteidigung gewidmet, die am Dienstagnachmittag fortgesetzt werden. Das Urteil des Gerichts wird voraussichtlich am späten Dienstagabend erfolgen.

Plädoyer Payens

Zunächst spricht der Hauptverteidiger, Anwalt P a y e n, der einleitend bemerkt, Frankreich stelle zum erstenmal einen 90jährigen Greis vor Gericht, und dieser Greis sei der ruhmreichste seiner Söhne.

Pétain sitzt bequem in seinem Fauteuil, sieht ins Weite, hört aber aufmerksam zu und dreht mit einer Hand seinen Schnurrbart. Sein Anwalt weist einleitend auf die ruhmreiche Vergangenheit Pétains hin. Pétain regt sich plötzlich auf, weil ein Reporter ihn zu photographieren versucht. Er bewegt seinen Handschuh vor seinem Gesicht, wie um einen Flieger zu vertreiben, und ruft: «Lassen Sie mich in Ruhe, tun Sie mir das nicht an.» Der Reporter entfernt sich, und der Anwalt fährt fort, indem er auf die Beschuldigung eingeht, dass sich Pétain während des ersten Weltkrieges als Defaitist benommen habe. Er führte dabei u.a. aus:

«Pétain hat sich einem voreiligen Waffenstillstand stets widersetzt. Er wollte sich nie von seinen Leuten trennen. Von ihm stammt die Parole: ‚Mut, wir werden sie haben‘, und auch Pétain war es, der im Jahre 1917 die Moral der französischen Truppen stärkte. Während des Riff-Krieges führte Pétain unsere Truppen. Wie war seine Haltung gegenüber der Republik? Alle Geschichtsschreiber betonen seine Bescheidenheit und das Fehlen jeden Ehrgeizes bei Pétain.» Payen zitierte

dabei Painlevé, Foch und Clemenceau. – «So hat Clemenceau geschrieben, dass Pétain durchaus selbstlos sei. und Georges Clemenceau, der Unbestechliche, zählt allein . . .» Michel Clemenceau, der auf der Zeugenbank sitzende Sohn des «Tigers», wird rot vor Wut, und die Zuhörer lächeln über diesen Hieb des Verteidigers gegen einen der Hauptbelastungszeugen.

Paven fährt fort, wenn Pétain zum Tode verurteilt werde, werde er kein Gnadengesuch einreichen. Wenn das Gericht die Todesstrafe verhängt, werde sie also vollstreckt werden. Er protestiert gegen die Durchführung der Voruntersuchung, weil zum Beispiel Beamte, die als Zeugen aussagen wollten, die Bewilligung dazu von ihren Vorgesetzten nicht erhalten hätten und weil man verschiedenen Zeugen die erforderlichen Ausweise verweigert hat. In Frankreich wie im Ausland habe der Marschall zahlreiche Bewunderer, und aus allen Winkeln Frankreichs und aus der ganzen Welt seien Hunderte und Hunderte von Dokumenten eingetroffen, die er verwenden und zu den Akten geben werde.

Paven plädiert ohne Pathos, in ruhigem Ton. als ob er in irgendeiner unbedeutenden Zivilsache sprechen würde. Er bezeichnet es als lächerlich, dass der Marschall habe beschuldigt werden können, ein Komplott gegen die Republik im Jahre 1935 eingeleitet zu haben. Er sei damals 80 Jahre alt gewesen.

Der Anwalt befasst sich mit dem ersten Punkt der Anklage, Zuwiderhandlung gegen die innere Sicherheit des Staates unter Mithilfe der Cagou lards, und er erklärt dazu: «Diese Beschuldigung werden Sie wohl fallen lassen. Ich muss aber bemerken, dass Sie diese groteske Anklage aufgestellt haben, indem Sie sich auf Tatsachen stützen, die Sie alle nur bedingt gelten liessen. Mein Kollege Lemaire wird sich dazu äussern.»

Die Anklage auf Einverständnis mit dem Feind

Payen selbst befasst sich darauf mit der Hauptanklage, die auf Einverständnis mit dem Feind lautet. Er will aber auch über die Rolle sprechen, die Pétain während den acht Monaten, da er im Jahre 1934 dem Kabinett Doumergue angehörte, gespielt hat. «Sie haben Daladier angehört, der sieben Jahre lang Kriegsminister war, ebenso den früheren Ministerpräsidenten Reynaud. Sie haben es aber nicht gewagt, auch General Gamelin kommen zu lassen, der als freier Mann erschienen wäre, während General Weygand in Begleitung von zwei Gendarmen hier eingetroffen ist. Sie liessen diese Männer auftreten, die in den Augen der Welt die Verantwortung für den verlorenen Krieg zu tragen haben. Alle diese Massnahmen sollten auf Pétain, der seit zehn Jahren gar nicht mehr öffentlich tätig war, die Verantwortung für die Handlungen anderer schieben.»

Dann kam der Anwalt auf das Wirken Pétains als Botschafter in Spanien zu sprechen und sagte: «Der Marschall hat gemäss der ihm erteilten Instruktionen normale Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien herstellen können, und es gelang ihm bei Kriegshbeginn, die Neutralität Spaniens zu erwirken.»

«Weshalb hat Pétain es abgelehnt dem von Daladier im September 1939 geplanten Kabinett der Nationalen Union anzugehören?» Payen verliert ein Schreiben Pétains an den ihm befreundeten General Wauthier, in dem es heisst, dass seine körperlichen Kräfte es ihm nicht gestatteteten, Mitglied der Regierung zu sein, so dass er diesen Gedanken aufgebe. Dagegen wolle er sein moralisches Ansehen in den Dienst der Armee stellen. Erst auf dringendes Ersuchen Reynauds erklärte sich Pétain am 17. Mai 1940 mit der Übernahme der Vizeministerpräsidentenschaft einverstanden. Am 25. Mai wurden im Kriegskomitee zum erstenmal die Einstellung der Feindseligkeiten und der Waffenstillstand vorgeschlagen, und zwar nicht von Pétain, sondern von Lebrun und Reynaud.

Payen verliert das Protokoll des Kriegskomitees. Laut diesem Protokoll erklärte Reynaud, es sei nicht sicher, dass Deutschland sofort mit dem Waffenstillstand einverstanden sei. Albert Lebrun erklärte sich mit dem Waffenstillstand eventuell bereit, sofern die deutschen Bedingungen vorteilhaft seien, und sagte: «England kann keine Verstärkungen schicken und beschliesst am 22. Mai lediglich die volle Mobilmachung. Bei uns in Frankreich folgt der dramatische Auszug der Bevölkerung, und jeden Tag stellt sich die Frage brennender, ob der Kampf fortgesetzt werden kann. Unsere Armee wird in vier Teile zerschnitten.» (Pétain nickt in seinem Fauteuil während der Schilderung jener dramatischen Tage allmählich ein, und Staatsanwalt Morner hört zu, den Kopf auf die Hand gestützt.) Payen fährt weiter:

«War der Widerstand in Nordafrika möglich? Die Deutschen hätten Spanien durchquert, um nach Marokko zu gelangen. Das diplomatische Korps weigerte sich, nach Algerien zu gehen. Übrigens war Pétain nicht ohne Weiteres zu überzeugen. Es geschah nur, weil die Argumente gegen die Weiterführung des Kampfes in Nordafrika ihm durchschlagend zu sein schienen. Der Waffenstillstand hat sich aufgedrängt. Haben wir mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages die französische Ehre verletzt? Haben wir unsere Verpflichtungen gegenüber England verletzt? England selbst wirft uns nichts Derartiges vor, es sah in uns nur unglückliche, aber nicht unehrliche Alliierte.»

Payen verliert ein Telegramm, das ihm aus England zugeht und wonach alle parlamentarischen Kreise in London im Mai und Juni 1940 davon überzeugt waren, dass Frankreich dem Waffenstillstand nicht entrinnen konnte. «Die Engländer rechnen vor allem mit Tatsachen.

Sie fanden sich ohne Mühe damit ab, dass Frankreich in seinem verzweifelten Zustand um den Waffenstillstand nachsuchte. England verlangte lediglich, dass die französischen Schiffe nach britischen Häfen fahren sollten. Reynaud erklärte gegenüber dem britischen Botschafter, dass das unmöglich sei, da sonst die italienische Flotte Tunis angegriffen hätte. Die Verpflichtungen der Admiräle Darlan und Auphan, niemals zuzugeben, dass die französische Flotte in die Hand des Feindes fiel, befriedigte den Ersten Lord der Admiralität, Alexander, und Sir Dudley Pound. Wir können den Kopf aufrecht tragen, Frankreich hat seine Verpflichtungen nicht verletzt. Die hier erschienenen Politiker versuchten, das Gegenteil zu beweisen, während uns so etwas doch gar nicht vorgeworfen wird. Ist das nicht ein bemühendes Schauspiel? Man beschuldigt Frankreich, während es doch so leicht wäre, es von derartigen Beschuldigungen zu befreien.

Pétain war von der Idee beherrscht, die Franzosen nicht im Stich zu lassen und den Boden Frankreichs nicht zu verlassen. Das wurde zu seiner fixen Idee. Aber die Franzosen waren dem Marschall dankbar, dessen Stimme sie vier Jahre lang im Radio hörten, diese zitterige und sanfte und manchmal so feste Stimme, die ihnen in den schweren Zeiten der Besetzung Trost brachte. Das Land ist darüber empört, dass viele von denen, die noch vor einem Jahr Pétain zu Füßen lagen, ihn nun verlassen haben. Nicht alle Leute konnten sich fortbegeben. Die besten von ihnen taten es, um zu kämpfen, während andere aus weniger edlen Motiven abreisten. Aber die, die zurückblieben, waren alle, bis auf einen kleinen Rest, die geschworenen Feinde Deutschlands. Pétain war der Verwalter eines provisorischen Bankrotts, und er versuchte, vom drängenden Gläubiger möglichst günstige Bedingungen herauszuschlagen. Das war also der Waffenstillstand. Hatte er aber nicht auch sein Gutes, wenn man seine Auswirkungen auf das Kriegsende betrachtet?» Payen zitiert in diesem Zusammenhang ausländische Pressestimmen. «Wäre der Waffenstillstand nicht gewesen, hätten die Deutschen sofort ganz Frankreich besetzt, zwei Millionen junge Franzosen gefangen genommen und Werte von vielen tausend Milliarden Francs beschlagnahmt. Sie wären nach Nordafrika weitergegangen, und der Krieg hätte anders herauskommen können. Frankreich hätte keine diplomatischen Verbindungen mehr mit dem Ausland gehabt und wäre ‚polonisiert‘ worden.»

Die Anklage auf Komplott gegen die Sicherheit des Staates Verteidiger Lemaire

Nach einem kurzen Sitzungsunterbruch um 15 Uhr 30 ergreift der zweite Verteidiger, Anwalt Lemaire, das Wort, um sich mit der Anschuldigung wegen Komplotts gegen die Sicherheit des Staates zu beschäftigen. Er erklärte: «Die Anklage hat dieses Komplott fallen gelassen, es

aber in anderer Form wieder aufgenommen, nämlich als Attentat gegen die Republik und gegen die Nation. Staatsanwalt M o r n e t ist der ergebene Diener des Gesetzes und der Regierung.» Mornet ruft dazwischen: «Des Gesetzes.» Lemaire fährt fort: «War Mornet nicht während der Ministerpräsidentschaft Reynauds und zurzeit der kommunistischen Umtriebe mit der Unterdrückung der antinationalen Umtriebe beauftragt?» Staatsanwalt Mornet erhebt sich erregt und erklärt entschieden, dass er diese Aufgabe auf Ersuchen von Georges Mandel übernommen habe. Lemaire setzt seinen Angriff fort: «Wenn Reynaud am Ruder geblieben wäre, wäre Mornet gegen die Kommunisten vorgegangen.» Der Vorsitzende greift ein und sagt. Mornet wäre nicht gegen die Kommunisten, sondern gegen die Feinde des Vaterlandes vorgegangen, und er fordert den Verteidiger auf, zur Sache zu sprechen und nicht einen Mann anzugreifen, dessen Patriotismus allgemein anerkannt sei.

Drohbriefe an die Richter

Die Mitglieder des Gerichts, das Pétain abzuurteilen hat, haben Drohbriefe erhalten, die den Richtern den Tod androhen, sofern Pétain nicht freigesprochen werde. In einem Drohbrief, der die Unterschrift trägt: «Mitglieder der früheren Miliz», heisst es, dass die Richter mit ihrem Leben im Fall der Verurteilung des Marschalls haften werden.

DIE SCHLUSSVERHANDLUNG

Abschluss der Verteidigungsreden

Vor vollbesetztem Saal begann am Dienstag um 13 Uhr 20 die voraussichtlich letzte Gerichtssitzung im Prozess gegen Marschall Pétain.

Maitre Payen

Me P a y e n, der Hauptverteidiger Pétains, erhält erneut das Wort und führt aus: «Die Haltung Pétains muss von der Lavals unbedingt unterschieden werden. Nach dem militärischen Zusammenbruch Frankreichs hielt Laval den deutschen Sieg für sicher, ebenso den bevorstehenden Zusammenbruch Englands, weshalb er Frankreich in das Lager des vermutlichen Siegers führen wollte. Pétain seinerseits liebte die Deutschen nicht und wünschte ihnen eine möglichst rasche Niederlage. Was tut er? Er verweigert den Deutschen, was immer verweigert werden kann und führt den Waffenstillstandsvertrag in so geringem Masse als irgend möglich durch. Er gab den Franzosen kluge Ratschläge, genau wie General de Gaulle oder wie Cachin. Er hat kein Doppelspiel gespielt, sondern war gegen die Deutschen gerichtet. S i e hat er getäuscht und nicht die Alliierten. Von schuldhaften Lügen des Marschalls kann nicht gesprochen werden. Es handelt sich vielmehr

um die Taktik des Besiegten. Im diplomatischen Stil würde man von ‚Finten‘ sprechen. So war beispielsweise das Verhalten Metternichs für Österreich im Jahre 1809. Hat man deswegen Metternich nach dem Siege über Napoleon vor Gericht gestellt? Nein, man hat ihn mit Ehren überhäuft. In Preussen hat Scharnhorst nach Jena im Jahre 1806 eine Allianz mit Napoleon vorgeschlagen, und hat nicht Adolphe Thiers im Jahre 1871 an den deutschen Bevollmächtigten Manteuffel geschrieben und ihm Gastfreundschaft angeduldet? Auch der Kommunismus hat seine Taktik seit 1939 wiederholt geändert, ohne je sein ideologisches Ziel aufzugeben. Überlegt also, bevor ihr die Grossen und Kleinen anklagt, die in gutem Einvernehmen mit dem Feinde lebten. Es war das oft nur deshalb der Fall, um die Niederlage des Feindes unabwendbar zu machen. Pétain hat sich nicht allen Forderungen des Feindes gebeugt. So hat er 1940 den Deutschen Stützpunkte in Algerien verweigert. Im Jahre 1941 lehnte er es ab, sich nach Deutschland zu begeben, um das von Darlan unterzeichnete Protokoll über die Abtretung von Stützpunkten in Dakar zu ratifizieren. Jedesmal lehnte er ab, wenn ihn Laval aufforderte, England den Krieg zu erklären. In unwesentlichen Dingen musste manchmal nachgegeben werden. Auch mussten Pfänder und Kompensationen zugestanden werden.»

Payen verliert dann ein Schreiben eines Sanitätsobersten, wonach Chichery erklärt habe (Chichery war Laval eng verbunden), Pétain sei jeden Tag nur drei bis vier Stunden klar im Kopf gewesen, besonders am Morgen und am Abend, und sonst habe man seine Unterschrift unter alles Mögliche erlangen können. Pétain, in seinen Stuhl gelehnt, wird ganz rot und bestreitet mit heftigen Gesten. Me Payen will auf diese Weise erklären, wie der Satz «Ich wünsche den Sieg Deutschlands» in die Erklärung Lavals hineinkam. Pétain habe geglaubt, diese Worte seien gestrichen worden und er sei in grösste Aufregung geraten, als er sie dann doch im Radio hörte. Offenbar habe der Marschall manchmal nachgeben müssen. Am Tage nach dem 13. Dezember 1940, als schwere Repressalien drohten, habe er es trotzdem abgelehnt, Laval wieder in die Regierung aufzunehmen. Doch habe er dafür einen Brief an Hitler gerichtet, und Hitler habe sich zufrieden gegeben. Me Payen behauptet, Pétain habe sich nach dem Landungsversuch in Dieppe darauf beschränkt, der Bevölkerung von Dieppe für ihre ruhige Haltung zu danken. Die Beglückwünschung der deutschen Armee sei von Laval oder de Brinon hinzugefügt worden. Laut Aussage eines Kriegsteilnehmers habe Pétain die Aufstellung von Franc-tireurs in der besetzten Zone vorbereitet, um den Alliierten im Falle einer Landung zu helfen. (Inzwischen ist der Marschall nach einer Stunde, wie meistens, eingeknickt.)

Me Payen fuhr fort: «Wenn Pétain auf die freundschaftliche Botschaft des Königs von England im November 1940 mit Zurückhaltung

antwortete, so geschah es, weil er durch die Angriffe von Mers-el-Kébir und Dakar erregt war. Die Haltung des Marschalls kann oft durch die alles beherrschende Sorge um die Befreiung der Kriegsgefangenen erklärt werden. Man musste den Sieger freundlich stimmen. Das erklärt auch die Zusammenkunft von M o n t o i r e, die übrigens von Laval und nicht von Pétain vorbereitet wurde. Den Gang dorthin verweigern, hiess Hitler erzürnen. Übrigens ist der Marschall unbefriedigt von dort zurückgekehrt.»

(Pétain ist inzwischen aufgewacht, hört zu und macht bei den Ausführungen des Verteidigers seinem Missfallen durch Gesten Luft.) Payen sagte: «Pétain war nicht informiert. Seine Müdigkeit ist durch das Alter nicht geringer geworden. Vielleicht hat er seine Kräfte überschätzt. Reynaud hat ihn zum Vizeministerpräsidenten gemacht, als er bereits 84 Jahre alt war. Die Nationalversammlung gab ihm Vollmachten im Bewusstsein, dass er sich nicht mit Kleinigkeiten befassen könne. Vielleicht war aber gerade das Alter für Pétain eine zusätzliche Kraft gegenüber den Deutschen, um sie überlisten zu können.»

Dann kommt Payen wieder auf Syrien zu sprechen und betont, Pétain habe die Unterstützung der deutschen Luftwaffe abgelehnt, und der britische Angriff in Syrien sei eine Woche nach dem Abflug des letzten deutschen Flugzeuges erfolgt. Der Verteidiger bemerkt: «Der Marschall war auf die Dissidenten nicht gut zu sprechen. Als aber General de Gaulle durch ein von General de Lattre de Tassigny unterzeichnetes Urteil zum Tode verurteilt worden war, liess Pétain dem Dossier die Bemerkung beifügen, dass es sich bei diesem Kontumazurteil nur um ein grundsätzliches Urteil handle und ‚er sich nicht an das Urteil zu halten beabsichtige‘.

Der Verteidiger befasst sich darauf mit dem im Mai 1941 in Paris von Darlan und dem deutschen General Warlimont unterzeichneten Protokoll. «Dieses Protokoll sah vor, dass den Deutschen Luft- und Marinestützpunkte in Syrien, Bizerta und Dakar zur Verfügung gestellt und der Truppentransport durch die unbesetzte französische Zone gestattet sein sollte. Fünf Tage nach seiner Unterzeichnung wandte sich General Weygand mit Zustimmung Pétains im Reichsrat dagegen, dass dieses Protokoll durchgeführt werde. Um den Deutschen diese Weigerung zu erklären, verlangte man, dass vor der Inkraftsetzung des Protokolls der Waffenstillstandsvertrag annulliert werde und dass in der Präambel des Friedensvertrages die Integrität Frankreichs und seiner Kolonien sowie seine Souveränität garantiert würden. Den Deutschen wurde dann lediglich der Zugang zu den syrischen Flugplätzen gestattet.»

Plädoyer Isornis

Schliesslich kommt der dritte Verteidiger, Me I s o r n i, zum Wort. Er hat die undankbarste Aufgabe, da er sich über die I n n e n p o l i - t i k und damit auch über die französische Miliz auszulassen hat. Er ist sich dieser Schwierigkeit sichtlich bewusst, beginnt aber mit fester Stimme und erklärt, dass er objektiv bleiben wolle. Pétain habe die Politik verfolgt, zu retten, zu verteidigen und materielle Vorteile um den Preis moralischer Zugeständnisse zu erlangen.

Der Marschall habe gegenüber den Kommunisten eine sehr gemässigte Stellung eingenommen. Zu Beginn des Jahres 1941 seien die diplomatischen Beziehungen der Regierung des Marschalls zur Sowjetunion ausgezeichnete gewesen. Im Juni 1941, als nach der Kriegserklärung Deutschlands an die Sowjetunion die ersten Anschläge gegen die Deutschen stattgefunden hatten, seien Sonderabteilungen und später Staatsgerichtshöfe errichtet worden. Isorni würdigt die Leistungen der kommunistischen Kämpfer, erklärt aber, es sei ein taktischer Fehler gewesen, einen Kampf zu befehlen, der den Tod von Franzosen mit sich bringen musste. Die Regierung habe sich in einer tragischen Situation befunden. «Was sollte getan werden? War es besser, wenn Franzosen eine beschränkte Anzahl ihrer Landsleute verurteilen oder wenn die Deutschen fünfhundert von ihnen auf einmal hinrichteten? Die Regierung hat das geringere Übel gewählt. Der Marschall hatte das Begnadigungsrecht, doch wurden ihm nur wenige Begnadigungsgesuche eingereicht. Es gab eine Demarkationslinie. Es gab auch den stillen Heroismus der Kommunisten, die sich weigerten, Gnade zu verlangen. Jedesmal, wenn er es konnte, begnadigte der Marschall.

In welcher Form soll der Marschall Deutschland begünstigt haben? Man wirft ihm vor allem die französische Freiwilligenlegion und den obligatorischen Arbeitsdienst vor. Die französische F r e i w i l l i - g e n l e g i o n war zuerst eine private Organisation. Als sie zur Legion der Trikolore wurde, wurden die Franzosen offiziell ermächtigt, in deutscher Uniform zu dienen. Das Schreiben des Marschalls an die Legion wurde von ihm herausgepresst. Es war dies eine der Handlungen, die er gegen seinen Willen und gegen sein Herz beging.»

Der Verteidiger kommt dann auf den Arbeitsdienst in Deutschland zu sprechen und erklärt: «Kann man behaupten, dass es ohne die Regierung Marschall Pétains keine französischen Arbeiter in Deutschland gegeben hätte? Der Marschall hat die Lösung gewählt, die erlaubte, die deutschen Begehren zu limitieren. Diese Begehren erstreckten sich auf 2'060'000 Mann. Vom 5. Juni 1942 bis zum 1. August 1944 reisten jedoch nur 641'000 Mann ab, was etwas mehr als einem Viertel der deutschen Forderungen entspricht. In der gleichen Zeit wurden als Gegenleistung 150'000 Kriegsgefangene heimgeschafft.

Der Marschall unterzeichnete ferner das Gesetz, durch das eine An-

zahl Juden aus ihren Stellungen abberufen wurden; er war es jedoch, der die Ausnahmen für dieses Gesetz schuf, und wehrte sich dagegen, dass die Juden in der freien Zone den Davidstern tragen mussten. Man darf das Statut Marschall Pétains nicht mit demjenigen der Deutschen verwechseln. Zahlreiche Juden kamen nach der freien Zone, um dort Zuflucht zu suchen. Pétain hat niemand ausgeliefert.»

Me Isorni spricht dann von der Haltung der Marschalls gegenüber der Widerstandsbewegung. «Der Widerstand war das Zeichen der Vitalität eines Volkes. Wie hätte der Marschall gegen den Widerstand sein können, er, der ihn in Verdun symbolisiert hatte? Konnte er aber begreifen, was die ausserordentliche Erhebung des Maquis überhaupt bedeutete? Die Berichte über eure Handlungen (der Verteidiger wendet sich hier vor allem an die Geschwornen der Widerstandsbewegung) kamen völlig entstellt zu ihm. Nie hat der Marschall der Polizei Befehle erteilt, ich weiss, dass Sie an bestimmte Vorfälle denken. Wie oft sind jedoch französische Polizisten unter den deutschen Drohungen und aus Furcht vor der Gestapo gegen euch vorgegangen? Konnte der Marschall die Polizei desavouieren? Er war nicht auf dem Laufenden.»

Isorni fuhr fort: «Welche Rolle spielte der Marschall bei der Schaffung der Miliz? Die Miliz ist aus dem S. O. L. («Service d'ordre de la Légion») hervorgegangen. Die Organisation selbst war aus der ehemaligen Frontkämpferlegion entstanden. Die Miliz wurde nicht vom Staatschef, sondern vom Regierungschef ins Leben gerufen.» Isorni erklärte weiter: «Die Verbrechen Darnands begannen erst 1944. Als Darnand Minister wurde, machte man nicht aus einem Mörder einen Minister, sondern umgekehrt. Der Marschall wusste nichts von den Verbrechen der Miliz. Als er von ihnen erfuhr, allerdings spät, richtete er ein Schreiben an Laval, in dem er die Miliz tadelte.» Der Verteidiger verliest diesen von Anfang August 1944 datierten Brief, in dem es heisst: «Die Ordnung aufrichten bedeutete nicht plündern, töten und zerstören.»

Mit pathetischer Geste fährt Isorni fort: «Sie haben von den Toten gesprochen. Meinerseits bringe ich Ihnen die Lebenden in Erinnerung. Sie haben diejenigen erwähnt, die aus den Lagern nicht zurückkehrten. Ich erwähne meinerseits diejenigen, die nicht deportiert wurden. Mögen alle Franzosen, die Pétain beschützte, dem Marschall als Schild dienen.»

Die Verhandlungen werden unterbrochen.

Noch einmal Payen

Um 18 Uhr 15 wird die Verhandlung mit der Fortsetzung des Plädoyers des Verteidigers P a y e n über die Aussenpolitik Pétains wieder aufgenommen. Im Nationalrat habe Pétain eines Tages erklärt: «Die

Zusammenarbeit zwischen zwei Völkern ist nur möglich, wenn sich diese zwei Völker als gleiche gegenüberstehen. Ich lehne infolgedessen jede Zusammenarbeit mit Deutschland ab, solange uns unsere Kriegsgefangenen nicht zurückgegeben sind, solange Deutschland nicht mit seinen Requirierungen aufhört und solange es die Souveränität in der besetzten Zone nicht anerkennt.»

Der Verteidiger zitiert dann die Erklärungen, die Pétain in St. Florentin gegenüber Göring abgegeben habe, und verliest den Wortlaut des damals überreichten Memorandums. Bei der Besprechung habe Göring ausgerufen: «Wer sind schliesslich die Sieger, ihr oder wir?» Me Payen verliest einige Proteste Pétains, vor allem den gegen die Verfolgungen der Elsässer. «Was tat der Marschall für die übrigen Franzosen? Er konnte nicht verhindern, dass die Deutschen Franzosen deportierten oder als Geiseln festnahmen, doch protestierte er.» Der Verteidiger erinnert daran, dass sich Pétain selber als Geisel anbot, als er erfuhr, dass die Deutschen in Nantes hundert Geiseln fusilieren wollten. Der Anwalt kommt dann auf den Arbeitsdienst in Deutschland zu sprechen und erklärt, dass die Bedingungen im Jahre 1943 bedeutend günstiger waren als in den übrigen Ländern.

Nach diesen Ausführungen, die das bereits von Me Isorni behandelte Gebiet berühren, spricht der Verteidiger über die Rückkehr Laval in die Regierung im Jahre 1942. «In diesem schweren Moment», erklärte er, «nahm der Marschall Laval wieder auf. Er tat es unter der deutschen Drohung.» Der Verteidiger rief dann die Ereignisse vom November 1942 in Erinnerung. Auf die Botschaft Admiral Darlaus vom 8. November, worin die amerikanische Landung mitgeteilt wurde, antwortete Pétain, indem er Darlan sein Vertrauen ausdrückte und ihn ersuchte, fortlaufend Bericht zu geben. Vorher hatte Pétain Anweisungen erteilt, dass der Landung nicht Widerstand geleistet werden solle, wenn sie mit genügenden Kräften erfolge. Am 10. November teilte Darlan mit, dass der Waffenstillstand mit den Amerikanern unterzeichnet wurde. Pétain habe sich befriedigt erklärt. Im Hinblick auf die Gegnerschaft von Laval habe er gleichzeitig eine öffentliche Missbilligung und eine geheime Zustimmung abgesandt. Am 11. November habe Pétain gegen die Überschreitung der Demarkationslinie durch die Deutschen protestiert.

Darnach verlas der Verteidiger den im Verlauf der Verhandlungen bereits bekanntgegebenen Brief Admiral L e a h y s und eine Botschaft des ehemaligen schweizerischen Gesandten in Vichy, Minister S t u c k i. Letzterer führte aus: «Während meiner vierjährigen Tätigkeit in Vichy hat der Marschall in Bezug auf die Deutschen immer eine tiefe Abneigung gezeigt, ja sogar Gefühle ausgesprochenen Hasses. Ich habe nicht den Eindruck, dass Marschall Pétain jemals fest auf dem Boden der Zusammenarbeit mit Deutschland stand.»

Payen führte dann aus, dass die Landung in der Normandie für den Marschall eine grosse Freude gewesen sei. Er habe sich mit General de Gaulle in Verbindung setzen wollen. Dafür seien zwei Schritte unternommen worden: einer durch den Nunzium Valerio Valeri und der andere im August 1944 durch Admiral Auphan. Diese Schritte hätten aber leider nicht zum Ziele geführt.

Payen führte abschliessend aus, dass Pétain und de Gaulle jeder an seinem Platz für die Sache Frankreichs gelitten und gestritten hätten. Der Verteidiger erinnerte noch an den Prozess gegen Ludwig XVI. Später werde man ob einer Verurteilung erröten. Dieser alte Führer Frankreichs, der lange den Sieg personifiziert habe, könne man nicht entehren. Er sei davon überzeugt, dass die Richter den Mut haben würden, zu erklären, die Absichten des Marschalls und sein Wille, für das Wohl des Landes zu arbeiten, seien nicht zu bezweifeln.

Nach den Ausführungen Payens waren einige Bravorufe hörbar. Die Uhr zeigte auf 21 Uhr.

Erklärung Pétains

Präsident Montgibeaux fragte vor der Aufhebung der Sitzung den Marschall, ob er etwas beizufügen habe. Pétain, der Erregung zeigte, erhob sich zu seiner letzten Erklärung. Er zog ein Papier aus der Tasche und las langsam und mit starker Stimme. Seine Erklärung lautet: «Ich habe im Verlaufe dieses Prozesses Stillschweigen bewahrt. Nach der Darlegung der Gründe meiner Haltung und meines einzigen Gedankens sage ich noch einmal, dass ich mit dem französischen Volk auf dem Boden Frankreichs Zurückbleiben wollte, um dieses Volk zu schützen und seine Leiden zu mildern. Was auch immer kommen möge, das Volk wird es nicht vergessen. Es weiss, dass ich es verteidigt habe, wie ich Verdun verteidigt hatte. Meine Herren Richter, mein Leben und meine Freiheit sind in eurer Hand. Meine Ehre aber vertraue ich dem Vaterland an. Verfügt über mich nach eurem Gewissen. Mein eigenes Gewissen wirft mir nichts vor. Im Laufe eines langen Lebens und an der Schwelle des Todes versichere ich, dass ich keinen andern Ehrgeiz habe, als Frankreich zu diene n.»

Unter den Zuhörern ertönte wieder etwas Beifall. Jemand rief: «Es lebe Frankreich.»

Die Sitzung wurde um 21 Uhr 02 aufgehoben. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück.

Marschall Pétain zum Tode verurteilt

Nach den Beratungen, die sieben Stunden dauerten, nahmen die Richter ihre Plätze in Gerichtssaal wieder ein. Marschall Pétain war schon vorher an seinen Platz geführt worden. Es war vier Uhr morgens. Der Gerichtspräsident verlas den Beschluss auf Abweisung

der Anträge der Verteidigung. Danach verlas er den weiteren Beschluss, der die Anklageschrift Punkt für Punkt billigt. Das Gericht erkennt darin, dass mit Vorbedacht Hochverrat begangen worden ist.

Marschall Pétain wird zum Tode, zum Verlust der nationalen Ehre und zur Beschlagnahmung aller seiner Güter verurteilt.

Das Gericht gibt im Hinblick auf das hohe Alter des Verurteilten dem Wunsche Ausdruck, dass das Todesurteil nicht vollstreckt werde.

In der Begründung des Urteils gegen Marschall Pétain, das der Gerichtspräsident verlas, gab das Gericht folgende Erwägungen bekannt:

Aus der Urteilsbegründung

Bezüglich der Tätigkeit Marschall Pétains von 1934 bis 1940 verzeichnet das Gericht die um Pétain geführten Volksabstimmungskampagnen. Im März 1940 kündigte Pétain an, die Ereignisse machten es nötig, ihn zu berufen. Im Juni 1940 richtete Pétain an Deutschland ein Waffenstillstandsgesuch und verhinderte durch seine Botschaft an die Franzosen die Fortführung des Kampfes. Er widersetzte sich der Abreise der Regierung nach Afrika. Nach dem 10. Juli führte Pétain in Frankreich die fascistische Regierungsformen ein. Im Oktober 1940 begab sich Pétain nach Montoire und gab die «collaboration» bekannt. Die wirtschaftlichen und politischen Niederlagen folgten sich dann nacheinander. Im Jahre 1941 wurde eine Art militärischer Zusammenarbeit eingeführt, besonders in Syrien. In Nordafrika wurden Deutschland Vorteile eingeräumt. Pétain setzte dann Sondergerichte für die Aburteilung der Patrioten ein. Er ermutigte die französische Freiwilligenliga, empfing Doriot und Oberst Labonne von der französischen Freiwilligenliga. 1943 rief Pétain Laval zurück, der sich in Übereinstimmung mit ihm äusserte: «Ich wünsche den deutschen Sie g.» Pétain ist auch verantwortlich für die Selbstversenkung der Flotte. 1943 nahm Pétain Philippe Henriot in seine Regierung auf, und er verschärfte die Propaganda gegen die Alliierten und die Anhänger der Widerstandsbewegung. Pétain erhob gegen die Deportierungen keinen Protest. Darnand wurde auf Berufung Pétains Leiter der Aufrechterhaltung der Ordnung. Presse, Radio und Kino beschimpften die Alliierten, ohne dass Pétain reagierte. Pétain protestierte nicht gegen den Einfall in die freie Zone.

Pétain hat behauptet, dass seine Politik den Zweck verfolgte, den Alliierten indirekt zu helfen. Das Gericht weist diesen Standpunkt zurück. Diese Politik hat die Franzosen, die an die Botschaften und öffentlichen Handlungen Pétains glaubten, irregeleitet. Dieser

ist für die unter seiner Autorität begangenen Handlungen verantwortlich. Es ist nicht bewiesen, dass Pétain vor 1940 gegen das Regime komplottiert hat, doch hat er seine Machtbefugnisse benutzt, um es zu stürzen.

Aus diesen Gründen verurteilt das Gericht Pétain zum Tode, zum Verlust der nationalen Ehre und zur Beschlagnahmung seiner Güter. Angesichts des hohen Alters des Verurteilten wünscht der hohe Gerichtshof, dass das Urteil nicht vollstreckt werde.

Das Abstimmungsergebnis

Wie das Blatt «Libération» berichtet, hat der Gerichtshof das Todesurteil mit 20 gegen 7 Stimmen gefällt. Der Beschluss auf Nichtvollstreckung der Strafe wurde mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

Begnadigung durch General de Gaulle

Durch Dekret vom 17. August 1945 hat General de Gaulle als Präsident der Provisorischen Regierung das Todesurteil gegen Philippe Pétain in die Strafe lebenslängliche Haft umgewandelt.